

Familie Politik, Lebensformen und Einstellungen im Wandel



Themen: Sozial- und Familienpolitik, Väter und Karriere, Elternnetzwerke und Bildung, Trennungsfolgen, Pflege, Familienunternehmen, Bundestagswahl 2013



Inhalt

Titelfoto:

Vater und Sohn

[Foto: dpa picture-alliance /
Presse-Bild Plus]

Editorial

- 5 **Sieben Worte**
Jutta Allmendinger

Titelthema

- 6 **Das Werden einer Wende**
Einstellungen, Parteienwettbewerb und Familienpolitik im Wandel (1990–2008)
Agnes Blome
- 10 **Guter Job – Kinder können warten**
Frauen in Berufen mit Perspektiven schieben die Familiengründung auf
Agnieszka Althaber und Michael Ruland
- 13 **Grenzen des Wandels**
Ein Vergleich über Jahrzehnte zeigt: Immer noch unterbrechen Mütter oft ihre Erwerbstätigkeit
Nadiya Kelle
- 16 **Wenn die Eltern Hilfe brauchen**
Nicht alle Geschwister beteiligen sich an der Pflege
Marcel Raab
- 19 **Vaterschaft im Kontext**
Wie die Familiengründung die Erwerbstätigkeit von Männern beeinflusst
Matthias Pollmann-Schult und Mareike Wagner
- 23 **Was nach der Trennung bleibt**
Familieneinkommen nach der Ehe und nach der Lebensgemeinschaft im Vergleich
Anke Radenacker
- 27 **Die Familiensituation entscheidet**
Im gemeinsamen Haushalt lassen sich Folgen des Jobverlusts eher mildern
Martin Ehlert
- 30 **Eine Ressource – nur für Bessergestellte**
In ärmeren Vierteln nützen starke Eltern-Netzwerke den Kindern in der Schule nicht
Anette Fasang, William Mangino und Hannah Brückner

- 33 **Wo hilft die Schule, wo die Familie?**
Kompetenzentwicklung in der Unterrichts- und Ferienzeit
Anne Christine Holtmann

- 36 **Founders' Voices**
R&D investment behavior in family-controlled corporations in Europe
Ivan Miroshnychenko

- 40 **In der Pflicht**
Wie Forschungseinrichtungen und Wissenschaftssystem Vereinbarkeit fördern können
Anke Geßner

Aus der aktuellen Forschung

- 43 **War das wirklich so gewollt?**
Die Bundestagswahl 2013 und das Wählerverhalten
Bernhard Weßels

Aus dem WZB

- 47 **Forschungsreise 1989–2014**
Heike Solga über Grundlagenforschung und Wertschätzung der Sozialwissenschaften
- 50 **Konferenzberichte**
- 53 **Schweigen, Fragen, unerwünschtes Lob**
Ruud Koopmans über die Reaktionen auf seine Fundamentalismus-Studie
- 56 **Vorgestellt: Publikationen aus dem WZB**
58 **Nachlese: Das WZB im Dialog**
60 **Vorschau: Veranstaltungen**
62 **Personen**

Zu guter Letzt

- 65 **Superfrauen**
Wie es einer jungen Forscherin in den ersten Monaten als Mutter erging
Lena Ulbricht

WZB-Mitteilungen
ISSN 0174-3120

Heft 143, März 2014

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung
Professorin Jutta Allmendinger Ph.D.

10785 Berlin
Reichpietschufer 50

Telefon 030-25 491-0
Telefax 030-25 49 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im
Jahr (März, Juni, September, Dezember)
Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO
unentgeltlich

Redaktion

Dr. Paul Stoop (Leitung)
Gabriele Kammerer
Claudia Roth
Kerstin Schneider

Korrekturat

Martina Sander-Blank

Übersetzungen

Teresa Go

Dokumentation

Ingeborg Weik-Kornecki

Texte in Absprache mit
der Redaktion
frei zum Nachdruck

Auflage
10.000

Abonnements: presse@wzb.eu

Fotos S. 5 und S. 54: David Ausserhofer

Gestaltung

Kognito Gestaltung, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag,
Paderborn

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) betreiben rund 160 deutsche und ausländische Wissenschaftler problemorientierte Grundlagenforschung. Soziologen, Politologen, Ökonomen, Rechtswissenschaftler und Historiker erforschen Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner Gesellschaften. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen. Von besonderem Gewicht sind Fragen der Transnationalisierung und Globalisierung. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte
- Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.





Sieben Worte

Überlange Reden, Elogen statt Würdigungen, Selbstdarstellung statt Information – wir alle kennen quälende Geburtstagsansprachen. Gelten die Worte uns selbst, tun wir geschmeichelt und hoffen auf ein baldiges Ende. Sprechen wir selbst, vergessen wir die guten Vorsätze.

Im Januar wurde Friedhelm Neidhardt, ehemaliger Präsident des WZB, 80. Nach einem Wunsch gefragt, erbat er sich ein Abendessen im Kreise einiger Weggefährten, und zwar am WZB. Der Koch wollte wissen, wie viel Zeit er zwischen den Gängen lassen sollte. Den Pförtner interessierte, wann die Veranstaltung wohl zu Ende gehen würde. Ich machte mir Sorgen, denn alle Gäste durften als eloquente Neidhardt-Kenner gelten. Da brauchte ich Rat. „Darf ich die Gäste darum bitten, nur kurz zu sprechen?“, fragte ich. „Klar, aber das wird nicht helfen.“ Und: „Kann ich zu lange Würdigungen unterbrechen?“ „Nein“, lautete die Antwort, „das geht gar nicht.“ Entscheidend half ein Hinweis aus der Universität Stanford. Dort werden bei Würdigungen sieben Worte zugelassen.

So sollte es denn sein: sieben Worte. Die Idee der Konzentration machte den Abend erfüllend. Einige der 7-Worte-Reden: „Meister der Zwischentöne und Liebhaber des Halbschattens“. „Beredtes Schweigen – Pause – geniale Wortwahl – Pause-Pause“. „Mit ihm lässt es sich gut aushalten.“ Andere näherten sich der strengen Norm zumindest an: „Distanziert, aber freundlich, aufmerksam und hilfreich. Verlässlich, belesen, wortmächtig und kritisch.“ „Die Rede nie vorausgeeilt, der Gedanke nie hinterhergehinkt, über unzählige Kommata, Adverbien und Nebensätzen bringen sieben aneinandergereihte Verben alles schlüssig auf den Neidhardtschen Punkt.“

Alles war gesagt über die vielfältigen Qualitäten des geehrten Gelehrten. Es blieb: Zeit zum Austausch von Gedanken und Geschichten.

Jutta Allmendinger

Das Werden einer Wende Einstellungen, Parteienwettbewerb und Familienpolitik im Wandel (1990–2008)

Agnes Blome

Summary: Why was Germany able to implement far-reaching family-policy reform after a long impasse? Applying theories of the welfare state and party competition, an analysis of the political process over the last decade offers answers to this question. It can be shown that parties competed on the issue of work-family reconciliation in order to appeal to new groups of voters who are in favor of supporting the dual-earner model.

Kurz gefasst: Der Abschied vom Einernährermodell vollzog sich in Deutschland im letzten Jahrzehnt überraschend und zügig. Welche Faktoren begünstigten diese Wende? Eine Analyse auf Grundlage der Theorien des Parteienwettbewerbs und der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung zeigt: Es gab in Deutschland einen Wandel in den Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit und zur Kinderbetreuung, der zugleich mit einem verschärften Parteienwettbewerb einherging. Diese Entwicklungen haben die Familienpolitik der Parteien beeinflusst, die etwa mit dem Ausbau der Kinderbetreuung und der Einführung des Elterngeldes Weichen stellten für einen Wandel.

Die Einführung des Elterngeldes (2006) und der Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen (2008) unter der CDU-geführten Großen Koalition kamen als Überraschung. Trotz einiger Reformbemühungen seit der Wiedervereinigung hatte sich die deutsche Familienpolitik in den Jahrzehnten zuvor am sogenannten männlichen Ernährermodell orientiert: Der Mann ist in Vollzeit erwerbstätig, die Frau für Kinder und Haushalt verantwortlich und daneben maximal in Teilzeit beschäftigt. Nun wurden jedoch die Weichen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestellt, die die Erwerbstätigkeit von Müttern fördern und Vätern Anreize bieten sollte, sich an der Familienarbeit zu beteiligen.

Wie konnte es zu diesem Richtungswechsel kommen? Diese Frage hat seit einiger Zeit Konjunktur in der Forschung, denn dem deutschen Sozialstaat wurde in der Vergangenheit häufig eine strukturelle Reformträgheit attestiert. Neben institutionellen Faktoren wie dem Föderalismus beeinflussen vorangegangene Weichenstellungen – wie die langjährige Unterstützung der traditionellen Rollenverteilung – auch heutige sozialpolitische Entscheidungen. Zudem ist die Familienpolitik ein ideologisch aufgeladenes Politikfeld, an dem sich die Parteigeister schieden. So galt die CDU/CSU als Bewahrer des männlichen Ernährermodells, während die SPD sich aufgeschlossener zeigte für die Unterstützung der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Reformen waren daher eher nicht zu erwarten.

Neuere theoretische Ansätze legen die Hypothese nahe, Veränderungen der Wählermilieus, veränderte Einstellungen und Präferenzen sowie ein Wandel im Parteienwettbewerb seien Gründe für die familienpolitische Wende. Diese mögliche Erklärung wurde in einem WZB-Projekt anhand einer Analyse der politischen Entscheidungsprozesse überprüft, die zu den Reformen der 2000er Jahre geführt haben. Basis der Analysen sind Auswertungen von parlamentarischen Debatten, Wahlprogrammen sowie Experten-Interviews, die 2010 geführt wurden.

Der Wechsel 1998 zur rot-grünen Koalition war für die CDU/CSU, die zuvor 16 Jahre lang die Regierung geführt hatte, eine Zäsur. Zum ersten Mal erlangte sie bei einer Bundestagswahl weniger als 40 Prozent der Wählerstimmen. Dieser Trend setzt sich bei den folgenden Wahlen fort. Erst 2005 war sie in der Großen Koalition wieder Regierungspartei. Auch die SPD verlor nach ihrem Sieg 1998 kontinuierlich an Stimmen. Die beiden Parteien lagen bei den darauffolgenden Wahlen fast gleichauf mit jeweils 38,5 Prozent im Jahr 2002 bzw. 34,2 Prozent und 35,2 Prozent im Jahr 2005. Beide Entwicklungen verstärkten den Wettbewerb zwischen den beiden großen Parteien.

Die CDU/CSU musste in dieser Situation mit der sinkenden Relevanz ihrer Kernklientel umgehen, der religiösen (katholischen) Wählerschaft. Analysen auf Grundlage der Daten des European Values Survey (EVS) zeigen, dass Anfang der 1990er Jahre noch 28 Prozent der Befragten zu den aktiv Religiösen zählten, also denjenigen, die mehrmals pro Monat die Kirche besuchen. Dieser Anteil sank bis 2008 auf 16 Prozent. Der Anteil jener, die sich als konfessionslos bezeichneten, wuchs im gleichen Zeitraum auf über 46 Prozent.

Die SPD hatte mit einem rückläufigen Anteil an Geringqualifizierten und Arbeitern zu kämpfen. Noch in den 1950er Jahren belief sich der Anteil der Arbeiter

an der Gesamterwerbsbevölkerung auf 50 Prozent. Bis 2000 sank dieser Anteil auf ein Drittel. Eine Rolle spielte aber der Generationenwandel. Vor allem jüngere Arbeiter lösten die traditionelle Bindung an die SPD, während die jüngeren Vertreter der Mittelschicht weniger als Generationen davor dazu neigten, die CDU/CSU zu wählen.

Die Konsolidierung einer Partei links von der SPD, seit 2007 Die Linke, bedeutete eine weitere Veränderung des Parteiensystems und des Parteienwettbewerbs. Sie stellte für viele eine glaubwürdige Alternative zur SPD dar, nachdem diese die Agenda 2010 initiiert hatte. Aufgrund dieser Entwicklungen sahen sich SPD wie CDU/CSU veranlasst, stärker neue Wählergruppen anzusprechen.

Die Familienpolitik erwies sich als geeignetes Politikfeld für den politischen Wettbewerb. Nicht zuletzt im Kontext der Wiedervereinigung 1990 wandelten sich die Präferenzen und Bedürfnisse von Frauen hinsichtlich einer Erwerbstätigkeit. Die Daten des European Value Survey spiegeln diesen Wandel wider: Noch Anfang der 1990er Jahre stimmten über 80 Prozent der Deutschen der Aussage zu, ein Vorschulkind leide, wenn seine Mutter berufstätig sei. Demnach unterstützte damals die Mehrheit der Deutschen das männliche ErnährermodeLL. 1999 bejahten nur noch 55 Prozent die Aussage. 2008 sank der Wert weiter auf 50 Prozent. Hier fand also ein dramatischer Wandel in den Präferenzen der deutschen Bevölkerung statt, insbesondere in den westlichen Bundesländern. Vor allem Frauen und Bessergebildete trieben diese Entwicklung voran, während Geringqualifizierte und religiöse Menschen weiterhin die Müttererwerbstätigkeit überwiegend ablehnen. SPD wie CDU/CSU konnten demnach angesichts der sinkenden Relevanz ihrer angestammten Wählerklientel mit (angekündigten) Reformen der Familienpolitik für die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf um Wählergruppen wie die Frauen werben.

Obwohl die erste rot-grüne Regierung 1998 mit dem Versprechen angetreten war, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ließen weitreichende Reformen zunächst auf sich warten. Erst beim SPD-Parteitag 2001 gewann das Thema erneut an Relevanz, und im April 2002, fünf Monate vor der nächsten Bundestagswahl, gab der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder eine Regierungserklärung zum Thema Familie ab. Darin machte er sich für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stark und forderte eine verbesserte Kinderbetreuung mit dem Argument, die vielen gut ausgebildeten Frauen würden auf dem Arbeitsmarkt gebraucht. Damit sprach er die Zielgruppe der Befürworter des Zweiverdienermodells direkt an: Frauen und Bessergebildete.

Auch die Union überarbeitete unter der Leitung der späteren Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Positionen zur Familienpolitik und legte einen besonderen Schwerpunkt auf die Entwicklung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Wahlkampf 2002 spielte die Familienpolitik eine große Rolle. In der CDU/CSU setzten sich am Ende jedoch jene durch, die sich auf diesem Feld von der Politik der SPD abgrenzen wollten.

So hob der Fraktionsführer der CDU, Friedrich Merz, die Bedeutung von Ehe und Familie hervor, die mit Geld und nicht durch staatliche Dienstleistungen zu unterstützen sei. Die Förderung des Zweiverdienermodells lehnte er ab und wurde darin vor allem von der CSU unterstützt.

Zugleich versuchte der als konservativ geltende CDU/CSU-Kanzlerkandidat Stoiber ein modernes Frauen- und Familienleitbild zu vermitteln. Durch diese Ambivalenz im Wahlkampf transportierten die Unionsparteien das Bild einer Politik ohne eindeutige Richtung. Einer Umfrage zufolge hielten zu diesem Zeitpunkt nur 30 Prozent der Deutschen die CDU/CSU, aber 43 Prozent die SPD für kompetent in Sachen Familienpolitik. Die damalige CDU-Vorsitzende Angela Merkel nannte die Tatsache, dass die Bevölkerung die CDU weiterhin als die Verfechterin einer traditionellen Familienpolitik wahrnahm, als einen Grund für die erneute Niederlage ihrer Partei bei der Wahl 2002.

Die im Amt bestätigte rot-grüne Regierung initiierte zunächst die „Allianz für die Familie“ mit dem Ziel, alle relevanten Akteure im Bereich der Kinderbetreu-



Agnes Blome ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Ungleichheit und Sozialpolitik. Die Politikwissenschaftlerin forscht unter anderem über Wohlfahrtsstaat und politische Systeme, demografischen Wandel und Geschlechterverhältnisse.

(Foto: David Ausserhofer)

agnes.blome@wzb.eu

ung zusammenzubringen. Weitere Reformen ließen aufgrund finanzieller Restriktionen auf sich warten. Zugleich sah sich die Regierung massiven Protesten gegen die von Kanzler Schröder initiierte Agenda 2010 und die Hartz-Reformen ausgesetzt. Mit einer innovativen Leistung für Familien hoffte die Regierungsspitze, von den Negativschlagzeilen abzulenken und bei den Wählern zu punkten. Auf der Klausurtagung des Kabinetts im Juli 2004 präsentierte die Familienministerin Renate Schmidt deshalb ihr Konzept des Elterngelds nach schwedischem Vorbild. Dieses sah eine einkommensbezogene Ersatzleistung für die Dauer von zehn Monaten vor, mit einer Verlängerung um zwei Monate, wenn beide Elternteile jeweils mindestens zwei Monate in Elternzeit gingen.

Das Elterngeld wurde in das nächste Wahlprogramm aufgenommen. Etwa zeitgleich nahm die rot-grüne Regierung die Reform der Kinderbetreuung in Angriff. Der Gesetzentwurf für das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) 2004 wurde jedoch von den Ländern und Kommunen abgelehnt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Opposition die Mehrheit im Bundesrat und damit ein großes Vetopotenzial. Es ging jedoch weniger um die Frage des „Ob“ als um das „Wie“ und „Was“ einer Förderung; Betreuungsform, Finanzierung und Fragen der Zuständigkeiten standen im Mittelpunkt. Auch in der CDU gab es mehrere Bestrebungen, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Vordergrund zu stellen. So hatte beispielsweise die Interessenvertretung der Frauen in der CDU (Frauen Union) 2003 einen Vorschlag zur Förderung der Kinderbetreuung entwickelt und bei Parteitag vorgeschlagen. Trotz innerparteilichen Widerstands wurden die Vorschläge jedoch zunehmend positiv aufgenommen. Hier zeigt sich, wie auch in der CDU die Notwendigkeit einer Umstellung anerkannt wurde.

So setzte der CDU-Bundesvorstand im Februar 2005 eine Kommission zum Thema „Eltern, Kinder, Beruf“ unter dem Vorsitz der niedersächsischen Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Ursula von der Leyen ein. Die Kommission sollte eine Grundlage für einen familienpolitischen Antrag für den Parteitag erarbeiten, insbesondere mit Vorschlägen für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wegen der Neuwahl des Bundestages als Folge der SPD-Niederlage in Nordrhein-Westfalen fehlte der Union Zeit, für ihre Reformvorstellungen in der Partei zu werben. In ihrem Wahlprogramm kündigte die CDU/CSU daher wieder lediglich die verbesserte Anerkennung von Familienarbeit von Frauen zum Beispiel durch Steuererleichterungen an. Konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Vereinbarkeit wurden nicht angesprochen. Die SPD hingegen trat mit ihrem Elterngeld-Reformvorschlag und mit Konzepten für den Ausbau der Kinderbetreuung an.

Trotz Umfragen, die einen überwältigenden Sieg für die CDU/CSU vorhersagten, war der Ausgang der Wahl 2005 denkbar knapp. Die CDU/CSU erhielt 35,2 Prozent der Zweitstimmen, die SPD 34,2 Prozent. Wahlanalysen zeigen, dass die SPD bei dieser Wahl zu einer höheren Wahrscheinlichkeit von Frauen als von Männern gewählt wurde. Dieser Geschlechtereffekt zeigte sich weder bei vorherigen noch bei der nachfolgenden Wahl. Es lässt sich vermuten, dass die progressiveren SPD-Vorschläge Frauen, die sich mehr Unterstützung für das Zweiverdienermodell wünschten, zur Wahl dieser Partei bewegt haben. Aufgrund der schwindenden Unterstützung war die CDU daher noch mehr unter Druck, sich den veränderten Gegebenheiten und Präferenzen anzupassen.

Der Ausgang ist bekannt: Bereits der Koalitionsvertrag der nach der Wahl 2005 gebildeten Großen Koalition enthält die Absichtserklärung, das von der SPD vorgeschlagene Elterngeld einzuführen. Des Weiteren wurde die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr angekündigt. Die CDU/CSU haderte jedoch weiterhin intern mit den Reformen. Für Teile der CDU, darunter Kanzlerin Merkel und ihre Familienministerin von der Leyen, war das Elterngeld eine wichtige Leistung zur Förderung von Familien. Insbesondere aber die zwei zusätzlichen „erzwungenen Papa-Monate“ wurden als Eingriff in die Privatsphäre kritisiert. Der CSU-Landesgruppenchef im Bundestag und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Ramsauer verspotete sie als „Wickelvolontariat“. Der Streit wurde durch einen Kompromiss beigelegt. Die gesamte Dauer wurde um zwei Monate verlängert, sodass Eltern das Elterngeld für insgesamt 14 Monate erhalten. Die zwei Papa-Monate blieben

bestehen. Die Große Koalition erwirkte auch bei der Kinderbetreuung einen radikalen Politikwechsel. Kurz nachdem das Elterngeld an die ersten Anspruchsberechtigten ausgezahlt wurde, kündigte die Familienministerin einen massiven Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige auf 750.000 im Jahr 2013 an. Wieder gab es Kritik an der Finanzierung. Der Ministerin kam schließlich ein glücklicher Zufall zupass: Durch die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt hatte der Bund einen unerwarteten Haushaltsüberschuss, die der Finanzminister in einen Sonderfonds für den Ausbau der Kinderbetreuung umleitete.

In der CDU/CSU gab es weiterhin kritische Stimmen. Im Mai 2007 schlug der bayerische Ministerpräsident Stoiber (CSU) ein Betreuungsgeld vor, das Eltern gezahlt werden sollte, die ihr Kind nicht in einer Betreuungseinrichtung betreuen ließen. Er verknüpfte seinen Vorschlag schließlich mit der Zustimmung seiner Partei zur Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr. Mit dem Betreuungsgeld wollte er vermutlich die traditionelle Wählerklientel insbesondere der CSU, aber auch der CDU zufriedenstellen. Auch hier einigte man sich auf einen Kompromiss: Im September 2008 wurde das „Kinderförderungsgesetz – KiföG“ verabschiedet, das den Rechtsanspruch einführt und zugleich vorsah, dass 2013 eine monatliche Leistung (zum Beispiel ein Betreuungsgeld) eingeführt werden könnte.

Als Fazit lässt sich festhalten: Die familienpolitischen Reformen gingen mit einem mehrere Jahre (und noch) andauernden Anpassungsprozess der beiden großen Parteien an veränderte Präferenzen einher. Die deutsche Bevölkerung befürwortet zunehmend das Zweiverdienermodell. Des Weiteren erforderten der verstärkte Parteienwettbewerb und die veränderte Bedeutung bestimmter Wählergruppen von den Parteien, sich neu auszurichten und mit der Opposition um bestimmte Wählersegmente mit neuen Konzepten in der Familienpolitik zu konkurrieren. Die traditionelle CDU- wie auch SPD-Klientel sind diejenigen, die noch am ehesten das Einverdienermodell unterstützen – jedoch verlieren beide Gruppen an Stimmenmasse. Insgesamt zeigten sich bei beiden Parteien über den gesamten Zeitverlauf die internen Konflikte, die aus dem Dilemma hervorgingen, neue Wählergruppen ansprechen zu wollen, dabei aber die traditionelle Wählerklientel nicht zu verlieren.

Die Reformen der letzten Jahre zeigen, dass sozialpolitischer Wandel trotz verschiedener institutioneller Hindernisse möglich ist. Die spezielle Konstellation des Parteienwettbewerbs um die Jahrtausendwende trug dazu bei, das Thema Familienpolitik auf die Agenda zu setzen und Reformen voranzutreiben.

Literatur

Blome, Agnes: „Politischer Wettbewerb und rapide Wechsel in der Familienpolitik“. In: Friedbert W. Rüb (Hg.): *Zeitschrift für Politik, Sonderheft 6 „Rapide Politikwechsel in der Bundesrepublik. Gründe, Akteure, Dynamiken und Probleme“* (2014, im Erscheinen).

Fleckenstein, Timo, „The Politics of Ideas in Welfare State Transformation: Christian Democracy and the Reform of Family Policies in Germany“. In: *Social Politics* 18, No. 4 (2011), pp. 543–571.

Häusermann, Silja/Picot, Georg/Geering, Dominik: „Review Article: Rethinking Party Politics and the Welfare State – Recent Advances in the Literature“. In: *British Journal of Political Science*, 2013, Vol. 43, No. 1, pp. 221–240.

Morgan, Kimberly J., „Path Shifting of the Welfare State: Electoral Competition and the Expansion of Work–Family Policies in Western Europe“. In: *World Politics* 65, No. 01 (2013), pp. 73–115.

Summary: Young women face different extents of employment security depending on the occupation they work in. Studying the link between characteristics of occupations and the timing of family formation of young women shows that the occupational setting proves highly relevant for the timing of the birth of the first child. Women in occupations with good employment security do postpone their family formation compared to women in occupations with poorer levels of employment security. This implies that these women practice different models of work-family-balance with differing drawbacks for their occupational engagement.

Kurz gefasst: Berufe unterscheiden sich bezüglich der Beschäftigungsperspektiven, die sie erwerbstätigen jungen Frauen bieten. Die Untersuchung bestimmter Charakteristika von Berufen zeigt, dass die beruflichen Rahmenbedingungen für Frauen direkte Auswirkungen auf die Planung und Entscheidung zur Familiengründung haben. Frauen in Berufen mit guten Beschäftigungsperspektiven beim Arbeitsmarkteinstieg bekommen ihr erstes Kind deutlich später als Frauen in Berufen mit schlechteren Beschäftigungsperspektiven. Das hat Konsequenzen für das gelebte Modell der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und darauf, wie stark Frauen Abstriche im Berufsleben machen.

Guter Job – Kinder können warten Frauen in Berufen mit Perspektiven schieben die Familiengründung auf

Agnieszka Althaber und Michael Ruland

In den letzten Jahrzehnten ist die Erwerbstätigkeit von Frauen zunehmend selbstverständlich geworden, gerade für junge Frauen. Gleichzeitig sehen wir, dass sich das Alter bei der Geburt des ersten Kindes in demselben Zeitraum erhöht hat. Erwerbstätige Frauen schieben die Familiengründung insbesondere dann auf, wenn ihre berufliche Situation von Unsicherheit geprägt ist, beispielsweise bei kurzfristiger Arbeitslosigkeit, oder wenn sie in Teilzeit arbeiten. Was für ein Einkommen werde ich voraussichtlich erzielen können? Ist mein Job sicher? Das sind Fragen, die für Frauen zunehmend wichtiger werden.

Wenig erforscht ist bisher, ob bestimmte Charakteristika der Berufe für Frauen die Länge des Zeitraums zwischen Berufseinstieg und Geburt des ersten Kindes systematisch beeinflussen. Um diese Frage zu beantworten, haben wir Beschäftigungssicherheit als ein Kennzeichen von Berufen untersucht. Anstatt einzelne Dimensionen von Beschäftigungssicherheit für die Analysen festzulegen, haben wir die Geschlossenheit von Berufen näher betrachtet. Dieses Merkmal beeinflusst viele verschiedene Dimensionen von Beschäftigungssicherheit und steht damit in engem Zusammenhang.

Berufe lassen sich durch den Grad ihrer Schließung in geschlossene und offene Berufe einteilen. Für diese Unterscheidung ist relevant, wie eng der Zugang zu einem Beruf an einen bestimmten Abschlusstyp gekoppelt ist. Die verschiedenen Abschlusstypen haben wir in sechs Kategorien zusammengefasst: kein Abschluss, allgemeinbildender Schulabschluss, beruflicher Ausbildungsabschluss, Meister-, Fachhochschul- und Universitätsabschluss. Entscheidend ist in Bezug auf die Geschlossenheit, ob ein einzelner Abschlusstyp innerhalb eines Berufs dominiert.

Für geschlossene Berufe ist in der Regel ein ganz bestimmter Abschluss die Voraussetzung, um in diesen Berufen zu arbeiten. Es sind zum Teil hoch qualifizierte Berufe wie zum Beispiel Lehrerin und Ärztin oder spezialisierte Berufe wie Buchhalterin und Rechtsanwalts-/Notargehilfin. Aber auch ganz gewöhnliche Berufe zählen zu den geschlossenen Berufen, wie verschiedene Verkäuferinnen- und Fachverkäuferinnen-Berufe.

Offene Berufe zeichnen sich dadurch aus, dass der Zugang zu den Tätigkeiten

und Positionen nicht ganz so stark reguliert ist und bestimmte Abschlüsse zwar erwünscht sind, aber nicht zwingend vorausgesetzt werden. Somit finden sich in diesen Berufen häufig Erwerbstätige mit unterschiedlichen Abschlüssen. Zu den offenen Berufen zählen unter anderem Reinigungskräfte, Altenpflegerinnen, aber auch Sozialpädagoginnen oder Bibliothekarinnen.

Geschlossene und offene Berufe unterscheiden sich systematisch in ihren Beschäftigungsperspektiven. Die Verdienstmöglichkeiten und die Beschäftigungssicherheit sind in geschlossenen Berufen hoch, in offenen Berufen niedriger. So haben Erwerbstätige in geschlossenen Berufen höhere Stundenlöhne und Einkommen, sie arbeiten zusätzlich seltener in Teilzeit als Erwerbstätige in offenen Berufen. Außerdem verbleiben sie im Schnitt länger in einem Betrieb und wechseln seltener ihren Beruf. Geschlossene Berufe bieten also ein höheres Maß an Sicherheit, was Stabilität und Dauer der Beschäftigung angeht.

Diese deutlichen Unterschiede legen nahe, dass sich je nach Grad der Geschlossenheit und der damit verbundenen Beschäftigungssicherheit eines Berufs der Zeitraum zwischen Berufseinstieg und Familiengründung bei Frauen unterscheidet. Die Theorie und Ergebnisse bisheriger Untersuchungen lassen zwei unterschiedliche Argumentationslinien zu, welchen Einfluss die genannten Berufsmerkmale auf den Zeitpunkt der Familiengründung haben können.

Eine Möglichkeit wäre der Grundsatz: Sicherheit ist wichtig! Eine sichere ökonomische Basis kann als Voraussetzung für eine Familiengründung angesehen werden. Natürlich kommt es hierbei auch auf die Konstellationen im Haushalt und in der Partnerschaft an. Aber die derzeitige Erwerbssituation der Frauen und ihre Zukunftsperspektiven spielen eine entscheidende Rolle. Gute Beschäftigungsperspektiven bieten Frauen ein vergleichsweise hohes Maß an Sicherheit für die berufliche Zukunft, und diese finden Frauen überwiegend in geschlossenen Berufen vor. Entsprechend sollten diese Bedingungen zum Beispiel auch den Wiedereinstieg nach der Geburt eines Kindes erleichtern. Daraus lässt sich schließen, dass Frauen sich umso eher für eine Familiengründung entscheiden, wenn sie in geschlossenen Berufen tätig sind.

Eine andere Annahme ließe sich auch denken: Flexibilität zählt! Wenn Frauen in geschlossenen Berufen ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, während sie noch in der Etablierungsphase sind, dann ist es für sie schwierig, anschließend auf ihre Position zurückzukehren. Durch die enge Koppelung des Zugangs zu geschlossenen Berufen an bestimmte Abschlüsse gelten hier relativ klare Vorgaben über die erforderlichen Qualifikationen. Beim Arbeitsmarkteintritt bescheinigt der Abschluss das Vorhandensein dieser Qualifikationen, und im weiteren Verlauf ist eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit der beste Beleg dafür, dass diese Qualifikationen weiterhin vorliegen und ausgebaut werden. Eine familienbedingte Unterbrechung hingegen schreibt die Kenntnisse und Fähigkeiten ab; das erschwert die Rückkehr auf die frühere Position.

Die schlechteren Beschäftigungsperspektiven in offenen Berufen bedeuten, dass hier ein höheres Maß an Fluktuation und Flexibilität herrscht. In offenen Berufen dominieren zwar unsichere und prekäre Erwerbssituationen. Aber Frauen wissen, dass sich nach einer familienbedingten Unterbrechung für sie in diesen Berufen Chancen für einen Wiedereinstieg oder sogar für eine Neuorientierung ergeben können. Daraus lässt sich schließen, dass Frauen sich umso eher für eine Familiengründung entscheiden, wenn sie in offenen Berufen tätig sind.

Was sagt nun die Empirie? Unsere Analysen beruhen auf den Daten des Nationalen Bildungspanels, die wir mit Methoden der Ereignisdatenanalyse ausgewertet haben. Sie bestätigen weitgehend das zweite Szenario: Flexibilität in Berufen ist entscheidend. Frauen, die beim Arbeitsmarkteintritt in offene Berufe einsteigen, bekommen ihr erstes Kind im Schnitt 28 Monate früher als Frauen mit einem Einstieg in geschlossene Berufe. Allerdings entwickelt sich dieser Unterschied erst im Laufe der Zeit nach dem Arbeitsmarkteintritt: Zu Beginn gibt es kaum einen Unterschied, aber mit zunehmender Dauer tritt die Differenz deutlich hervor und wächst weiter an. So haben fünf Jahre nach Beschäftigungsbe-



Agnieszka Althaber ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Projektgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Arbeitsmarkt- und Familiensoziologie sowie in der Lebensverlaufs-forschung. (Foto: David Ausserhofer)

agnieszka.althaber@wzb.eu



Michael Ruland ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Projektgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Bildungs- und Arbeitsmarktsoziologie sowie der Surveymethodenforschung. [Foto: Martina Sander]

michael.ruland@wzb.eu

ginn bereits ca. 30 Prozent der Frauen in offenen Berufen Kinder, bei Frauen in geschlossenen Berufen sind das ca. 25 Prozent. Zehn Jahre nach Beschäftigungsbeginn (die Mehrheit der Frauen ist dann zwischen 26 und 36 Jahren) haben ca. 50 Prozent der Frauen in offenen Berufen Kinder bekommen, bei Frauen in geschlossenen Berufen lediglich ca. 41 Prozent. Die Ergebnisse basieren auf Berechnungen eines Piecewise-Constant-Exponential-Modells, unter Berücksichtigung von weiteren individuellen Merkmalen wie Alter bei Beschäftigungsbeginn, Geschlecht, Geburtskohorte, Beschäftigungsform, Bildung.

Frauen in geschlossenen Berufen schieben die Familiengründung also trotz oder vielleicht auch aufgrund der besseren Beschäftigungsperspektiven erheblich auf. Die vergleichsweise hohe Flexibilität in offenen Berufen scheint das frühe Timing der Familiengründung zu bewirken. Die Ergebnisse weisen gleichzeitig darauf hin, dass diese Mütter eher in instabilen, geringer entlohnenden und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Für die Paarkonstellation bedeutet dies, dass sie viel stärker auf die Rolle der Zuverdienerin verwiesen werden und somit auch stärker vom Einkommen ihrer Partner abhängig sind. Folglich geht das Modell der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen in offenen Berufen überwiegend mit erheblichen Abstrichen im Berufsleben einher.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Rahmenbedingungen des Berufs für Frauen direkte Auswirkungen auf die Planung und Entscheidung zur Familiengründung haben. Offensichtlich sind gute Beschäftigungsperspektiven nicht allein ausschlaggebend. Ziel weiterführender Analysen wird sein, zusätzliche Mechanismen zu identifizieren, warum Frauen in geschlossenen Berufen den Zeitpunkt der Familiengründung nach hinten verschieben. Ungeklärt ist beispielsweise die Frage, ob es sich um einen Selektionsprozess handelt und Frauen in geschlossenen Berufen von vornherein erst später ein Kind bekommen wollen. Oder ob es an der regionalen Unterversorgung von Kinderbetreuungsplätzen liegt, die insbesondere für Frauen mit guten Karriereaussichten hemmend wirken.

Literatur

Blossfeld, Hans-Peter/Roßbach, Hans-Günther/von Maurice, Jutta (Eds.): *Education as a Lifelong Process – The German National Educational Panel Study (NEPS)*. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 2011, Sonderheft Band 14, H. 2.

Andreas Haupt (2012). (Un)Gleichheit durch soziale Schließung – Effekte offener und geschlossener Teilarbeitsmärkte auf die Lohnverteilung in Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64: 729–753.

Michaela Kreyenfeld (2008). Ökonomische Unsicherheit und der Aufschub der Familiengründung, in Marc Szydlik (Hrsg.). *Flexibilität – Folgen für Arbeit und Familie*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: 232–254.

Grenzen des Wandels Ein Vergleich über Jahrzehnte zeigt: Immer noch unterbrechen Mütter oft ihre Erwerbstätigkeit

Nadiya Kelle

Noch in den 1950er und 1960er Jahren wurde in Westdeutschland traditionell die familiäre Arbeitsteilung gefördert. Nach der Geburt von Kindern unterbrachen Frauen ihre Berufstätigkeit (dauerhaft), während Männer als Hauptverdiener agierten. Der gesellschaftliche Kontext hat sich indes in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Seit den späten 1960er Jahren haben sich Normen und Werte verändert. Ehen werden viel häufiger geschieden, sodass Frauen vermehrt Wert auf die eigene finanzielle Absicherung legen. Die Selbstverwirklichung im Beruf wird immer wichtiger und die Erwerbsorientierung von Frauen nimmt stark an Bedeutung zu.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dieser Wandel habe auch tiefgreifende Veränderungen im Umfang der Erwerbstätigkeit von Frauen bewirkt: Tatsächlich sind Frauen und vor allem Mütter heute sehr viel häufiger berufstätig. Allerdings wird in der Literatur betont, dass die Erwerbsbeteiligung als solche ein zu grober Indikator des Wandels ist. Das Gesamtvolumen der weiblichen Erwerbsarbeit nimmt nämlich weniger stark zu als erwartet, unter anderem weil viele Frauen in Teilzeit arbeiten.

Die vergleichende Analyse von Erwerbsbiografien über einen längeren Zeitraum kann zu einem differenzierten Verständnis des Wandels beitragen, gerade wenn das Erwerbsverhalten nach der Geburt von Kindern einbezogen wird. Hierzu habe ich Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) herangezogen, einer deutschlandweit repräsentativen, interdisziplinären und längsschnittlichen Befragung. Die Erwerbsverläufe von Frauen mit eigenen Kindern habe ich über 31 Jahre, ab dem Alter von 15 Jahren bis zum vollendeten 45. Lebensjahr, ausgewertet. Diese Spanne umfasst den Zeitraum, in dem der Großteil von Frauen Kinder bekommt. Aus den Daten geht außerdem für jede Frau der Zeitpunkt der Geburt ihres ersten Kindes hervor.

Um den sozialen Wandel der Erwerbsbeteiligung von westdeutschen Frauen abbilden zu können, werden drei Spannen von Geburtsjahrgängen, sogenannte Kohorten, miteinander verglichen: 1936–45, 1946–55 und 1956–65. Die Bedingungen, unter denen sich die Erwerbs- und Familienverläufe dieser Frauen entwickelt haben, unterscheiden sich deutlich. Für die älteste Kohorte, geboren zwischen 1936 und 1945, dominierte das Hausfrauenmodell, also ein (mindestens) teilweiser Rückzug aus dem Erwerbsleben bei Familiengründung. Als Folge der Bildungsexpansion und des Wertewandels wurde bei den Frauen aus der zweiten Kohorte, geboren zwischen 1946 und 1955, eine Erwerbstätigkeit üblicher und auch selbstverständlicher. Die Frauen der jüngsten Kohorte profitierten schließlich konnten von Bildungsexpansion und Frauenbewegung am meisten profitieren. Allerdings waren sie zugleich von Veränderungen und steigender Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt betroffen. Diese Kohorte der zwischen 1956 und 1965 Geborenen, auch Babyboomer-Kohorte genannt, ist die jüngste Kohorte, die zurzeit abgeschlossene Fertilitätsphasen aufweist.

Betrachtet man die Erwerbsverläufe der Frauen drei Jahre vor und drei Jahre nach der Geburt des ersten Kindes, ist in allen Kohorten ein drastischer Bruch in den Erwerbsbiografien festzustellen. Während die überwiegende Zeit vor der Geburt des ersten Kindes in einer Vollzeittätigkeit verbracht wird, sind die ersten drei Jahre nach der Geburt hauptsächlich durch eine Hausfrauentätigkeit geprägt. Dieser Trend bleibt über die Kohorten hinweg bestehen. Auch für die

Summary: Has there been a change over time in West German women's employment patterns after the birth of their first child? A comparison of three different birth cohorts (1936–45, 1946–55 and 1956–65) shows that childbirth continuously influences women's employment and careers. Likewise, increasing labor market participation rates amongst women seem to be the result of later parenthood. After a child is born, women's employment careers barely change across cohorts with the exception of elevated part-time employment.

Kurz gefasst: Wie verändern sich die Erwerbsverläufe von westdeutschen Frauen nach der Geburt ihres ersten Kindes? Der Vergleich von drei Geburtskohorten (1936–45, 1946–55 und 1956–65) zeigt, dass die Geburt des ersten Kindes durchweg einen klaren Einschnitt in Erwerbsverläufe bedeutet. Zwar steigt die Erwerbsbeteiligung von Frauen insgesamt, dies ist jedoch eher auf die spätere Familiengründung zurückzuführen. Der Wandel von Erwerbsverläufen nach der Geburt eines Kindes ist also nur schwach ausgeprägt. Eine Ausnahme bildet lediglich die steigende Teilzeitbeschäftigung.

jüngeren Kohorten gilt also, dass Familien- und Erwerbsleben eng miteinander verknüpft sind.

Beobachtet man die Erwerbsverläufe in ihrer ganzen Länge (zwischen dem Alter 15 und 45), wird zudem eine deutliche Ausdifferenzierung nach der Geburt des ersten Kindes sichtbar. Direkt nach der Geburt des ersten Kindes wechseln die meisten Frauen für eine gewisse Zeit in die Hausfrauen- bzw. in die Teilzeittätigkeit. Danach differenzieren sich die Erwerbsverläufe in vier verschiedene Erwerbsverlaufstypen aus (siehe Tabelle). Zwei dieser Typen sind von der Rückkehr der Frauen in die Erwerbstätigkeit gekennzeichnet. Einige Frauen kehren nach der Geburt ihres ersten Kindes dauerhaft in die Vollzeitstätigkeit zurück. Über die Kohorten hinweg betrachtet sinkt aber die Anzahl der Frauen, die diesem Vollzeit-Typ zugeordnet werden können: Während in den älteren Kohorten noch 35 bis 37 Prozent der Erwerbsverläufe diesem Muster entsprechen, sind es bei den Babyboomer-Frauen nur 31 Prozent. Dagegen steigt die Zahl der Frauen, die nach der Erstgeburt und einer Unterbrechung in eine Teilzeittätigkeit einsteigen. Der Teilzeit-Typ schließt für die älteste Kohorte knapp 19 Prozent der Frauen ein, bei den Babyboomern wächst dieser Anteil auf 27 Prozent.

Der dritte und vierte Typ umfasst diejenigen, die nach der Geburt des ersten Kindes nicht in die Erwerbstätigkeit zurückkehren. Hier finden sich zwei verschiedene Muster: zum einen Erwerbsverläufe, die durch eine frühe Mutterschaft (meistens vor dem 25. Lebensjahr) und lange, stabile Hausfrauenzeiten geprägt sind, und zum anderen Erwerbsverläufe, die eine etwas spätere Mutterschaft (gegen Ende 20) und eine nur kurz von Teilzeittätigkeitsperioden unterbrochene Hausfrauentätigkeit kennzeichnet. Über die Kohorten hinweg lässt sich bei diesen zwei Typen eine interessante Entwicklung beobachten: Während sich der durch die frühe Mutterschaft geprägte Typ fast halbiert (von 29 Prozent in der ältesten auf 15 Prozent in der Babyboomer-Kohorte), steigt der Anteil des zweiten Hausfrauen-Typs deutlich an (von 17 Prozent in den älteren Kohorten auf 27 Prozent in der Babyboomer-Kohorte).

Dieses Ergebnis spricht dafür, dass sich zwar der Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes nach hinten verschoben hat, dass sich aber in den letzten Jahrzehnten kaum weniger Mütter vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben.

Tabelle: Entwicklung der Erwerbstypen von Müttern

	Kohorte 1 1936-1945	Kohorte 2 1946-1955	Kohorte 3 1956-1965
Typ 1: Vollzeit	35,3 %	37,0 %	31,4 %
Typ 2: Teilzeit	18,8 %	28,0 %	27,3 %
Typ 3: Hausfrau (frühere Mutterschaft)	28,9 %	17,8 %	14,5 %
Typ 4: Vollzeit/Hausfrau (spätere Mutterschaft)	17,0 %	17,2 %	26,8 %

Quelle: SOEP, gewichtete Ergebnisse. Eigene Berechnungen.

Diese Ergebnisse belegen, dass die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen tatsächlich nur eine begrenzte Aussagekraft hat. Zwar steigt ihre Erwerbsbeteiligung insgesamt, diese Entwicklung lässt sich allerdings zumindest teilweise schlicht durch eine Verschiebung der Familiengründung erklären. Die Geburt des ersten Kindes bleibt für Frauen aller Kohorten ein kritisches Ereignis, das von Erwerbsunterbrechungen begleitet wird. Betrachtet man die gesamten Erwerbsverläufe während des geburtsfähigen Alters, so wird deutlich, dass sich die Phasen nach der Geburt des ersten Kindes über die Jahrzehnte nur wenig verändert haben. Am deutlichsten wird dies im Vergleich der beiden Hausfrauen-Typen: Zusammen genommen sind kaum Veränderungen in der Anzahl der Hausfrauen-Verläufe zu beobachten. Die einzige relevante Veränderung ist die Zunahme der späteren Mutterschaft. Die steigende Erwerbsquote von Müttern in Westdeutschland ist zudem auf die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung – bei gleichzeitigem Rückgang der Vollzeittätigkeit – zurückzuführen. Die Teilzeiterwerbstätigkeit bietet einerseits Chancen, birgt aber auch Risiken für Frauen mit

Kindern. Sie ermöglicht Frauen eine Vereinbarkeit des Familien- und Berufslebens. Andererseits ist bei Teilzeittätigkeit mit geringeren Aufstiegsmöglichkeiten sowie mit Einkommenseinbußen zu rechnen.

Der relativ stabil bleibende Einschnitt in die Erwerbsbiografien von Frauen nach einer Geburt hängt damit zusammen, dass die institutionellen Rahmenbedingungen trotz vieler Reformen nach wie vor die häusliche Betreuungsarbeit von Frauen fördern, während es immer noch zu wenig Maßnahmen zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt gibt. Wie sich im Rahmen der aktuellen Diskussion über den Fachkräftemangel zeigt, kann man sich genau das in Deutschland aber immer weniger leisten.

Um diesen Mangel auszugleichen, wären vor allem Mütter eine stille Reserve, die es zu mobilisieren gilt. Förderprogramme und -Maßnahmen sollten sich deshalb stärker als bisher auf die Förderung der Erwerbsarbeit von Frauen und insbesondere Müttern konzentrieren. Um Vollzeittätigkeit für Mütter zu ermöglichen, sollte im größeren Maße als bisher auf den Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen gesetzt werden. Vonseiten des Arbeitsgebers sollten Bedingungen für flexible Arbeitszeiten sowie Heimarbeit geschaffen werden. Außerdem sollte es Männern wie Frauen in einer Ehe möglich sein, ohne steuerliche Einbußen gleichzeitig einer zumindest vollzeitnahen Erwerbstätigkeit nachzugehen – das Prinzip des Ehegattensplittings ist zu überdenken. All dies ist essenziell, damit sich Frauen auch für das Alter individuell absichern können.

Literatur

Frick, Joachim R./Groh-Samberg, Olaf/Schupp, Jürgen/Spieß, Katharina C.: „25 Welten Sozio-oekonomisches Panel“. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 2008, Jg. 77, H. 3, S. 7–8.

Kelle, Nadiya: *Wandel von Erwerbsbeteiligung westdeutscher Frauen nach der Erstgeburt – Ein Vergleich der zwischen 1936 und 1965 geborenen Kohorten*. SOEPpapers 406. Berlin: DIW 2011.

Kreyenfeld, Michaela/Konietzka, Dirk/Böhm, Sebastian: „Die Bildungsungleichheit des Erwerbsverhaltens von Frauen mit Kindern. Westdeutschland in Vergleich zwischen 1976 und 2004“. In: Zeitschrift für Soziologie, 2007, Jg. 36, H. 6, S. 434–452.

Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Romeu Gordo, Laura/Grabka, Markus M./Rasner, Anika/Westermeier, Christian: „Babyboomer: Mehr Brüche im Erwerbsleben, weniger Rente. Ostdeutsche Männer um 50 müssen mit geringeren Renten rechnen“. In: DIW Wochenbericht, 2012, H. 23, S. 3–13.



Nadiya Kelle ist seit Februar 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Nachwuchsgruppe Arbeit und Fürsorge. Die Sozialwissenschaftlerin forscht über Erwerbsarbeit und Familienleben, private und berufliche Altenpflege und Kinderbetreuung sowie Geschlechterungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt.
(Foto: David Ausserhofer)

nadiya.kelle@wzb.eu

Wenn die Eltern Hilfe brauchen

Nicht alle Geschwister beteiligen sich an der Pflege

Marcel Raab, Thomas Leopold und Henriette Engelhardt

Summary: Parents in need of care often rely on their children for support. In most families, caregiving is not shared equitably among siblings. Usually, only one child acts as primary caregiver and the siblings are largely exempted from caregiving responsibilities. This can be explained by sibling differences in geographical distance to the parents and, to a lesser extent, competing demands in work and family spheres. Moreover, gender norms, reciprocity and parental expectations work as motivational forces affecting caregiver selection among adult children.

Kurz gefasst: Hilfs- und pflegebedürftige Eltern werden häufig von ihren Kindern gepflegt. Doch nicht alle Kinder unterstützen ihre pflegebedürftigen Eltern im gleichen Umfang. Häufig trägt auch in Mehrkindfamilien nur ein Kind die alleinige Pflegelast, während sich die übrigen Geschwister dieser Belastung entziehen. Dies lässt sich im Wesentlichen durch Geschwisterunterschiede in der Wohnentfernung zu den Eltern sowie durch alternative Verpflichtungen in der eigenen Familie und im Beruf erklären. Ebenfalls bedeutsam sind geschlechtsspezifische Rollenbilder, elterliche Erwartungshaltungen, und Reziprozitätserwägungen.

Laut einem Beitrag der Gesundheitsberichterstattung des Bundes aus dem Jahr 2009 erhalten in Deutschland ungefähr zwei Millionen Menschen Pflegeleistungen im Rahmen der Pflegeversicherung. Zudem sind schätzungsweise weitere drei Millionen Menschen auf Hilfe- oder Pflegeleistungen angewiesen, die nicht durch die Pflegeversicherung abgedeckt werden. Angesichts der demografischen Alterung wird der Pflegebedarf trotz einer generellen Verbesserung der Gesundheit im Alter in vielen westlichen Ländern weiter steigen. Daher stellt sich nicht nur für Deutschland die Frage: Wer übernimmt die Pflege?

Es wird zwar viel über eine Krise der Familie gesprochen, aber die meisten Hilfs- und Pflegebedürftigen werden maßgeblich von den eigenen Angehörigen gepflegt. Insbesondere Kinder übernehmen die Rolle der Hauptpflegeperson. Dies gilt auch für die USA. Dort pflegen derzeit etwa 20 Millionen Kinder die eigenen Eltern. Doch nicht alle Kinder unterstützen ihre pflegebedürftigen Eltern im gleichen Umfang. Häufig trägt auch in Mehrkindfamilien nur ein Kind die alleinige Pflegelast, während sich die übrigen Geschwister dieser Belastung entziehen. Warum ist das so? Inwiefern unterscheiden sich die Pflegewilligen von ihren nicht pflegenden Geschwistern?

Die Übernahme der Elternpflege wird zwar allgemein als wichtiges Ereignis im Lebenslauf anerkannt, der Übergang selbst wurde aber bislang kaum erforscht: Wer übernimmt die Pflege, wenn die Eltern das erste Mal darauf angewiesen sind? Ein weiteres Problem der meisten empirischen Studien zur Pflege in Familien ist zudem die mangelnde Berücksichtigung des Familien-Kontextes. Oft wird ignoriert, dass mehrere Familienmitglieder an der Entscheidung beteiligt sind, wer die Pflege der Eltern übernimmt. Geschwister treffen ihre Entscheidungen nicht unabhängig voneinander, sondern handeln die Aufteilung der Pflegelast untereinander aus. Nicht alle kommen gleichermaßen für die Elternpflege in Frage.

Im Rahmen des DFG-Projekts „Der intergenerationale Austausch von Zeit und Geld“ haben wir uns diesen Forschungslücken gewidmet. Mit Daten der amerikanischen Health and Retirement Study haben wir untersucht, welches Kind die Eltern unterstützt, wenn diese pflegebedürftig werden. Im Gegensatz zu vielen anderen Studien konnten wir mit Hilfe von Längsschnittdaten aus den Jahren 1998–2008 direkt den Übergang in die Pflege beobachten. Um zu untersuchen, wie dieser Übergang in Familien zwischen Geschwistern ausgehandelt wird, begrenzten wir unsere Analyse auf Familien mit mehreren Kindern. Wie wird nun entschieden, wer von ihnen die Pflege übernimmt?

Um diese Frage zu beantworten, müssen zunächst die Faktoren identifiziert werden, die eine Entscheidung unter Geschwistern beeinflussen. Im Wesentlichen lassen sich zwei Faktorengruppen unterscheiden. Bei der ersten geht es um die Kosten der Pflege, also die Möglichkeiten und Grenzen der Verfügbarkeit. Dabei werden ökonomische Erklärungsansätze genutzt. Die mit der Elternpflege verbundenen Kosten oder Belastungen sind schließlich nicht für alle Kinder gleich groß. Geschwister haben unterschiedliche andere Verpflichtungen, wie etwa die Verantwortung für eigene kleine Kinder. Auch die Erwerbstätigkeit kann hier eine Rolle spielen, denn Pflege lässt sich nur schwer mit beruflichen Verpflichtungen vereinbaren. Ein noch wichtigerer Kostenfaktor ist die räumliche Entfernung.

Soziologische Studien widmen sich verstärkt der zweiten Faktorengruppe: den normativen und affektiven Verpflichtungen. Die sogenannte Norm der filialen Zuständigkeit besagt, dass im Falle der Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit der Eltern die Kinder zu einem gewissen Umfang für deren Unterstützung zuständig sind.

Neben dieser abstrakten Norm gibt es konkretere, zum Beispiel geschlechtsspezifische Normen, die genauer vorhersagen, von welchen Kindern Pflege erwartet werden kann. In den meisten Gesellschaften sind dies die Töchter, die im Sozialisationsprozess oft systematisch auf ihre späteren Familienrollen, etwa in der Elternpflege, vorbereitet werden.

Die Reziprozitätsnorm schließlich besagt, dass Kinder, die im Vergleich zu ihren Geschwistern von den Eltern mehr finanzielle – oder auch anderweitige – Unterstützung erhalten haben oder in Zukunft erwarten, eher bereit sind, die Eltern zu pflegen. Die Pflege gilt gewissermaßen als Rückzahlung für die elterliche Unterstützung.

Neben Normen widmet sich die soziologische Literatur zudem den affektiven Aspekten von Eltern-Kind-Beziehungen. So dürften vor allem jene Kinder die Eltern pflegen, die schon vor dem Pflegefall besonders enge Beziehungen unterhalten haben. Zudem scheinen auch Erstgeborene besondere Beziehungen zu den Eltern zu haben und pflegen diese häufiger als ihre jüngeren Geschwister.

Mit Hilfe der sehr reichhaltigen Daten der Health and Retirement Study konnten wir all die genannten Faktoren im Zusammenhang untersuchen und ermitteln, welche von ihnen die Entscheidungsfindung über die Pflegeverantwortung beeinflussen. In unserer Studie konzentrieren wir uns dabei auf die Unterschiede zwischen Geschwistern und nicht auf die Unterschiede zwischen verschiedenen Familien. Schließlich bewerten Geschwister die eigenen Kosten und Verpflichtungen relativ zu denen ihrer Geschwister.

Unter den ökonomischen Erklärungsfaktoren erweist sich die räumliche Entfernung zu den Eltern als entscheidender Faktor. Im Vergleich zu Geschwistern, die vor dem Eintreten der Pflegebedürftigkeit mehr als 10 Meilen von ihren Eltern entfernt leben, liegt bei Kindern, die näher bei ihren Eltern leben, die Chance, die Pflege zu übernehmen, fast doppelt so hoch wie bei den weiter entfernt lebenden Kindern. Für diejenigen, die mit ihren Eltern in einem gemeinsamen Haushalt leben, vervierfacht sich diese Chance sogar. Ähnliche, aber schwächere Effekte finden sich auch für die anderen Kostenfaktoren. Alternative Verpflichtungen in der eigenen Familie (zum Beispiel eigene Kinder) oder im Beruf reduzieren die Pflegewahrscheinlichkeit im Vergleich zu Geschwistern ohne solche Verpflichtungen.

Die soziologische Perspektive trägt Weiteres zur Erklärung des Übergangs in die Elternpflege bei. So übernehmen beispielsweise Erstgeborene die Pflege der Eltern mit einer doppelt so hohen Chance wie ihre jüngeren Geschwister. Zudem pflegen Töchter häufiger als Söhne. Detaillierte Analysen haben gezeigt, dass dieser Effekt allerdings nur für die Pflege der Mütter gilt. Dies bestätigt aktuelle Studien, die sich mit den Erwartungen und Wünschen der Eltern befassen. Eltern haben oft sehr konkrete Vorstellungen davon, von wem sie später einmal gepflegt werden wollen. Mütter wünschen sich zum Beispiel intime körperliche Pflege eher von Töchtern. Die elterlichen Erwartungshaltungen sind den Kindern häufig bekannt und spielen daher auch eine wichtige Rolle bei der Aus handlung der Pflege.

Auch Reziprozitäts- oder Austausch erwägungen spielen eine wichtige Rolle. Für Kinder, die im Gegensatz zu ihren Geschwistern im Testament der Eltern berücksichtigt werden, vervielfacht sich die Chance, die Eltern zu pflegen. Ein ähnlicher Effekt zeigt sich bei der elterlichen Lebensversicherung. Kinder, die als Leistungsempfänger geführt sind, pflegen häufiger als ihre nicht berücksichtigten Geschwister. Schließlich konnten wir zeigen, dass die Erwartungshaltung der Eltern auch unter Konstanthaltung alternativer Erklärungsfaktoren einen relativ starken Einfluss auf die Vorhersage des späteren Pflegeverhaltens der Kinder hat. Kinder, die von den Eltern als potenzielle Pflegepersonen ge-



Marcel Raab ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Projektgruppe Demografie und Ungleichheit. Er forscht vor allem über Familienbildung und intergenerationale Beziehungen. (Foto: Udo Borchert)

marcel.raab@wzb.eu

Henriette Engelhardt ist Professorin für Demografie und Leiterin des Staatsinstituts für Familienforschung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Familien- und Sozialdemografie sowie die Konsequenzen der demografischen Alterung.

Thomas Leopold ist Assistant Professor für Soziologie an der Universität von Amsterdam. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich Familiensoziologie, Demografie und soziale Ungleichheit.

nannt wurden, haben eine dreimal so hohe Chance, die Eltern zu pflegen, wie ihre nicht genannten Geschwister.

Insgesamt zeigen unsere Ergebnisse, dass sowohl ökonomische als auch soziologische Erklärungsfaktoren zum Verständnis der Pflege in Familien beitragen. Darüber hinaus belegen unsere Daten, dass in 75 Prozent aller Fälle Geschwister die Pflege nicht egalitär untereinander aufteilen, sondern ein einzelnes Kind die Pflege übernimmt. Das gilt insbesondere für Familien mit Töchtern. In Familien ohne Töchter wird die Pflegelast häufiger unter mehreren Brüdern aufgeteilt. Dies deutet darauf hin, dass Söhne nach wie vor seltener bereit sind, die alleinige Pflegelast zu tragen.

In unserer Studie haben wir den Übergang zur Pflege in amerikanischen Familien untersucht. Angesichts des demografischen Wandels sollte dieser Prozess auch in anderen alternden Gesellschaften analysiert werden, um besser zu verstehen, wie die Pflegeübernahme in Familien ausgehandelt wird und wie Familien bei diesem Übergang entlastet werden können. Die Erklärungskraft zahlreicher Faktoren dürfte stark vom staatlichen Kontext abhängig sein. In Wohlfahrtsstaaten mit einem stark ausgebauten Betreuungsangebot für Pflegebedürftige sind Kinder beispielsweise eher für emotionale Unterstützung zuständig. In Staaten, in denen die Organisation der Pflege hingegen durch das Subsidiaritätsprinzip geprägt ist, erstreckt sich die Zuständigkeit auch auf die körperliche Pflege. Es ist zu erwarten, dass diese größeren sozialstaatlichen Kontexte auch die individuellen Aushandlungsprozesse in Familien beeinflussen.

Literatur

Leopold, Thomas/Raab, Marcel/Engelhardt, Henriette: „The Transition to Parent Care: Costs, Commitments and Caregiver Selection Among Children“. In: *Journal of Marriage and Family*, 2014, Vol. 76, No. 2 (im Erscheinen).

Summary: Does parenthood make a difference in men's career paths? The WZB project "Partnership, Parenthood and Employment" explores how family formation shapes men's working lives in cross-national comparison. We find that parenthood affects men's income and working hours – though to a lesser extent than women's. How parenthood affects men's working lives also depends on their individual characteristics, the labor market behavior of their partners, and family policies.

Kurz gefasst: Beeinflusst Vaterschaft die Berufsverläufe von Männern? Das WZB-Projekt „Vaterschaft, Elternschaft und Erwerbstätigkeit“ untersucht die Auswirkung der Familiengründung auf das Erwerbsverhalten von Männern im Ländervergleich. Es zeigt sich, dass das Einkommen und die Arbeitszeit von Männern durch die Familiengründung beeinflusst werden – wenn auch in deutlich geringerem Ausmaß als bei Frauen. Wie sich die Elternschaft auswirkt, hängt dabei auch von individuellen Faktoren und dem Erwerbsverhalten der Partnerin sowie von den familienpolitischen Rahmenbedingungen ab.

Vaterschaft im Kontext Wie die Familiengründung die Erwerbstätigkeit von Männern beeinflusst

Matthias Pollmann-Schult und Mareike Wagner

Vater zu sein, beeinflusst das männliche Berufsbiografien? Lange drängte sich der Forschung diese Frage nicht auf. Es dominierte die väterliche Versorger- und Ernährerfunktion, die eine volle Berufstätigkeit und sogar eine Intensivierung der Erwerbstätigkeit nach der Familiengründung mit sich bringt. Die Erwerbstätigkeit steht im Mittelpunkt des männlichen Lebens, die Familie spielt eine nachgeordnete Rolle.

Seit einigen Jahren wird die Frage nach Elternschaft und männlichem Berufsverlauf in der Forschung aber verstärkt thematisiert. Denn in der Familienpolitik zeichnet sich eine langsame Abkehr vom Modell des männlichen Familienernährers ab (s. auch den Beitrag von Agnes Blome, S. 6–9). Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und Förderung einer Beteiligung von Männern an der Familienarbeit lauten die neuen familienpolitischen Ziele. Erreicht werden sollen diese Ziele durch Maßnahmen wie den grundsätzlichen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit während der Elternzeit, Gewährung von Steuerfreibeträgen für die private Kinderbetreuung den Ausbau der Kinderbetreuung für unter dreijährige Kinder und das einkommensabhängige Elterngeld (2007). Insbesondere die zwei Partnermonate der Elternzeit sollen Anreize zur Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter schaffen und die Beteiligung von Männern an der Kinderbetreuung fördern.

Nicht alle politischen Neuerungen steuern in dieselbe Richtung. Das seit 2013 ausgezahlte Betreuungsgeld an Eltern, deren Kind keine Betreuungseinrichtung besucht, fördert das Modell des männlichen Familienernährers, bei dem die Mutter zu Hause bleibt und sich auf die Kinderbetreuung konzentriert – ein politisches Zugeständnis vor allem an die CSU. Aber insgesamt ändern sich die Erwartungen an Männer. Sie sollen die Vaterrolle aktiv übernehmen und sich mehr in der Familienarbeit engagieren – auch zu Lasten ihrer Berufstätigkeit.

Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte WZB-Projekt „Partnerschaft, Elternschaft und Erwerbstätigkeit: Auswirkungen familialer Übergänge auf das Erwerbsverhalten von Männern im Ländervergleich“ befasst sich mit dem Wandel der Vaterrolle in Familie und Beruf und untersucht, wie familiäre Übergänge das Erwerbsverhalten von Männern prägen. Analysiert werden dabei der Einfluss individueller Faktoren, Aspekte der jeweiligen Familie und

der gesellschaftliche Kontext. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob und wie das Erwerbsverhalten von Vätern unter verschiedenartigen institutionellen Rahmenbedingungen variiert.

In der einschlägigen Literatur dominieren theoretische Überlegungen, die erwarten, dass Väter ihr berufliches Engagement im Zuge der Familiengründung verstärken. Diese Theorien basieren auf der Annahme, dass sich nach der Familiengründung der Mann auf die Erwerbsarbeit konzentriert, während die Frau die Haus- und Familienarbeit übernimmt. Die Ursache für eine solche geschlechtsspezifische Arbeitsteilung können Einkommensunterschiede sein: Männer erzielen oft ein höheres Einkommen als ihre Partnerinnen. Meist reduzieren daher die Mütter ihre Arbeitszeit. Auch ist denkbar, dass Männer, die aufgrund ihres höheren Einkommens über mehr Macht in der Partnerschaft verfügen, die Erledigung der Hausarbeit und Kinderbetreuung der Mutter aufbürden, oder dass sich Väter und Mütter bei der Ausgestaltung der Arbeitsteilung in Familie und Haushalt an traditionellen Geschlechterrollenvorstellungen orientieren.

Die neuere Väterforschung sieht allerdings einen Wandel weg vom traditionellen Familienernährer, der sich innerhäuslichen Arbeitsverpflichtungen weitgehend entzieht, und hin zum modern eingestellten Vater, der eine egalitäre Arbeitsteilung befürwortet. Verschiedene Untersuchungen belegen, dass sich bei Männern ein deutlicher Einstellungswandel vollzogen hat. Zunehmend häufiger bevorzugen Männer eine egalitäre Aufgabenteilung und eine aktive Vaterschaft. Diese Männer möchten verstärkt Erziehungs- und Betreuungsaufgaben übernehmen.

Tatsächlich ist der Anteil der westdeutschen Männer, die eine egalitäre Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen befürworten, zwischen 1982 und 2012 von 32 auf 73 Prozent gestiegen. Allerdings hat dieser Einstellungswandel in der Realität des Alltags nur bedingt zu einer stärker egalitären Aufgabenteilung geführt. Studien zum Erwerbsverhalten und Familien-Engagement von Vätern belegen, dass Väter ihre Rolle des Haupternährers lediglich um einige Elemente der aktiven Vaterschaft ergänzt haben.

Empirische Studien zum Zusammenhang zwischen Vaterschaft und Erwerbstätigkeit befassen sich meist mit Veränderungen des Erwerbsumfangs und des Erwerbseinkommens nach dem Übergang zur Vaterschaft und mit der Frage, wie viel Elternzeit durch Väter in Anspruch genommen wird. Während das Einkommen von Frauen mit Beginn der Elternschaft in der Regel sinkt, hat die Familiengründung oft einen positiven Effekt auf das Einkommen von Männern. Infolge der Vaterschaft erhöht sich das Einkommen um bis zu 4 Prozent. Allerdings ist die Höhe dieses Zuwachses abhängig von vielen Faktoren: der Erwerbsituation der Partnerin, der partnerschaftlichen Lebensform, dem Bildungsniveau und der Berufsposition. Einen Einkommenszuwachs erzielen vor allem Väter mit einer nicht erwerbstätigen Partnerin. Väter, deren Partnerin in Vollzeit erwerbstätig ist, verzeichnen nur geringe Einkommenszuwächse oder gar Einkommensverluste. Nennenswerte Vorteile haben auch nur verheiratete Väter, nicht aber Väter, die in einer Lebensgemeinschaft leben. Schließlich verzeichnen Väter mit einem hohen Bildungsniveau und solche, die in höheren Berufspositionen tätig sind, einen größeren Einkommenszuwachs als niedrig qualifizierte Väter mit einfachen Jobs.

Ähnlich verhält es sich mit dem Einfluss der Familiengründung auf die Arbeitszeit von Vätern. Während Frauen nach der Geburt eines Kindes oft die Erwerbsarbeit unterbrechen und dann mit geringerer Stundenzahl ins Berufsleben zurückkehren, setzen Väter ihre Erwerbstätigkeit meist nahezu unverändert fort. Dabei richten Männer ihren Erwerbsumfang allerdings nach ihrer Partnerin aus. Ist die Partnerin erwerbstätig, wird im Zuge der Familiengründung die eigene Arbeitszeit – wenn auch geringfügig – verringert, wohingegen Männer, deren Partnerin nicht erwerbstätig ist, ihre Arbeitszeit ausweiten. Ferner arbeiten verheiratete Väter länger als Väter in einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft und getrennt lebende Väter. Ein Faktor, der das Erwerbsverhalten beeinflusst, ist auch die persönliche Einstellung. Väter mit einer traditionellen

Einstellung zur Arbeitsteilung in der Familie haben eher längere Arbeitszeiten als Männer mit einer egalitären Einstellung.

Auch wenn erwerbstätige Väter nur selten ihre Arbeitszeit reduzieren, so ist doch der Anteil der Väter, die Elternzeit in Anspruch nehmen, in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Ausschlaggebend hierfür war die Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007. So haben vor 2007 lediglich etwa 1 bis 3 Prozent der Väter Elternzeit in Anspruch genommen. Wenige Jahre später hat sich die Situation schon enorm gewandelt. 27 Prozent der Väter von im Jahr 2011 geborenen Kindern bezogen Elterngeld. Allerdings beansprucht nur eine Minderheit dieser Väter Elternzeit über einen längeren Zeitraum. Die durchschnittliche Dauer des Elterngeldbezugs durch Väter betrug im Jahr 2011 gut drei Monate; etwa drei Viertel aller Väter mit Elterngeldbezug wählten eine Bezugsdauer von zwei Monaten.

Ob Väter Elternzeit beanspruchen, ist von ihren Lebensumständen abhängig, vor allem von der beruflichen Situation beider Elternteile. So nehmen überproportional häufig unbefristet beschäftigte und im öffentlichen Dienst tätige Väter Elternzeit in Anspruch, ebenso wie Väter, deren Ehefrau maßgeblich zum Haushaltseinkommen beiträgt. Ebenfalls sind ostdeutsche Väter, Väter in einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft sowie Väter mit nur einem Kind unter den Elterngeld-Beziehern überrepräsentiert. Schließlich beanspruchen Väter mit einer hohen Familienorientierung und einer modernen Geschlechterrolleinstellung überdurchschnittlich häufig Elternzeit.

Warum nehmen aber manche Väter gar keine Elternzeit in Anspruch? Als wichtigster Grund werden die absehbaren Einkommensverluste angeführt. Zwei Drittel der Väter, die keine Elternzeit beanspruchen, geben an, finanziell auf ihr volles Gehalt angewiesen zu sein. Darüber hinaus nennt etwa jeder dritte junge Vater betriebliche Hindernisse oder die Furcht vor beruflichen Nachteilen. Inwiefern sich die Inanspruchnahme von Elternzeit über diesen Zeitraum hinaus auf das väterliche Erwerbsverhalten und die innerhäusliche Arbeitsteilung auswirkt, wurde bislang nicht hinreichend untersucht. Unser Forschungsprojekt setzt hier an und untersucht, ob Väter, die Elternzeit nehmen, auch langfristig ihre Arbeitszeiten einschränken, um sich mehr Zeit für die Familie zu nehmen. Erste Projektergebnisse deuten darauf hin, dass Männer nach einer Elternzeit eher bereit sind, weniger Zeit für die Erwerbsarbeit aufzuwenden, um sich verstärkt in die Familienarbeit einzubringen.

Ländervergleichende Studien lassen darauf schließen, dass das Erwerbsverhalten von Vätern stark durch gesellschaftliche Kontextfaktoren beeinflusst wird, zum Beispiel durch die sozial- und familienpolitischen Rahmenbedingungen und die vorherrschenden Vorstellungen von Geschlechterrollen. So weiten Väter in den USA den Erwerbsumfang deutlich stärker aus als in Deutschland, wohingegen in vielen skandinavischen Ländern der Übergang zur Elternschaft weder die Arbeitszeit noch das Einkommen von Männern beeinflusst.

Unser Forschungsprojekt versucht, diese Länderunterschiede auf unterschiedliche familienpolitische Regelungen zurückzuführen. In Studien, die das Erwerbsverhalten von Männern in über 20 Ländern vergleichen, untersucht das Projekt den Einfluss von Elternzeitregelungen, Kindergeld und öffentlicher Kinderbetreuung auf das Erwerbsverhalten von Männern. Erste Ergebnisse zeigen, dass sich insbesondere die Elternzeitregelungen auf die Arbeitszeiten von Vätern auswirken. Lange Elternzeiten für Mütter begünstigen eine traditionelle Arbeitsteilung. Väter weiten ihre Arbeitszeit tendenziell aus, wenn sie in einem Land leben, in dem es ihren Partnerinnen möglich ist, für mehrere Jahre in Elternzeit zu gehen. In Ländern, die hingegen gut bezahlte Elterngeldmonate für die Väter reservieren, reduzieren Väter ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes ein wenig. Für niedrig gebildete Väter spielt zudem das Kindergeld eine Rolle. Diese Väter reduzieren ihre Erwerbstätigkeit in Ländern, die großzügiges Kindergeld bezahlen. Niedrig gebildete Väter in Ländern, die gar kein oder nur wenig Elterngeld zahlen, weiten ihre Erwerbstätigkeit dagegen aus.



Matthias Pollmann-Schult ist Heisenberg-Stipendiat in der WZB-Projektgruppe der Präsidentin. Der in Bielefeld habilitierte Soziologe forscht über Bildung und Arbeitsmarkt, Geschlecht und Familie sowie über Sozialstruktur und Ungleichheit. (Foto: David Ausserhofer)

matthias.pollmann-schult@wzb.eu



Mareike Wagner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Partnerschaft, Elternschaft und Erwerbstätigkeit“ in der WZB-Projektgruppe der Präsidentin. Die Soziologin forscht über die Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit in Deutschland und Europa. (Foto: David Ausserhofer)

mareike.wagner@wzb.eu

Öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen unterstützen in erster Linie die Erwerbstätigkeit von Müttern. Ein Einfluss auf die Arbeitszeit von Vätern lässt sich nicht feststellen. Das Forschungsprojekt fand jedoch heraus, dass das Angebot an Betreuungsplätzen Auswirkungen auf die Lage der Arbeitszeiten von Eltern hat. In Ländern, in denen es wenig öffentliche Kinderbetreuung gibt, entscheiden sich Eltern in Doppelverdienerpaaren oft dafür, in versetzten Schichten zu arbeiten. Ein Elternteil arbeitet dann abends, nachts oder am Wochenende. So können die Partner abwechselnd auf die Kinder aufpassen. Nacht- und Wochenendarbeit wirkt sich jedoch oft negativ auf das Familienleben aus. In Ländern, in denen es ein gutes Netz an öffentlicher Kinderbetreuung gibt, arbeiten Eltern daher seltener zu solchen atypischen Arbeitszeiten, da beide Eltern erwerbstätig sein können, während ihr Kind extern betreut wird. Ein gutes öffentliches Betreuungsangebot kann Eltern und Kinder also vor den negativen Auswirkungen von Wochenend- und Nachtarbeit schützen.

Insgesamt verweisen die hier diskutierten Befunde auf ein komplexes Wirkungsgefüge. Ob und in welche Richtung sich das Erwerbsverhalten von Männern nach der Familiengründung ändert, hängt stark von individuellen und familialen Eigenschaften sowie von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Weiterer Forschungsbedarf besteht vor allem zur Frage, wie der jeweilige Arbeitskontext das Erwerbsverhalten von Vätern beeinflusst. In der einschlägigen Forschung wird oft das Argument vorgetragen, dass Väter zwar ihre Arbeitszeiten verkürzen möchten, diesen Wunsch jedoch aufgrund betrieblicher Widerstände nicht umsetzen können. Von Interesse ist daher die Frage, inwiefern Organisationsstrukturen und -kulturen die Inanspruchnahme von Elternzeit sowie eine nachhaltige Verringerung der Arbeitszeit begünstigen.

Literatur

Pollmann-Schult, Matthias: „Familie, Erwerbsarbeit, Einkommen“. In: Paul B. Hill/Johannes Kopp (Hg.): *Handbuch Familiensoziologie*. Wiesbaden: Springer VS 2014, im Erscheinen.

Trappe, Heike: „Väter mit Elterngeldbezug: Nichts als ökonomisches Kalkül?“. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 2013, Jg. 42, H. 1, S. 28–51.

Wagner, Mareike/Pollmann-Schult, Matthias: „Family Policies and Fathers' Working Hours. Cross-National Differences in the Paternal Labor Supply“ (unveröffentlichtes Manuskript 2014).

Summary: Married and unmarried couples with children differ with regard to economic consequences of family dissolution. Cohabiting mothers suffer higher relative income loss than married mothers in the year of separation. However, in the years following, cohabiting mothers recover faster from their income losses than married mothers. Cohabiting fathers experience lower relative income gains compared to married fathers. Hence, the gender gap in income change is smaller for cohabiting couples than for married couples.

Kurz gefasst: Ehepaare mit Kindern unterscheiden sich von unverheirateten Paaren mit Kindern in Bezug auf die finanziellen Folgen nach einer Trennung. Unverheiratete Mütter erleiden höhere relative Einkommensverluste als verheiratete Mütter im Jahr der Trennung. In den Jahren nach der Trennung erholen sich unverheiratete Mütter allerdings schneller von den Verlusten als verheiratete Mütter. Unverheiratete Väter haben infolge einer Trennung geringere Einkommenszuwächse als verheiratete Väter. Im Ergebnis ist die Kluft zwischen den Geschlechtern bei unverheirateten Paaren geringer als bei Ehepaaren.

Was nach der Trennung bleibt Familien-einkommen nach der Ehe und nach der Lebensgemeinschaft im Vergleich

Anke Radenacker

Die Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften (NEL) als Familienform neben der Ehe hat in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen. Anfangs nahm unverheiratetes Zusammenleben als nacheheliche Lebensform zu. Mehr und mehr wurde es auch als Form des Zusammenlebens vor der Ehe praktiziert. Mittlerweile ist die NEL auch als Familienform mit Kindern anerkannt. Immer mehr Kinder wachsen zumindest zeitweise mit Eltern auf, die nicht miteinander verheiratet sind. 2010 machten diese Familien fast 9 Prozent aller Familien in Deutschland aus, etwa doppelt so viele wie noch 1998. Vergleichsweise wenig ist bekannt über die finanzielle Situation dieser Familien, wenn sie auseinander brechen.

Der deutsche Wohlfahrtsstaat unterscheidet im sozialrechtlichen Sinne besonders deutlich zwischen Ehen und NEL. Die Ehe wird als Familienform bevorzugt. Das Modell des männlichen Familienernährers wird institutionell unterstützt, etwa durch das Ehegattensplitting und die unentgeltliche Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehepartner in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Auch im Fall einer Trennung sind ehemals Verheiratete, in erster Linie Frauen, per Gesetz besser gegen finanzielle Einbußen geschützt als Unverheiratete nach einer Trennung. Der Unterhalt für Kinder der beiden Partnerschaftsformen ist zwar gleich, aber es gibt deutliche Unterschiede beim Unterhalt für den Partner oder die Partnerin. Diese Leistung gilt nur für Ehegatten: eben als „Ehegattenunterhalt“. Unverheiratete Partner haben nach einer Trennung lediglich Anspruch auf sogenannten Betreuungsunterhalt. Dieser kann eingefordert werden, wenn einem Elternteil wegen der Betreuung eines Kindes unter drei Jahren keine Erwerbstätigkeit zugemutet werden kann. Nach Vollendung des dritten Lebensjahres muss der betreuende Elternteil selbst in der Lage sein, für den Unterhalt zu sorgen. Rein theoretisch gilt dies seit 2008 auch für verheiratete Mütter. Allerdings bezieht die Rechtsprechung hier weiterhin die Ehedauer und den Lebensstandard während der Ehe in die Entscheidung über die Höhe und die Dauer des Ehegattenunterhalts mit ein, um Vertrauensschutz zu gewährleisten. In der Praxis wird häufig erst vom 8. Lebensjahr an eine Teilzeittätigkeit und etwa vom 12. Lebensjahr des Kindes eine Vollzeittätigkeit des betreuenden Elternteils als zumutbar angesehen.

Diese sozialrechtlichen und sozialpolitischen Maßnahmen rund um die Ehe können ein Gefühl der finanziellen Absicherung im Falle einer Scheidung vermitteln. Auch nach dem Tod des Ehepartners sind verheiratete Frauen durch die Witwenrente finanziell bessergestellt. Dies führt dazu, dass vor allem Paare, die ohnehin eine traditionelle Arbeitsteilung verfolgen und eine eigenständige Absicherung der Frau nicht anstreben, geneigt sind zu heiraten. Daraus ergeben sich dann unterschiedliche Erwerbsmuster von verheirateten beziehungsweise unverheirateten Paaren, in erster Linie aber Frauen: Unverheiratete Mütter in Partnerschaften weisen eine höhere Erwerbsquote auf als verheiratete Mütter. Die wöchentliche Arbeitszeit unverheirateter Mütter ist ebenfalls höher. Auch sind unverheiratete Väter eher geneigt, Elternzeit zu nehmen, als verheiratete. Insgesamt weisen unverheiratete Paare eine egalitäre Aufteilung der Erwerbs- und Betreuungsarbeit auf.

Diese Situation legt die Vermutung nahe, dass es auch Unterschiede zwischen verheirateten und unverheirateten Paaren mit Kindern bei den finanziellen Trennungsfolgen gibt. Gesicherte Erkenntnisse gibt es bislang vor allem über die Differenz der Trennungsfolgen zwischen Frauen und Männern. Legt man das so genannte bedarfsgewichtete Einkommen zugrunde, eine Art Pro-Kopf-Einkommen, das den Vergleich zwischen Haushalten unterschiedlicher Größe ermöglicht, dann müssen Frauen hohe Einkommensverluste hinnehmen, vor allem weil das Haupteinkommen des Partners wegfällt. Außerdem leben Kinder nach der Trennung meistens im Haushalt der Mutter. Dadurch steigt für den Haushalt der finanzielle Bedarf, der nicht durch die Zahlung von Kindesunterhalt durch den Ex-Partner kompensiert wird, vor allem wenn die Zahlungen nicht vollständig oder nicht regelmäßig erfolgen. Schließlich ist durch die Betreuung von Kindern die Möglichkeit einer Existenz sichernden Erwerbstätigkeit eingeschränkt, vor allem wegen des Mangels an Kinderbetreuung.

Männer erzielen im Schnitt bedarfsgewichtete Einkommensgewinne oder haben im ungünstigsten Fall geringe finanzielle Verluste zu verzeichnen. Dieser Befund kommt rechnerisch vor allem dadurch zustande, dass nach einer Trennung Haushalte von Männern nun nicht mehr zusätzlich auch Frau bzw. Partnerin und Kinder vom häufig gleichbleibenden Erwerbseinkommen versorgen müssen. Erschwert werden präzise Untersuchungen auch dadurch, dass in erster Linie die Einkommensseite abgefragt wird und weniger die Ausgabenseite. Außerdem antworten bei repräsentativen Umfragen wie der hier verwendeten viele Befragte nicht auf sensible Fragen, zum Beispiel nach der Höhe der geleisteten Unterhaltszahlungen. Diese können dann oft nicht angemessen berücksichtigt werden; das Einkommen erscheint höher als es tatsächlich ist.

Wenige empirische Erkenntnisse haben wir aber bisher über die Unterschiede zwischen Unverheirateten und Verheirateten, die sich trennen. Eine Annäherung an eine Antwort auf die Frage nach Unterschieden zwischen Partnerschaftsformen nach einer Trennung ermöglicht aber die Auswertung von Längsschnittdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Die betroffenen Personen werden über einen längeren Zeitraum regelmäßig befragt, auch zu ihrer Einkommensentwicklung. Die hier untersuchten Trennungen von verheirateten und unverheirateten Paaren mit Kindern fanden zwischen 1984 und 2009 statt. Trotz der Zunahme von Trennungen und Scheidungen sind die Fallzahlen pro Jahr niedrig, deshalb werden sie über den gesamten Zeitraum zusammengefasst. Die hier genutzten Daten der betreffenden Haushalte wurden über einen Zeitraum von fünf Jahren ausgewertet, von einem Jahr vor der Trennung bis zu drei Jahren nach der Trennung. Betrachtet werden zwei Einkommensmaße. Das Einkommen vor Steuern und Transfers gibt Aufschluss über die privaten Einkommensquellen wie das Erwerbseinkommen der Haushaltsmitglieder oder regelmäßige private Transfers wie Unterhaltszahlungen oder Unterstützung durch Verwandte. Das Einkommen nach Steuern und Transfers ist das tatsächlich verfügbare Einkommen, nachdem Steuern abgezogen und Transferzahlungen wie Kindergeld hinzugefügt wurden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Unterschiede im verfügbaren Einkommen zwischen ehemals verheirateten und unverheirateten Müttern im Jahr der Trennung und danach eher gering sind. Der Wohlfahrtsstaat gleicht die Unterschiede,

die in den Einkommensverlusten vor Steuern und Transfers deutlich sichtbar sind, aus. Betrachtet man nämlich das Einkommen vor Steuern und Transfers, wird deutlich, dass verheiratete Mütter im Jahr der Trennung einen geringeren Anteil des Haushaltseinkommens verlieren als unverheiratete Mütter.

Ein Grund dafür ist, dass verheiratete Frauen häufiger als unverheiratete Frauen bereits im Jahr der Trennung wieder eine neue Partnerschaft mit gemeinsamem Wohnsitz eingehen. Dadurch erhöht sich ihr Haushaltseinkommen, und der Verlust fällt geringer aus. Hinzu kommt, dass verheiratete Frauen bereits im Jahr der Trennung ihr Arbeitseinkommen erhöhen, zum Beispiel durch Aufstockung ihrer Arbeitsstunden. Aus anderen Untersuchungen ist auch bekannt, dass diese Frauen, die sich dann größtenteils noch im offiziellen Trennungsjahr befinden, mit relativ großzügigen Unterhaltszahlungen rechnen können. Im Trennungsjahr ist die Zahlungsmoral noch deutlich besser als in den nachfolgenden Jahren. All das trägt sehr wahrscheinlich zu den geringeren Verlusten im Jahr der Trennung im Vergleich zu unverheirateten Frauen bei.

Auf der anderen Seite erholen sich nicht verheiratete Frauen in den folgenden Jahren jedoch deutlich schneller von diesen Verlusten als verheiratete Frauen. Innerhalb von drei Jahren haben sich die Haushalte von unverheirateten Müttern fast vollständig von den finanziellen Verlusten erholt. Allerdings ist diese Erholung nicht sofort erklärbar, da diese Frauen erst später ihr Arbeitseinkommen erhöhen und auch erst später als verheiratete Frauen häufiger mit neuen Partnern in einem gemeinsamen Haushalt leben. Aufgrund der geringen Fallzahl von Trennungen in NEL mit Kindern sind diese Befunde mit einer größeren Unsicherheit behaftet als bei den Ehepaaren mit Kindern.

Das bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen von Vätern nach der Trennung unterliegt weitaus schwächeren Schwankungen, unabhängig vom Familienstand vor der Trennung. Unverheiratete Männer verzeichnen aber geringere relative Einkommenszuwächse als verheiratete Männer. Nach Berücksichtigung von Steuern, Transfers sowie simulierten Unterhaltszahlungen erleiden sie sogar leichte Einkommensverluste. Das Einkommen von unverheirateten Vätern würde durch Unterhaltszahlungen stärker belastet als das von verheirateten Vätern. In den Jahren nach der Trennung schmelzen die Einkommenszuwächse für beide Gruppen von Vätern durch das Eingehen einer neuen Partnerschaft allmählich ab. An ihrem Erwerbseinkommen ändert sich in Folge einer Trennung nur wenig.

Das Ergebnis relativer Einkommensgewinne beziehungsweise nur geringer Verluste gilt selbst unter der Annahme gleich verteilter finanzieller Belastungen durch Kinder im Haushalt oder durch die Ausübung des Umgangsrechts. Dennoch sind diese Ergebnisse eher eine Simulation, als tatsächlich aus den Daten ableitbar. Dies ist in der mangelhaften Datenlage begründet; wir wissen zu wenig über die realen Unterhaltszahlungen. Diese bestimmen aber maßgeblich, wie sich das Einkommen in Väterhaushalten nach der Trennung verändert. Insofern ist die hier vorgestellte Version der Berechnung eine Annäherung an die Lebenswirklichkeit von Trennungsfamilien, in denen beide Eltern finanziell und sozial in das Leben ihrer Kinder involviert sind.

Die deutlichen Geschlechterunterschiede in den Trennungsfolgen bleiben auch bei unverheirateten Paaren bestehen. Auch bei diesen Paaren verbleiben Kinder überwiegend im Haushalt der Mütter, die sich dann mit eingeschränkten Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit aufgrund mangelnder Kinderbetreuung sowie unzureichenden Unterhaltszahlungen konfrontiert sehen. Dennoch ist die Kluft zwischen den Geschlechtern nach der Trennung bei nicht verheirateten Paaren geringer als bei verheirateten. Diese Lücke ist kleiner vor allem auf Kosten der nicht verheirateten Väter aber gleichzeitig auch in geringem Maß zugunsten nicht verheirateter Mütter.

Die Unterschiede in den finanziellen Folgen zwischen verheirateten und nicht verheirateten Partnern mit Kindern sind möglicherweise zurückzuführen auf die rechtliche und sozialpolitische Ungleichbehandlung von verheirateten und unverheirateten Paaren mit Kindern. Die Mechanismen hinter der schnelleren Erholung der unverheirateten Mütter von ihren Einkommensverlusten sind



Anke Radenacker ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Ungleichheit und Sozialpolitik. Sie erforscht aus soziologischer und demografischer Perspektive Fragen von Geschlecht und Familie. (Foto: David Ausserhofer)

anke.radenacker@wzb.eu

aber noch nicht eindeutig identifiziert. Auch die Frage, ob diese Mütter aufgrund der geringeren Absicherung dazu gezwungen sind, private Strategien zu verfolgen, oder ob sie aufgrund ihrer besseren Integration in den Arbeitsmarkt dazu besser in der Lage sind, bleibt offen. Es kann nicht daraus geschlossen werden, dass unverheiratete Mütter eindeutig besser mit den finanziellen Trennungsfolgen umgehen können als verheiratete Mütter.

Verheiratete Mütter sind aber auch nicht eindeutig besser vor finanziellen Verlusten geschützt als unverheiratete Mütter. Einige der finanziellen Schutzfunktionen der Ehe, in erster Linie die großzügigen Unterhaltsansprüche nach der Ehe mit Blick auf die Bezugsdauer, wurden im Zuge der Unterhaltsrechtsreform 2008 eingeschränkt. Auch wenn die Diskrepanz zwischen rechtlichem Anspruch und tatsächlichen Zahlungen schon vor 2008 groß war, dürften für verheiratete Frauen in der Zukunft zumindest keine finanziellen Verbesserungen zu erwarten sein. Die rechtliche Gleichstellung von Ehen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften könnte also dazu beitragen, die Unterschiede in den Trennungsfolgen zwischen den Geschlechtern weiter zu reduzieren.

Literatur

Radenacker, Anke: *Economic Consequences of Family Dissolution: Comparing Married and Unmarried Parents in Germany*. Unveröffentlichtes Manuskript.



Noch auf der Sonnenseite. Ob diese Eltern verheiratet sind oder nicht, ist nicht zu erkennen. Sollten sie sich trennen, macht der Status aber einen Unterschied. Ehemals Verheiratete sind gesetzlich besser gegen finanziellen Verlust geschützt. Allerdings erholen sich unverheiratete Frauen schneller von den Einbußen. (Foto: dpa picture alliance/ZB; Jens Büttner)

Die Familiensituation entscheidet Im gemeinsamen Haushalt lassen sich Folgen des Jobverlusts eher mildern

Martin Ehlert

Arbeitsplatzverlust und darauf folgende Arbeitslosigkeit gehören zu den häufigsten Gründen für sozialen Abstieg. Um diese negativen Folgen abzufedern, haben westliche Wohlfahrtsstaaten unterschiedliche Strategien entwickelt. In einigen Ländern gibt es beispielsweise eine großzügige Arbeitslosenversicherung, die einen Großteil des verlorenen Lohns ersetzt. Andere Länder setzen auf schnelle Wiederbeschäftigung und fördern einen flexiblen Arbeitsmarkt.

Bei der Frage, wie sich Arbeitslosigkeit finanziell auswirkt, hat die Forschung bisher einen wichtigen Aspekt der Absicherung von Lebensrisiken nur wenig beachtet: die Familie. Diese ist in der Lage, die ökonomische Unsicherheit nach einem Arbeitsplatzverlust zu reduzieren; Lebensrisiken können auf mehrere Schultern verteilt werden. Wie dies im Einzelnen geschieht, habe ich in meiner Dissertation „Economic Insecurity Due to Job Loss in the United States and Germany“ untersucht.

In der Familie werden alle Einkommen im Haushalt zusammengelegt und ergeben addiert den finanziellen Spielraum. Obwohl die Verteilung dieser gemeinsamen Ressourcen zwischen den Haushaltsmitgliedern nicht immer gleich ist, stellt das Haushaltseinkommen einen guten Indikator für die Wohlfahrt eines Menschen dar. Dies legt nahe, dass der Verlust eines Jobs durch die Einkommen anderer Haushaltsmitglieder abgefedert werden kann. Außerdem können Risiken durch Einkommenstransfers aus der erweiterten Familie gemindert werden, zum Beispiel durch finanzielle Hilfen von Eltern oder Großeltern. Hier soll jedoch die finanzielle Unterstützung innerhalb der zusammenlebenden Familie genauer betrachtet werden, und zwar in einem Vergleich zwischen Deutschland und den USA.

Grundsätzlich gibt es finanzielle Unterstützung innerhalb des Haushalts in zwei Formen. Erstens können Einkommen anderer Familienmitglieder die Verluste abfedern. In einem Doppelverdienerhaushalt hat der Verlust eines Arbeitsplatzes weniger einschneidende Folgen für das Haushaltseinkommen als in einem Einverdienerhaushalt. Zweitens können Partner im Haushalt ihr Einkommen nach dem Arbeitsplatzverlust erhöhen. Dies wird in der Literatur häufig als *added worker effect* bezeichnet.

Bei genauerer Betrachtung dieser beiden Phänomene wird deutlich, dass sie keineswegs geschlechterneutral sind. Die Arbeitsteilung in Haushalten ist oft durch traditionelle Normen geprägt, die Männer in der Rolle des Ernährers und Frauen in der Rolle der Hausfrau sehen. Obwohl die Wirkmacht dieser Normen zurückgeht, hängt in Deutschland und den USA wie auch in anderen westlichen Gesellschaften die Erwerbskonstellation in Paarhaushalten hauptsächlich von der Erwerbstätigkeit der Frau ab. Männer arbeiten fast immer in Vollzeit, während die Erwerbsarbeitsbeteiligung der Frauen sehr unterschiedlich ist, je nach dem Rollenmodell, dem ein Paar folgt. Wenn Frauen, die in einem Paarhaushalt leben, arbeitslos werden, können sie sich häufig auf das Vollzeitgehalt des Mannes im Haushalt stützen. Für Männer, die ihren Arbeitsplatz verlieren, ist die Situation beim Arbeitsplatzverlust unterschiedlich, je nach der Erwerbssituation der Partnerin. Nur wenn diese einen Job hat, werden die Verluste ihrem Einkommen entsprechend abgefedert. Die jeweilige Haushaltssituation beeinflusst natürlich auch den *added worker effect*: Bei den meisten Männern ist eine Erhöhung des Einkommens unwahrscheinlich, weil sie bereits in Vollzeit arbei-

Summary: Family has an important impact on the financial consequences of unemployment. Existing as well as additional incomes within the household may smooth income trajectories – the risk of becoming unemployed is therefore pooled within the household. However, not all families have additional potential earners. Singles and single parents are thus worse off after job losses than people in couple households. Furthermore, dual-earner couples are better protected than male-breadwinner couples.

Kurz gefasst: Die Familie spielt eine wichtige Rolle bei der Absicherung gegen die finanziellen Folgen von Arbeitslosigkeit. Sowohl bestehende als auch neu hinzukommende zusätzliche Einkommen im Haushalt können Einkommensverläufe glätten – das Risiko, arbeitslos zu werden, kann also im Haushalt verteilt werden. Allerdings haben nicht alle Familien weitere potenzielle Verdiener. Singles und Alleinerziehende sind daher nach Arbeitsplatzverlusten schlechtergestellt als Menschen in Paarhaushalten. Zudem sind Doppelverdienerhaushalte besser geschützt als Haushalte mit einem männlichen Alleinverdiener.

ten. Bei vielen Frauen hingegen gibt es potenziell die Möglichkeit, mehr beizutragen, insbesondere wenn sie vor dem Arbeitsplatzverlust des Partners nicht erwerbstätig waren. Daher beschränken sich Analysen zum *added worker effect* üblicherweise auf Frauen, deren Partner arbeitslos werden.

Diese Überlegungen zeigen: Die hier beschriebenen Formen der Einkommensabfederung gibt es nur in Paarhaushalten. Singles und Alleinerziehende haben diese Unterstützung nicht. Die Analyse der Einkommensverläufe nach Arbeitsplatzverlusten zeigt, welche Folgen das Fehlen familiärer Unterstützung hat: Singles und Alleinerziehende erleiden höhere und länger andauernde Einkommensverluste als Frauen und Männer in Paarhaushalten.

Dies wiegt umso schwerer, weil Singles und Alleinerziehende ohnehin häufiger arm sind als Menschen in Paarhaushalten. Außerdem haben Alleinerziehende häufig große Probleme, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, der ihnen eine Vereinbarkeit von Arbeit und Familie ermöglicht. Wird der Arbeitsplatz verloren, verstärken sich bereits bestehende Ungleichheiten noch.

Es gibt allerdings auch Wechselwirkungen zwischen Wohlfahrtsstaat und Familie. In den USA, wo die Arbeitslosenversicherung einen deutlich geringeren Anteil des verlorenen Lohns ersetzt als in Deutschland, sind die Unterschiede zwischen den Haushaltstypen deutlich größer. Doppelverdienerhaushalte in den USA können also die geringe Arbeitslosenversicherung ausgleichen und setzen sich von Single-Haushalten ab. Die stärkere Absicherung in Deutschland verringert hingegen die Ungleichheit zwischen Haushaltstypen. Das bedeutet, dass die familiäre Absicherung in schwachen Wohlfahrtsstaaten wie den USA deutlich wichtiger für die individuelle Wohlfahrt ist als in starken Wohlfahrtsstaaten.

Interessanterweise wird aber in Deutschland ähnlich viel Unterstützung innerhalb von Paarhaushalten geleistet wie in den USA. Höhere Sozialleistungen führen also offenbar nicht dazu, dass die Eigeninitiative in den Haushalten gebremst wird. Allerdings unterscheidet sich die Form der Unterstützung: Während Frauen in den USA ihre Arbeitsstunden eher nach dem Arbeitsplatzverlust des Partners erhöhen, scheinen Frauen in Deutschland das Ereignis zu antizipieren und erhöhen schon davor die Zahl ihrer Arbeitsstunden. Dieser Unterschied liegt wahrscheinlich daran, dass Deutsche anhand ihres Berufs eher abschätzen können, ob sie in einer unsicheren Position sind, als in den USA, wo Kündigungen in beinahe jedem Job möglich sind.

Darüber hinaus finden sich Unterschiede nicht nur zwischen Single- und Paarhaushalten, sondern auch innerhalb der Gruppe der Paarhaushalte, und zwar je nach den schon erwähnten unterschiedlichen Erwerbskonstellationen, die sich meist zwischen den Polen „männlicher Alleinverdienerhaushalt“ und „Doppelverdienerhaushalt“ mit zwei Vollzeiteinkommen bewegen. Die Situation hängt von verschiedenen Faktoren ab. Entscheidend ist häufig, ob Kinder im Haushalt leben. Nach der Geburt eines Kindes folgen viele Paare traditionellen Geschlechterrollen, die vorsehen, dass Frauen hauptsächlich für die Familie zuständig sind. Daher haben Paarhaushalte mit Kindern häufig einen männlichen Alleinverdiener. Dies ist in Deutschland besonders in den westlichen Bundesländern der Fall. Dort erschwert der Mangel an Krippen und Kindergartenplätzen die Möglichkeit zusätzlich, Doppelverdienerhaushalte zu bilden. Frauen in Paarhaushalten mit Kindern arbeiten hier allenfalls in Teilzeit. Folglich ist es wenig verwunderlich, dass Paarhaushalte mit Kindern nach der Arbeitslosigkeit des Mannes tiefer fallen als Paarhaushalte ohne Kinder.

Interessant ist aber, wie Paarhaushalte mit Kindern auf die Arbeitslosigkeit des Mannes reagieren. Hier zeigt sich, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung erstaunlich stabil ist. Frauen in traditionellen Paarhaushalten, in denen vor dem Arbeitsplatzverlust nur der Mann arbeitet, erhöhen seltener ihr Arbeitsangebot als Frauen in modernen Paarhaushalten, in denen beide Partner arbeiten. Dies legt nahe, dass Geschlechterrollen-Erwartungen die finanzielle Hilfe im Haushalt beeinflussen. Paare, in denen ein traditionelles Rollenverständnis vorherrscht, behalten die Aufteilung von Erwerbs- und Hausarbeit häufig bei, obwohl nach dem Arbeitsplatzverlust des männlichen Alleinverdieners Ände-

rungsbedarf besteht. Bei Paaren, die bereits Erfahrung damit haben, dass beide Partner arbeiten, scheint es leichter zu sein, die Arbeit neu zu verteilen. In solchen Haushalten geschieht es häufiger, dass Frauen mehr arbeiten.

Natürlich spielt dabei auch eine Rolle, dass Frauen, die länger nicht erwerbstätig waren, oft nur schwer wieder ins Arbeitsleben zurückfinden. Insgesamt ergibt sich das Bild, dass Haushalte, die schon zuvor durch zusätzliche Einkommen abgesichert waren, auch zusätzlich noch vom *added worker effect* profitieren und somit bei einem Arbeitsplatzverlust geringere Einbußen haben als traditionelle Einverdienerhaushalte.

Berücksichtigt man bei der Analyse sozialer Ungleichheiten und Einkommensdynamiken nach Arbeitsplatzverlusten die Familien- und Haushaltssituation, ergeben sich daraus wichtige Einsichten für Debatten über Sozialpolitik und soziale Ungleichheit. Erstens wird deutlich, dass Arbeitslosigkeit sehr unterschiedliche Folgen haben kann, je nach dem familiären Kontext des Betroffenen. Besonders deutlich wird dies am Beispiel von Alleinerziehenden, die nach Arbeitsplatzverlusten keine zusätzliche Unterstützung aus dem Haushalt bekommen können und außerdem Vereinbarkeitsprobleme bei der Jobsuche haben. Zweitens zeigt sich, dass Paare mit zwei Vollzeitjobs am besten gegen Arbeitsplatzverluste abgesichert sind. In solchen Haushalten werden die Risiken verteilt: Ein verlorener Arbeitsplatz bedeutet nicht mehr den Verlust des gesamten Arbeitseinkommens.

Selbstverständlich kann es nicht die Lösung für das Problem von sozialen Abstiegen nach Arbeitslosigkeit sein, die Entstehung von Doppelverdienerhaushalten zu fördern. Vielmehr sollte Sozialpolitik für die hier näher betrachteten Problemgruppen sensibilisiert werden. Sicher ist, dass ein Ausbau von Betreuungsangeboten sowohl Alleinerziehenden wie Paaren helfen würde, besser mit dem Risiko des Arbeitsplatzverlusts umzugehen. Familien- und Sozialpolitik muss stärker verzahnt sein, um diese Probleme zu lösen. Außerdem legen die Ergebnisse nahe, dass eine stärkere Gleichverteilung von Erwerbsarbeit in Paarhaushalten, wie die jüngst diskutierte Idee, dass beide Partner 32 Stunden arbeiten, nicht nur die Geschlechtergerechtigkeit und Vereinbarkeit verbessern würde, sondern auch vor starken Schwankungen im Haushaltseinkommen schützen würde.

Literatur

Ehlert, Martin: *Economic Insecurity Due to Job Loss in the United States and Germany. How the Market, the Family, and the State Influence the Impact of Displacements and Unemployment on Economic Well-Being*. Dissertation. Freie Universität Berlin 2013.

Ehlert, Martin: „Buffering Income Loss Due to Unemployment: Family and Welfare State Influences on Income after Job Loss in the United States and Western Germany“. In: *Social Science Research*, 2012, Vol. 41, No. 4, pp. 843–860.

Western, Bruce/Bloome, Deirdre/Sosnaud, Benjamin/Tach, Laura: „Economic Insecurity and Social Stratification“. In: *Annual Review of Sociology*, 2012, Vol. 38, No. 1, pp. 341–359.



Martin Ehlert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt im Projekt „Berliner-Studienberechtigten-Panel“ (BEST-UP). Er forscht über soziale Ungleichheit, Sozialpolitik und Bildungsfragen. (Foto: David Ausserhofer)

martin.ehlert@wzb.eu

Summary: Children's scholastic achievement also depends on their parents' social networks. Findings show that tight-knit closed parent networks, in which parents frequently interact with one another informally, only hold benefits for education attainment in generally resourceful environments where parents are mostly advantaged socioeconomically. In contrast, in areas of concentrated poverty and disadvantage, closed parent networks lower their children's educational outcomes and contribute to the local encapsulation of disadvantage.

Kurz gefasst: Enge soziale Beziehungen zwischen Eltern, deren Kinder gemeinsam die Schule besuchen (geschlossene Elternnetzwerke), erhöhen den Bildungserfolg vor allem in reichen Gegenden. In armen Gegenden wirken sich solche engen Elternnetzwerke dagegen negativ auf die Wahrscheinlichkeit aus, dass die Kinder einen High-School-Abschluss erlangen. Dort verstärken sich durch enge soziale Beziehungen zwischen den Eltern die negativen Einflüsse von Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Drogenmissbrauch in der Elterngeneration auf den Bildungserfolg der Kinder.

Eine Ressource – nur für Bessergestellte In ärmeren Vierteln nützen starke Eltern- Netzwerke den Kindern in der Schule nicht

Anette Fasang, William Mangino und Hannah Brückner

Geld, Zeit und die Bildung der Eltern sind wichtige Faktoren für den Bildungserfolg von Kindern. Das ist seit Langem bekannt. Viel weniger wissen wir darüber, wie die sozialen Netzwerke von Eltern – ihr Sozialkapital – die Chancen ihres Nachwuchses bestimmen.

Bildungspolitisch ist diese Frage hochrelevant. Insbesondere in der amerikanischen Bildungspolitik wird der soziale Zusammenhalt bzw. das Sozialkapital in Schulen und Nachbarschaften immer wieder als ein relativ kostengünstiger Weg diskutiert, um den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen zu fördern, der für den weiteren Lebensweg so entscheidend ist.

Welche Art von Elternnetzwerken ist nun besonders förderlich für den Bildungserfolg von Kindern? Um diese Frage hat sich in der Bildungssoziologie eine lebhaftete Kontroverse entfaltet. Es stehen sich zwei Thesen gegenüber: Die These der intergenerationalen Schließung besagt, dass dichte geschlossene Elternnetzwerke, in denen Eltern häufig im Austausch miteinander sind und ihre Kinder gemeinsam beaufsichtigen, ideale Bedingungen bieten. Die These der Horzontalerweiterung besagt dagegen, dass offene Elternnetzwerke, in denen Eltern vielfältige Kontakte außerhalb der Schulumgebung der Kinder pflegen, die besten Lernmöglichkeiten für Kinder bereitstellen.

Die These geschlossener Elternnetzwerke wurde von James Coleman, einem der maßgeblichen Soziologen des 20. Jahrhunderts, in den 1980er Jahren entwickelt. Laut Coleman entsteht in eng geschlossenen sozialen Netzwerken, in denen jeder jeden kennt, häufiger intensiver Austausch besteht und „Outsider“ nur schwer Zugang haben, Vertrauen sowie gegenseitige Verantwortung und Fürsorge. Übertragen auf soziale Netzwerke der Eltern und die Bildung ihrer Kinder bedeutet dies, dass die Kinder dann besonders effektiv lernen, wenn alle Eltern an einer Schule in engem Kontakt miteinander stehen und gegenseitig auf ihre Kinder achten. Coleman nennt dies „intergenerationale Schließung“. Ein enges soziales Netzwerk in der Elterngeneration sichert den Bildungserfolg in der Kindergeneration. Gemeinsam können Eltern Normen des Bildungserwerbs durchsetzen, zum Beispiel regelmäßiges Erscheinen in der Schule und die Erle-

digung von Hausaufgaben. Diese These galt lang als richtungsweisend für die Bildungspolitik, zumal sie nahelegt, dass sich allein durch eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts unter Eltern Erfolge erzielen lassen. Das wäre im Vergleich zu anderen Optionen eine relativ kostengünstige Maßnahme.

Die Gegenthese der Horizonterweiterung wurde in den 1990er Jahren von Stephen Morgan und Aage Sørensen formuliert. Nach dieser These fördert soziale Schließung keinesfalls den Bildungserfolg, sondern schränkt den Kontakt zu vielfältigen Lernmöglichkeiten ein. Horizonterweiternde Netzwerke, in denen Eltern vor allem zu anderen Menschen außerhalb der Schulumgebung des Kindes Kontakt haben, liefern dagegen vielfältige Eindrücke und Lernmöglichkeiten, die den Schulerfolg ihrer Kinder dauerhaft fördern.

Die Befundlage ist alles andere als eindeutig. Zur These der geschlossenen Netzwerke gibt es viele, sich teils widersprechende Befunde auf der Grundlage unterschiedlichster Indikatoren, Daten und Methoden. Zur These der offenen Netzwerke gibt es kaum Forschung. Ein Problem ist, dass die meisten empirischen Untersuchungen nur unzureichende Informationen über soziale Netzwerke der Eltern und die Schulumgebung ihrer Kinder beinhalten.

Zusammen mit William Mangino (Hofstra University, Long Island) und Hannah Brückner (New York University Abu Dhabi) habe ich die amerikanische National Longitudinal Study of Adolescent Health, kurz „Add Health“, herangezogen, um diese inzwischen klassische Frage der Bildungssoziologie empirisch zu prüfen. Dieser repräsentative Datensatz enthält weltweit einzigartig detaillierte Informationen. Es wurden sowohl Schüler als auch ihre Eltern zu einer Vielzahl von Themen befragt. Für die vorliegende Studie wurden Daten von etwa 10.000 Jugendlichen und ihren Eltern mit komplexen Analyseverfahren (Propensity Score Matching und Mehrebenenanalyse) ausgewertet, die eine besonders zuverlässige Berechnung des Effekts verschiedener Elternnetzwerke auf den Bildungserfolg ermöglichen.

Neben Schwächen in der Datengrundlage und angewandten Methoden, sehen wir einen weiteren Grund für die widersprüchlichen Befunde darin, dass offene und geschlossene Elternnetzwerke möglicherweise nicht in jedem Kontext gleich wirken. Wir vermuten, dass geschlossene Netzwerke insbesondere in reichen und allgemein ressourcenvollen Umgebungen den Bildungserfolg des Nachwuchses erhöhen. In Gegenden konzentrierter Armut und sozialer Benachteiligung könnten geschlossene Elternnetzwerke hingegen eher dazu führen, dass Kindern der Zugang zu Brückenkontakten in die Mittelschicht und aus der lokalen Benachteiligung hinaus fehlt. Deshalb könnten geschlossene Elternnetzwerke in diesem Kontext sogar einen negativen Effekt auf den Bildungserfolg der Kinder haben und die soziale Ungleichheit von einer Generation zur nächsten verstärken. Ein solcher Befund wäre deshalb bildungspolitisch brisant, weil eine Förderung des Zusammenhalts in Elternnetzwerken dann keineswegs den Bildungserwerb unter Jugendlichen im gleichen Maß befördert. Im Gegenteil, es würden dann nur diejenigen davon profitieren, die ohnehin schon bessergestellt sind.

In unserer Studie werden der Notendurchschnitt beim Highschool-Abschluss und die Wahrscheinlichkeit, überhaupt einen solchen Abschluss zu erlangen, als Indikatoren für den Bildungserwerb herangezogen. Die Ergebnisse zeigen einen moderaten, aber stabilen Einfluss geschlossener Elternnetzwerke, gemessen als die Häufigkeit informeller Kontakte zwischen Eltern auch außerhalb der Schule, auf den Bildungserwerb. Allerdings wirken geschlossene Elternnetzwerke wie vermutet nicht überall gleich. Entscheidend ist, ob es sich um eine sozial besser gestellte oder sozial benachteiligte Schule handelt.

In Schulen, in denen nur 3 Prozent der Schüler in Armut leben, erhöhen enge Elternnetzwerke mit häufigen informellen Kontakten untereinander den Notendurchschnitt geringfügig um 0,10 Notenpunkte. Die Wahrscheinlichkeit, einen Highschool-Abschluss zu erlangen, erhöht sich um etwa 1 Prozent im Vergleich zu Kindern, deren Eltern keinen Kontakt zu anderen Eltern an der Schule haben. Aber schon in Schulen mit einem Armutsanteil von etwa 10 Prozent kippt die-



Anette Fasang ist Juniorprofessorin für Demografie an der Humboldt-Universität zu Berlin und leitet die Forschungsgruppe Demografie und Ungleichheit am WZB. (Foto: David Ausserhofer)

anette.fasang@wzb.eu

William Mangino ist Associate Professor in Soziologie an der Hofstra University in Hempstead, Long Island (USA). Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist Bildungssoziologie.

Hannah Brückner ist Soziologieprofessorin an der New York University Abu Dhabi. Sie forscht und lehrt unter anderem über Geschlechterfragen, Familiensoziologie und quantitative Methoden.

ser positive Einfluss informeller Elternnetzwerke ins Gegenteil. In Schulen, in denen über 30 Prozent der Schüler in Armut leben, verringern geschlossene Elternnetzwerke die Wahrscheinlichkeit, den Highschool-Abschluss zu machen, der Kinder gegenüber ihren Mitschülern, deren Eltern keinen Kontakt zu anderen Eltern haben, um bis zu 5 Prozent. Angesichts der Tatsache, dass die Wahrscheinlichkeit einen Highschool-Abschluss zu erlangen, generell hoch ist, ist dies ein unerwartet starker Effekt – zumindest in Schulen, in denen extreme, lokal konzentrierte soziale Benachteiligung herrscht.

Enge geschlossene Netzwerke wirken also als Verstärker der Ungleichheits-Situation in Nachbarschaften oder Schulen. Dort, wo ohnehin schon viele Ressourcen vorhanden sind, wie etwa Geld und Bildung der Eltern, wird deren förderlicher Einfluss durch den regen Austausch und den Zusammenhalt verstärkt. In Umgebungen konzentrierter Benachteiligung, wo Armut, Kriminalität, Gewalt und Drogenmissbrauch an der Tagesordnung sind, verstärken enge soziale Netzwerke den negativen Einfluss auf den Bildungserwerb der Kinder und mindern die Durchlässigkeit aus der Benachteiligung heraus.

Welche Handlungsempfehlungen ergeben sich daraus für die Politik? Keinesfalls sollte man daraus schließen, dass die Kontakte zwischen Eltern in Gegenden konzentrierter Armut eingeschränkt werden sollten. Politische Einflussnahme auf persönliche Netzwerke von Eltern ist ethisch nicht vertretbar und wäre praktisch kaum durchzusetzen. Zudem erfüllen informelle Netzwerke zwischen Eltern gerade in Gegenden konzentrierter Benachteiligung viele wichtige Funktionen, wie etwa gegenseitige Hilfe in Zeiten großer Not, durch den Austausch von Geld und Nahrungsmitteln. Vielmehr muss De-Segregation Ziel der Politik sein: Die extreme lokale Konzentration von Benachteiligung muss aufgebrochen werden. Hier sollten die Bildungs- und Stadtpolitik zusammenarbeiten, um den Effekten geschlossener Elternnetzwerke entgegenzuwirken, die die Ungleichheit verstärken und Weichen für die weiteren Lebenschancen ihrer Kinder stellen.

Literatur

Fasang, Anette E./Mangino, William/Brückner, Hannah: „Social Closure and Educational Attainment“. In: Sociological Forum, 2014, Vol. 29, No. 1, S. 134–167.

Summary: Can schools compensate for unequal family conditions? Is addressing socioeconomic inequality between families more effective to combat educational inequality? By comparing learning rates during the school year (when learning is shaped by school and non-school factors) with those during summer break (when learning is shaped by non-school influences alone), I find that low-performing students from disadvantaged families fall behind during summer break, suggesting they would profit from greater equality between families. High-performing students from disadvantaged families, on the other hand, fall behind during the school year and would thus profit from access to better schools.

Kurz gefasst: Können Schulen benachteiligende Familienbedingungen kompensieren? Oder wäre es effektiver, die sozio-ökonomische Ungleichheit zwischen Familien zu bekämpfen, um Kindern gleichere Bildungschancen zu eröffnen? Um den Einfluss von Familien und Schulen zu trennen, vergleiche ich den Lernfortschritt während der Sommerferien mit dem Lernfortschritt während des Schuljahres. Die Ergebnisse zeigen, dass leistungsschwache Schüler aus benachteiligten Familien während der Sommerferien zurückfallen, leistungsstarke Schüler aus benachteiligten Familien dagegen während des Schuljahres. Dies legt nahe, dass leistungsschwache Schüler aus benachteiligten Familien von besseren Familienbedingungen und leistungsstarke Schüler aus benachteiligten Familien vom Zugang zu besseren Schulen profitieren würden.

Wo hilft die Schule, wo die Familie? Kompetenzentwicklung in der Unterrichts- und Ferienzeit

Anne Christine Holtmann

„Economic Time Bomb: U.S. Teens Are Among Worst at Math.“ So klang der PISA-Schock in den USA, konkret: in einer Überschrift des Wall Street Journals. Und nicht nur in puncto Schulleistung schnitten die USA im Ländervergleich von 2003 schlecht ab – auch die Chancengleichheit ließ stark zu wünschen übrig. Wie in Deutschland hängen auch in den USA die Kompetenzen der Schüler besonders stark von ihrer sozioökonomischen Herkunft ab. Beide Länder haben mit Bildungsreformen reagiert. Deutschland hat sich über die Jahre in PISA verbessert, in den USA ist diese Entwicklung ausgeblieben. Haben die Schulreformen versagt? Oder ist die wachsende soziale Ungleichheit die Ursache der Bildungskrise (Berliner 2013)? Für die Bildungspolitik stellt sich die Frage, ob Schulen benachteiligende Familienverhältnisse kompensieren können oder ob es effektiver wäre, durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen die Ungleichheit zwischen Familien zu reduzieren.

Eine genaue Antwort auf die Frage zu finden, wie Familien und Schulen die Entwicklung junger Menschen beeinflussen, ist schwierig. Denn gebildete oder wohlhabendere Familien können ihre Kinder besser fördern und bei den Hausaufgaben unterstützen. Und sie schicken sie auch auf bessere Schulen. Wenn ihre Kinder bei Tests besser abschneiden, ist deshalb nicht klar, ob dies an der Unterstützung der Familie, an der guten Schule oder an beidem liegt.

Ähnliches gilt, wenn ein Land bei PISA gut abschneidet. Dann ist nicht sicher, ob dies an seiner Bildungspolitik oder an der guten Förderung der Kinder in den Familien liegt. Jack Buckley, Beauftragter des Zentrums für Bildungsstatistik der USA, drückt das so aus: „I never expect tests like these to tell us what works in education. That’s like taking a thermometer to explain why it’s cold outside.“ Ein Thermometer kann die Temperatur nur messen, nicht erklären.

Eine Möglichkeit, den Einfluss von Familie einerseits und Schule andererseits analytisch zu trennen, ist ein Vergleich: Wie viel lernen die Schüler in den Sommerferien und wieviel in der Schulzeit? In den Sommerferien wird das Lernen hauptsächlich durch außerschulische Einflüsse, also vor allem von der Familie

geprägt. Während des Schuljahres dagegen wird das Lernen von Familie und Schule beeinflusst.

Datensätze, die diese Unterscheidung erlauben, gibt es nur wenige, denn man benötigt Kompetenzmessungen derselben Schüler mindestens am Anfang und am Ende eines Schuljahres sowie am Anfang und Ende der Sommerferien. Eine solche Studie ist die „Early Childhood Longitudinal Study“ aus den USA. Das dortige Schulsystem bietet sich besonders an, da die Sommerferien mit drei Monaten doppelt so lang sind wie in Deutschland, die entsprechenden Prozesse also deutlicher zutage treten dürften. Die Studie begleitet etwa 20.000 Kinder in 1.000 Schulen, die im Herbst 1998 ihr letztes Kindergarten-, also ihr Vorschuljahr begannen. Die Schüler bearbeiteten Lese-, Mathematik- und Sachkundetests jeweils am Anfang und am Ende des letzten Kindergartenjahres, der Sommerferien und des ersten Schuljahres.

Der Soziologe Douglas B. Downey zeigte mit Kollegen anhand dieser Daten, dass sich die Lese- und Mathematikkompetenzen von Schülern unterschiedlicher sozialer Herkunft in den Sommerferien auseinanderentwickeln. Während des Schuljahres dagegen entwickeln sie sich parallel. Das heißt, die Schule verhindert, dass sich die Kompetenzlücke zwischen Schülern unterschiedlicher sozialer Herkunft weiter öffnet, so wie dies in den Sommerferien geschieht.

Die Kompetenzlücke zwischen den guten und den schlechteren Schülern wird während der Kindergarten- und Schulzeit sogar kleiner. Während der Sommerferien dagegen wächst sie. Die leistungsschwächeren Schüler holen also während der Vorschulzeit und in der ersten Klasse gegenüber ihren Mitschülern auf. Sowohl die Vorschule als auch die Schule reduzieren Leistungsunterschiede zwischen den Schülern.

Die schulische Entwicklung eines Kindes hängt also zum einen von seinem sozialen Hintergrund ab, zum anderen von den Kompetenzen, die es bereits in die Schule mitbringt. Um die Leistungsentwicklung von Kindern zu erklären, ist es sinnvoll, beide Faktoren gleichzeitig zu berücksichtigen. Denn nicht alle Kinder aus benachteiligten Familien sind schlecht in der Schule und nicht alle Kinder aus privilegierten Familien zeigen gute schulische Leistungen. Kinder, die trotz hoher sozioökonomischer Ressourcen im Vorschultest schlecht abgeschnitten haben, holen während der Sommerferien gegenüber ihren Mitschülern auf, nicht aber während des Schuljahres. Das legt nahe, dass schlechte Schüler mit vorteilhaftem sozioökonomischem Hintergrund sich verbessern, weil sie von ihren Eltern besonders unterstützt werden, und nicht, weil sie auf bessere Schulen gehen. Die Schule unterstützt vielmehr leistungsschwache Kinder aus benachteiligten Verhältnissen: Sie holen den Rückstand, der während der Sommerferien entstanden ist, in der Schulzeit weitgehend wieder auf. Ganz schließt sich die in den Sommerferien entstandene Lücke allerdings nicht. Trotzdem ist die ausgleichende Wirkung der Schule bemerkenswert, da in den USA die Qualität einer Schule stark davon abhängt, wie reich der Bezirk ist, in dem sich die Schule befindet. Es ist deshalb zu vermuten, dass der kompensatorische Effekt der Schule in Ländern mit einem weniger ungleichen Schulsystem noch größer ist.

Interessanterweise ist das Entwicklungsmuster für die leistungsstärkeren Vorschüler anders. Schüler, die in der Vorschule gut abschneiden, obwohl sie aus sozioökonomisch benachteiligten Familienverhältnissen kommen, fallen während der Sommerferien nicht hinter ihre Mitschüler mit gleicher Leistung in der Vorschule zurück. Dies ist zunächst überraschend und legt den Schluss nahe, dass diese Schüler in ihren Familien gefördert werden, auch wenn ihre Eltern wenig Geld und wenig Bildung haben. Wenn diese Schüler zurückfallen, dann eher während der Vorschulzeit (in Mathematik) und während des Schuljahres (im Lesen). Dies legt nahe, dass leistungsstarke Kinder aus benachteiligten Familien schlechtere (Vor-)Schulen besuchen als Gleichaltrige aus bessergestellten Familien und deshalb schlechtere Bildungschancen haben.

Was bedeuten diese Befunde nun für die Frage, ob Bildungsungleichheiten in den USA besser durch Schul- oder durch Sozialpolitik zu bekämpfen sind? Es ergibt

sich keine eindeutige, für alle Gruppen gleich geltende Antwort. Für leistungsschwache Kinder mit niedrigem sozioökonomischem Status scheinen familiäre Bedingungen die Hauptursache zu sein, warum sie im Lesen und in Mathematik hinter ihre Altersgenossen zurückfallen. Deshalb wären für diese Schüler sozialstaatliche Umverteilung oder höhere Mindestlöhne eine gute Bildungspolitik. Dies gilt zumindest, wenn Geld einer der Faktoren ist, die den Familien helfen, ihre Kinder beispielsweise durch Nachhilfe oder Privatschulen zu fördern. Kinder dagegen, die trotz des niedrigeren sozioökonomischen Status schon in der Vorschule gut im Lesen und mathematischen Denken abschneiden, scheinen trotz der geringeren Ressourcen ihrer Eltern zu Hause gut gefördert zu werden. Sie fallen nicht während der Sommerferien zurück, sondern eher während der Vorschulzeit und während des Schuljahres. Dies legt nahe, dass sie von einem Zugang zu besseren (Vor-)Schulen, also von einem weniger ungleichen Schulsystem profitieren würden.

Die USA haben in den PISA-Studien vor allem deshalb schlecht abgeschnitten, weil Schüler aus benachteiligten Familien schlechte Leistungen erzielt haben. Diese Schüler, das zeigt der Vergleich schulischer Lernzeiten mit Ferienphasen, würden sowohl von sozioökonomischer Umverteilung zwischen Familien als auch von einem weniger ungleichen Bildungssystem profitieren. Die Realität in den USA sieht dagegen anders aus: Die soziale Ungleichheit steigt weiter an und die Bildungsreformen fördern die Ungleichheit zwischen Schulen, indem sie schlechten Schulen die Mittel kürzen und Eltern die freie Schulwahl ermöglichen.

Literatur

Berliner, David: „Effects of Inequality and Poverty vs. Teachers and Schooling on America's Youth“. In: *Teachers College Record*, 2013, Vol. 115, No. 12.

Downey, Douglas B./von Hippel, Paul T./Broh, Beckett A.: „Are Schools the Great Equalizer? Cognitive Inequality during the Summer Months and the School Year“. In: *American Sociological Review*, 2004, Vol. 69, No. 5, pp. 613–35.



Anne Christine Holtmann ist Doktorandin am European University Institute in Florenz. Bis zum Sommer ist sie zu Gast in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB. In ihrer Dissertation vergleicht sie, wie Schulen und Familien in verschiedenen Ländern den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen beeinflussen. (Foto: David Ausserhofer)

anne.holtmann@wzb.eu

Founders' Voices R&D investment behavior in family-controlled corporations in Europe

Ivan Miroshnychenko

Kurz gefasst: Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) sind ein entscheidender Faktor für unternehmerischen Erfolg. Zeigen Firmen in Familienbesitz ein anderes, möglicherweise eher zögerliches F&E-Investitionsverhalten als Firmen in Streubesitz? Unsere Analyse zeigt: Familienkontrollierte Unternehmen halten sich bei Investitionen in F&E nicht zurück. Es gibt diesbezüglich sogar einen positiven Effekt, wenn der Firmengründer selbst noch eine Rolle im Vorstand spielt. Wenn die Familie gar nicht im Vorstand vertreten ist, ist eine schwächere F&E-Investitionsneigung festzustellen.

Summary: R&D investment is crucial to entrepreneurial success. Do family-controlled firms invest less in R&D than widely held firms? Our research reveals that family control does not inhibit propensity to invest in R&D. In fact, we find a positive effect on R&D investment activity when the family founder is still alive and has a role on the board. At the same time, absence of the family on the board negatively affects the level of R&D investment.

Investments in research and development (R&D) are widely regarded as an essential factor for achieving and sustaining a competitive advantage through innovation. Family-owned firms have demonstrated an ability to innovate in almost every industry, from agriculture to space engineering. Family-owned firms are widely considered as a predominant organization type across the globe. Around 65 to 80 percent of companies world-wide are family-controlled. Entire industries are dominated by family-controlled firms, like for example the global beer industry. A significant fraction of large European firms have been controlled over generations by the families who founded them.

There is open debate about positive and negative effects of family control on organizational R&D behavior. Some scholars claim that family firms are, on average, risk-averse. Moreover, they are subject to larger agency costs in contrast to non-family firms when it comes to R&D investments. Another school of thought suggests that family firms are able to develop a unique composition of organizational resources together with knowledge structures and knowledge combinability that enhances their R&D investment behavior. To address this controversy, empirical evidence becomes of critical importance for both academics and policy makers, in theoretical and empirical research on family firms.

In a joint research project with Roberto Barontini at the Sant'Anna School of Advanced Studies in Pisa (Italy), I provide empirical evidence on whether or not family control inhibits the propensity of large publicly traded firms across Europe to invest in R&D. In our study we explore the impact on R&D investment behavior of two characteristics that generally distinguish large publicly traded family firms in continental Europe, such as family involvement in ownership and management. In addition, we test whether R&D investment activity is related to lone founder ownership. Lone founder-owned firms are usually associated with better monitoring mechanisms leading to more efficient R&D spending strategies in contrast to firms led by founder's families and descendants.

Orientation of managerial behavior toward personal benefit rather than organizational goals might pose a threat to corporate survival. In particular, agency costs arise from the conflict of interest between suppliers of finance (shareholders) and company management. One of the central arguments about larger agency costs of family firms in relation to others emerged partly because incentives to efficiently monitor a company differ substantially between family and non-family firms. For instance, a family firm might be faced with issues of self-control, problems associated with altruism and internal family conflict. The general notion derived from this line of literature is that family firms are interested in wealth maximization at the expense of minority shareholders and company value. For instance, a family firm might pursue a set of corporate actions in line with family values (i.e. maintaining a controlling stake) but not necessarily leading to a better financial position and the market performance minority investors desire.

In regard of higher risk-averseness by family firms, several authors argue that family firms are loss-averse in regard to their socio-emotional wealth (i.e. preservation of family business social capital and the family dynasty). For example, it is widely known that firms tend to diversify in order to reduce highly concentrated risk in a single business. However, on average, family-controlled firms are

less diversified both domestically and internationally in contrast to widely held firms. Therefore, due to the risky nature and unknown rate of return of R&D investments, family firms might decrease their ability to invest in innovation substantially if it poses a threat to their socio-emotional health.

For our analysis, we use panel firm-level data on R&D expenditure from 2002 to 2011 and corporate governance characteristics of 871 publicly-traded firms in 11 EU countries: Belgium, Denmark, Finland, France, Germany, Italy, the Netherlands, Norway, Spain, Sweden and Switzerland. We agree with scholars highlighting heterogeneity among family firms' R&D investment behavior.

Our analysis reveals that family-controlled firms do not underinvest in R&D compared to widely held listed firms. Due to the fact that family typically controls the largest stake within a company, it exhibits a stronger monitoring function over management and has powerful incentives to monitor efficiently. The information asymmetries between the owners and managers of family firms are lower versus other types of firms. Large shareholders, including the controlling family, also encourage managers to engage in long-term firm-specific investments.

We do not find any statistical significance regarding the negative effect of a family's presence on the corporate board. In contrast, we report a negative effect on the level of R&D investments when the family is not represented on the board. This finding suggests that elimination of family members from the board does not per se lead to increased R&D investment. It agrees with earlier literature suggesting that family firms invest more than others in long-term projects when the family is involved in management. Moreover, some scholars suggest that moderate family board presence provides substantial benefits for the company. Monitoring by non-family directors cannot be considered by definition a universal governance mechanism in regard to R&D investments. All in all, it can be stated that not only family ownership, but also family involvement in company management does not negatively affect R&D decisions.

Our study reports the positive effect on R&D investment when the founder is still alive and present on the board. This result not only shows us the significance of the founder effect on R&D investment but also suggests that founders do not necessarily view R&D investment as a threat to the family's socio-emotional wealth. Earlier studies in the U.S. have shown that lone-founder-owned firms invest more in R&D with a higher level of R&D productivity compared to other firms due to the founder effect. In addition, the founder could develop a unique combination of sources within the firm that could subsequently support positive R&D investment behavior. For instance, several scholars attribute innovations with superior technological significance and economic value to founder-managed firms.

We do not find any statistically significant relationship between the presence of a descendant on the board and the propensity to invest in R&D. This implies that when family is actively participating in company management through heirs, family-controlled corporations are not statistically significant from non-family firms. Furthermore, we do not find any statistically significant difference between firms led by a family CEO or by a professional CEO. The expected positive effect of the family CEO on the R&D investment does not hold true. This evidence could be justified by the fact that on one hand family firms have a greater ability to generate innovation versus others, and on the other they possess a lesser capacity to seize innovation abilities due to varying degrees of family control. It seems that firms with family CEOs are unable to fully lever innovation abilities in terms of relevant R&D investments because they are unable to manage the combination of knowledge and networking resources as effectively as the founder. Another possible explanation can be that agency issues are higher in the case of firms with a family CEO than in founder-led firms, and are therefore unable to exhibit positive impact on R&D decisions. In the case of lone-founder decisions, investing in R&D is likely to be aligned with long-term interests and goals of the firm while the family CEO's R&D behavior might be affected by arising family conflict when the founder leaves the firm.



Ivan Miroshnychenko is a Ph.D. candidate at the Sant'Anna School of Advanced Studies in Pisa (Italy). His research areas include technology management, sustainability and corporate governance. As a Berlin House of Representatives Study Foundation scholarship winner, he is a guest researcher in the WZB Modes of Economic Governance project group. (Foto: David Ausserhofer)

ivan.miroshnychenko@wzb.eu

The main highlight of our results is that European family firms do not invest less in R&D than other ownership types. It suggests that family control does not inhibit R&D investment behavior at firm level. This evidence augments the benefits widely attributed to family firms. It is consistent with general theorization suggesting that family control does not represent inefficient ownership and management per se.

Our findings suggest at least three major implications. First, relevant public policies promoting investment into publicly traded family firms can be beneficial to national EU economies. Given that family firms drive a large part of the European economy and do not underinvest in R&D, it is of significance for the state to provide relevant tax instruments (i.e. tax allowances and tax credits) to support innovation development across family-controlled corporations in times of economic uncertainty.

Second, from the investors' prospective it seems that financing the R&D strategy of the family-controlled corporation might be a good option, especially when the family has a role on the board. Moreover, encouragement of the founder's active role on the corporate board might positively influence R&D investment patterns overall.

Finally, it is necessary to respond to proponents of the diffused ownership model. Their arguments, in regard to the inefficiency of the concentrated ownership model, do not hold in the context of family firms' R&D decisions in continental Europe. This can be a result of differences in political, financial, legal and social paths of development dominant in this particular part of the world. Different corporate governance systems bring different benefits and costs to the agents involved. Therefore, glorification of one particular corporate governance system over other systems does not represent a universal solution in globalized financial and economic markets.

Literature

Barontini, Roberto/Miroshnychenko, Ivan: *Corporate Investments in Research and Development in Continental Europe. Working Paper. Pisa: Sant'Anna School of Advanced Studies 2013.*

Chrisman, James J./Patel, Pankaj C.: "Variations in R&D Investments of Family and Nonfamily Firms: Behavioral Agency and Myopic Loss Aversion Perspectives." In: *Academy of Management Journal*, 2012, Vol. 55, No. 4, pp. 976–997.

Gomez-Mejia, Luis R./Makri, Marianna/Kintana, Martin L.: "Diversification Decisions in Family-Controlled Firms." In: *Journal of Management Studies*, 2010, Vol. 47, No. 2, pp. 223–253.

Muñoz-Bullón, Fernando/Sanchez-Bueno, Maria J.: "The Impact of Family Involvement on the R&D Intensity of Publicly Traded Firms." In: *Family Business Review*, 2011, Vol. 24, No. 1, pp. 62–70.

Short, Jeremy C./Payne, G. Tyge/Brigham, Keith H./Lumpkin, G. T./Broberg, J. Christian: "Family Firms and Entrepreneurial Orientation in Publicly Traded Firms: A Comparative Analysis of the S&P 500." In: *Family Business Review*, 2009, Vol. 22, No. 1, pp. 9–24.

Foto rechts:

Karre und Karriere? Junge Mutter läuft durch die Aufsteller einer Werbekampagne des deutschen Handwerks in Berlin.

(Foto: Jens Kalaene; picture-alliance/dpa)



In der Pflicht Wie Forschungseinrichtungen und Wissenschaftssystem Vereinbarkeit fördern können

Anke Geßner

Summary: Junior scientists are facing major challenges in trying to reconcile their academic career with a family life. Research institutions can help a lot to keep this balance, but policy needs to get involved as well. The WZB Equal Opportunity Commission presents the wide-ranging catalogue of family-friendly measures existing at the WZB.

Kurz gefasst: Der wissenschaftliche Nachwuchs steht vor großen Herausforderungen – vor allem, wenn es darum geht, eine Karriere in der Wissenschaft mit einer Familie zu verbinden. Forschungseinrichtungen können dies in vielerlei Hinsicht unterstützen, aber auch die Politik ist gefragt. Das WZB geht mit einer Reihe von Maßnahmen, die auch dem wissenschaftsstützenden Bereich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern sollen, mit gutem Beispiel voran.

Karriere in der Wissenschaft zu machen, stellt hohe Anforderungen – nicht nur an den akademischen Nachwuchs, sondern auch an die Einrichtungen, in denen er arbeitet. Denn im Wettbewerb mit in- und ausländischen Einrichtungen sind gute Arbeitsbedingungen ein Plus, um die Besten für exzellente Forschung zu gewinnen.

Die Mitgliederversammlung der Leibniz-Gemeinschaft, deren Mitglied auch das WZB ist, hat bereits 2008 beschlossen, dass die Einrichtungen eine Zertifizierung durch das auditberufundfamilie® oder das Prädikat Total E-Quality anstreben sollen. Der Zertifizierungsprozess ist eine gute, unterstützende Möglichkeit, Gleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben systematisch und einrichtungsbezogen zu gestalten. Mittlerweile haben 56 der insgesamt 89 Leibniz-Einrichtungen diesen Beschluss umgesetzt. Das WZB hat sich für das auditberufundfamilie® entschieden und wurde 2013 re-auditiert.

Darüber hinaus wurde das WZB 2013 als erste Forschungseinrichtung in Deutschland von der Europäischen Kommission mit dem „Human Resources Excellence in Research“ für gute Personalpolitik ausgezeichnet. Der dazu erarbeitete Maßnahmenplan ergänzt sich sinnvoll mit den Zielen, die für das auditberufundfamilie® vereinbart wurden. Ob es um strategische Karriereförderung geht, um professionelle Rekrutierungs- und Bewertungsverfahren oder schlicht um die alltägliche Arbeit im Institut: Familienfreundlichkeit wird immer mitgedacht. Dem Ziel eines familienfreundlichen WZB fühlen sich Geschäftsführung sowie die Direktoren und Direktorinnen uneingeschränkt verpflichtet. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für eine Institutskultur, die das Private nicht ausblendet. Um dies zu fördern und transparent zu machen, wurde ein „Code of Conduct – Familienfreundliches WZB“ entwickelt, der die Leitsätze mit Beispielen anschaulich macht. Außerdem wurde die Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeit neu gestaltet.

Die Verantwortung für Kinder wird auf vielfältige Weise unterstützt, denn vor allem die praktischen Hilfen machen den Alltag leichter. Seit Langem arbeitet das WZB mit einem privaten Dienstleister zusammen. Beschäftigte können sich an diesen Dienst zur Beratung und Vermittlung von Regel- oder Notbetreuung wenden. Auch die Kinderbetreuung bei Konferenzen und Abendveranstaltungen gehört zu den vereinbarten Leistungen des Dienstes. Da es auch in Berlin schwierig geworden ist, wohnortnahe Betreuungsplätze zu finden, besteht die Möglichkeit, einen Belegplatz in einer WZB-nahen Kindertagesstätte zu bekommen.

In den Beispielen zum „Code of Conduct – Familienfreundliches WZB“ sind Tipps und Hinweise zum Umgang mit alltäglichen und besonderen Situationen bei der Vereinbarkeit aufgeführt, die alle Möglichkeiten zu häufig gestellten Fragen zusammenfassen. Fällt zum Beispiel die Regelbetreuung plötzlich aus, so können Beschäftigte, die an der gleitenden Arbeitszeit teilnehmen, nach vorheriger Absprache mit den Vorgesetzten an einzelnen Tagen von zu Hause aus arbeiten oder bis zu 16 Tage im Abrechnungszeitraum Zeitausgleich in Anspruch nehmen. Sie können ihr Kind ins WZB mitbringen und im Eltern-Kind-Büro arbeiten oder sie organisieren auf eigene Kosten über den Dienstleister eine Notmutter für zu Hause. Sie haben darüber hinaus die Möglichkeit, ihr Kind unentgeltlich in eine Back-up-Kita des Dienstleisters zu bringen. Zur Verfügung stehen zwei Einrichtungen, in denen die Kinder notfalls auch übernachten können, wenn beispielsweise eine Dienstreise ansteht und eine private Betreuung so schnell nicht zu finden ist. Diese flexiblen Möglichkeiten stehen allen offen und werden

genutzt. Die Rückmeldung einer Mitarbeiterin zeigt, wie förderlich das Spektrum verschiedener Leistungen für die Vereinbarkeit ist: „Ich möchte ein großes Dankeschön dafür aussprechen, dass es am WZB möglich ist, Beruf und Familie gut und vor allem flexibel zu vereinbaren. Mit der Möglichkeit zu gelegentlichem Home-Office, dem Familienservice und der großzügigen Gleitzeitregelung im Rücken, arbeite ich gerne, wenn es hier brennt, länger oder gehe auf mehrtägige Dienstreisen.“

Im Rahmen der Karriereförderung wird bei Forschungsaufenthalten im Ausland ein Zuschuss zu den Betreuungskosten für Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahrs gewährt, und zwar bis zur maximalen Höhe, die das Bundesreisekostengesetz für Auslandstagegelder während eines Aufenthalts vorsieht.

Die Teilnahme an Konferenzen oder Workshops und die Präsentation eigener Forschungsergebnisse gehört zu einer wissenschaftlichen Karriere dazu. Fallen dadurch zusätzliche Kinderbetreuungskosten an, werden sie auf Antrag und Nachweis bis zur erlaubten Höhe erstattet. Was aber machen zum Beispiel Alleinerziehende bei einer dienstlichen Vortragsreise, deren Kind noch intensive Betreuung braucht? Bis zum Alter von sechs Monaten ist die Finanzierung einer Begleitperson durch ein Urteil zum Bundesreisekostengesetz zulässig, danach muss die Mitreise einer zusätzlichen Betreuungsperson selbst finanziert werden. Dies kann beispielsweise für teilzeitbeschäftigte Promovierende mit Kindern eine erhebliche finanzielle Belastung sein und ihnen Möglichkeiten verschließen, die andere selbstverständlich wahrnehmen können. Hier gibt es Nachbesserungsbedarf, wie auch der Wissenschaftsrat festgestellt hat. Er empfiehlt dem Gesetzgeber sicherzustellen, „dass die zusätzlichen Kosten einer erforderlichen Kinderbetreuung, die im Zusammenhang mit Dienstreisen entstehen, erstattet werden können“.

Die Unterstützung bei der Kinderbetreuung ist ein wichtiger Aspekt. Zur Familienfreundlichkeit gehört aber auch die Unterstützung bei der Pflegebedürftigkeit von Angehörigen. Die flexiblen Arbeitszeitregelungen können auch dann in Anspruch genommen werden, wenn die pflegebedürftige Person zum Arzt begleitet werden muss oder wenn man an einzelnen Tagen zu Hause anwesend sein muss. Der Dienstleister informiert über die Möglichkeiten, die das Pflegezeitgesetz bietet, und berät über Betreuungslösungen. Die Angebote zur Unterstützung bei der Pflege wurden anfangs seltener genutzt, aber in letzter Zeit ist die Nachfrage gestiegen. Deshalb werden wir uns im Rahmen der Re-Auditierung mit diesen Fragen noch intensiver beschäftigen.

Ein wichtiger Aspekt, der eine Familiengründung in der Wissenschaft begünstigt, ist die Planbarkeit. Die „Leitlinien für die Arbeitsbedingungen und die Karriereförderung promovierender und promovierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Instituten der Leibniz-Gemeinschaft“ fassen diese Herausforderungen für die Forschenden treffend zusammen. „Unsichere berufliche Perspektiven, befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitstellen und die geringe Planbarkeit des weiteren Berufsverlaufs verringern die Attraktivität von Wissenschaft als Beruf: Ungünstige Arbeitsbedingungen wirken sich auch auf andere Lebensbereiche aus. Für eine Familiengründung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind nicht planbare, unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse, die darüber hinaus meist eine hohe räumliche Mobilität erfordern, keine gute Ausgangslage.“

Eine vom Bundesforschungsministerium finanzierte Studie des CEWS Center of Excellence Women in Science am GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften identifiziert die Hauptbarrieren, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die eigentlich einen Kinderwunsch haben, von der Familiengründung abhalten: zu geringe Planungssicherheit, zu geringe finanzielle Sicherheit und fehlende berufliche Etablierung. Der Wissenschaftsrat kommt deshalb in seinen Empfehlungen zu dem Schluss, es sei „dringend erforderlich, die Qualifikationsschritte nach der Promotion transparenter und planbarer zu gestalten und diese Lebensphase tatsächlich für eine Familiengründung zu öffnen. Um ein höheres Maß an Planungssicherheit zu gewährleisten, sind bei Befristungen von Arbeitsverträgen längere Laufzeiten vorzusehen; *tenure track* oder ähnliche Modelle mit



Anke Geßner ist Gleichstellungsbeauftragte des WZB und Sprecherin des Arbeitskreises Chancengleichheit der Leibniz-Gemeinschaft. (Foto: David Ausserhofer)

anke.gessner@wzb.eu

Leistungskontrolle eröffnen längerfristige Perspektiven. Vonseiten der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist eine konsequente Unterstützung der beruflichen Laufbahn von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erforderlich.“

Im „Code of Conduct – Karriereförderung des WZB“ ist festgehalten, dass zu guten Arbeitsbedingungen auch gehört, den beruflichen Werdegang so gut wie möglich planbar zu machen und damit die Vereinbarkeit zu sichern. Möglichkeiten sind Entfristungen, der Abschluss von grundfinanzierten Verträgen für mindestens drei Jahre oder auch die Ausschöpfung der Möglichkeiten des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes: Verträge sollen, je nach individuellen Voraussetzungen, für einen Zeitraum von bis zu 6 Jahren und für jedes Kind für weitere zwei Jahre abgeschlossen werden. Kurzzeitige Verträge sollen im Interesse der Planbarkeit vermieden werden. Ausnahmen sind Abschluss-, Anschub- und Überbrückungsfinanzierungen sowie Forschungsaufenthalte.

Bei drittmittelfinanzierten Stellen sollen die Verträge über die gesamte Laufzeit des Projekts abgeschlossen werden. Des Weiteren sollen bei den Drittmittelanträgen Mittel für eine kostenneutrale Verlängerung um Zeiten des Mutterschutzes, der Eltern- oder Pflegezeit mit beantragt werden, wenn es die jeweilige Art des Projekts erlaubt. Verträge für wissenschaftliches Personal werden während der Qualifizierungszeit so abgeschlossen, dass eine Verlängerung um Zeiten, die während Mutterschutz und Elternzeit nicht gearbeitet wurden, möglich ist, selbst wenn sie über Drittmittel finanziert werden. Wenn das nicht machbar ist, wie etwa bei festen Abgabeterminen oder Verbundprojekten, wird im Einzelfall bei Mutterschutz-, Eltern- und Pflegezeiten die Möglichkeit einer Weiterbeschäftigung geprüft und in den meisten Fällen auch eine Lösung gefunden.

Vor allem bei hohen Drittmittelanteilen ist es jedoch auf die Dauer für einzelne Einrichtungen schwierig, interne Lösungen zu finden. Hilfreich wäre in diesem Fall, wenn vor allem öffentliche Drittmittelgeber die Möglichkeit schaffen würden, dass zusätzliche Mittel zur Entlastung der Einzelnen wie auch der Projekte beantragt werden können, wie das die Deutsche Forschungsgemeinschaft in einigen Förderlinien bereits vorsieht.

Einige der hier beschriebenen Maßnahmen hatte das WZB bereits vor der Erst-Auditierung umgesetzt, wie zum Beispiel das Eltern-Kind-Büro. Durch das audit-berufundfamilie® haben wir noch einen großen Schritt nach vorne gemacht. Die Workshops während der Re-Auditierung bieten einen guten Rahmen, die angestrebten Ziele gemeinsam mit dem Auditor zu diskutieren und passgenaue Maßnahmen zu identifizieren. Man verpflichtet sich dabei, die selbst gesteckten Ziele innerhalb eines festgelegten Zeitraums zu erreichen. Für die nächsten drei Jahre stehen beispielsweise die Personalentwicklung im wissenschaftsstützenden Bereich, die Entwicklung eines Verfahrens zur Anpassung der Arbeitsmenge an familienbedingte Arbeitszeitreduzierungen, eine Verbesserung des Monitorings sowie Vertretungsmöglichkeiten auf der Agenda. Und es gilt auch Wege zu finden, die Beschäftigten zu honorieren, die durch ihr Engagement die Flexibilität jener ermöglichen, die in Zeiten verstärkten Familien-Engagements vertreten werden müssen. Eine Forschungseinrichtung kann auf vielerlei Weise gute Arbeitsbedingungen herstellen – die Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie gehört auf jeden Fall dazu.

Literatur

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): *Kinder – Wunsch und Wirklichkeit in der Wissenschaft*. Bonn 2010.

Leibniz-Gemeinschaft: *Leitlinien für die Arbeitsbedingungen und die Karriereförderung promovierender und promovierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Instituten der Leibniz-Gemeinschaft*. Berlin 2013, online: <http://www.leibniz-gemeinschaft.de/karriere/wissenschaftlicher-nachwuchs/> (Stand: 24.2.2014).

Wissenschaftsrat: *Fünf Jahre Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern*. Bonn 2012.

War das wirklich so gewollt? Die Bundestagswahl 2013 und das Wählerverhalten

Bernhard Weißels

Die Bundestagswahl 2013 reiht sich in die Kette ungewöhnlicher Bundestagswahlen im 21. Jahrhundert ein. Erstens erschütterten die Wählerinnen und Wähler mit ihren Stimmabgaben am 22. September letzten Jahres das deutsche Parteiensystem. Zweitens war die Bundestagswahl 2013 diejenige, bei der die Volatilität, also die Veränderung der Stimmenanteile der Parteien von einer Wahl zur anderen, stärker war als bei jeder anderen Bundestagswahl zuvor. Drittens führte das Wahlergebnis nach für Deutschland relativ langen Verhandlungen in eine Regierung der Koalition der beiden großen Parteien, CDU/CSU und SPD. Eine Große Koalition hatte es zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik nur zweimal gegeben.

Von einer Erschütterung des Parteiensystems zu sprechen, ist angesichts des Umstandes, dass die FDP zum ersten Mal in ihrer Geschichte nicht in den Bundestag einziehen konnte, wohl keine Übertreibung. Immerhin war die FDP in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik länger als jede andere Partei an der Regierung beteiligt. Sie war Koalitionspartner der Union von 1949 bis 1965, der Sozialdemokraten von 1969 bis 1982 und wieder der Union 1982 bis 1998 und 2009 bis 2013 – insgesamt also Koalitionspartner in 49 von 64 Regierungsjahren. Nach ihrem größten Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2009, wo sie 14,6 Prozent der Zweitstimmen erhielt, rutschte sie 2013 auf 4,8 Prozent ab. Im Gegenzug konnte mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine neue Partei einen kometenhaften Aufstieg verzeichnen, der ihr innerhalb weniger Monate nach ihrer Gründung im Februar 2013 zu 4,7 Prozent der Zweitstimmen verhalf. Ein weiterer Ausdruck dafür, wie stark das Abstimmungsverhalten die Parteiensystemstruktur erschüttert hat, hängt mit dem Niedergang der FDP und dem Aufstieg der AfD zusammen: Der Anteil der Wählerinnen und Wähler, die einer Partei die Stimme gaben, die nicht im Bundestag vertreten ist, lag mit 15,8 Prozent extrem hoch – 2009 hatte dieser Anteil 6,1 Prozent betragen, 2005 etwa vier und 2002 drei.

Die Volatilität ist rasant angestiegen. Lag sie 2002 noch bei 6,5 Prozentpunkten, so hat sie nach einem Anstieg auf 8,1 Prozentpunkte 2005 und auf 12,6 Prozentpunkte 2009 bei der Bundestagswahl 2013 mit 15,4 Prozentpunkten den bisherigen Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Lediglich zwischen der Bundestagswahl 1949 und 1953 gab es mit 14,2 Prozentpunkten eine ähnlich starke Bewegung.

Während die erste Große Koalition 1966 bis 1969 das Ergebnis einer Koalitionskrise und Neubildung der Regierung war, sind die beiden Großen Koalitionen 2005 bis 2009 und die derzeitige auf Wahlergebnisse zurückzuführen. Die Absage an Ampelkoalitionen, also Regierungskoalitionen mit mehr als zwei Parteien, ließen 2009 nur eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD zu. Allerdings wären rechnerisch alternative Regierungsmehrheiten entweder unter CDU/CSU- oder SPD-Führung möglich gewesen. 2013 stellte sich die Situation anders dar. Bündnis 90/Die Grünen wollten nicht mit der CDU/CSU, die CDU/CSU ebenso wie die SPD nicht mit der Linken koalieren. Ein Bündnis links der Mitte hätte nicht gereicht, ein Bündnis rechts der Mitte war aufgrund des Ausscheidens der FDP nicht möglich, so blieb die Große Koalition.

Die Besonderheiten bei der Bundestagswahl 2013 sind in den Kontext der letzten Bundestagswahlen und der Veränderung des Wahlverhaltens zu stellen. Es

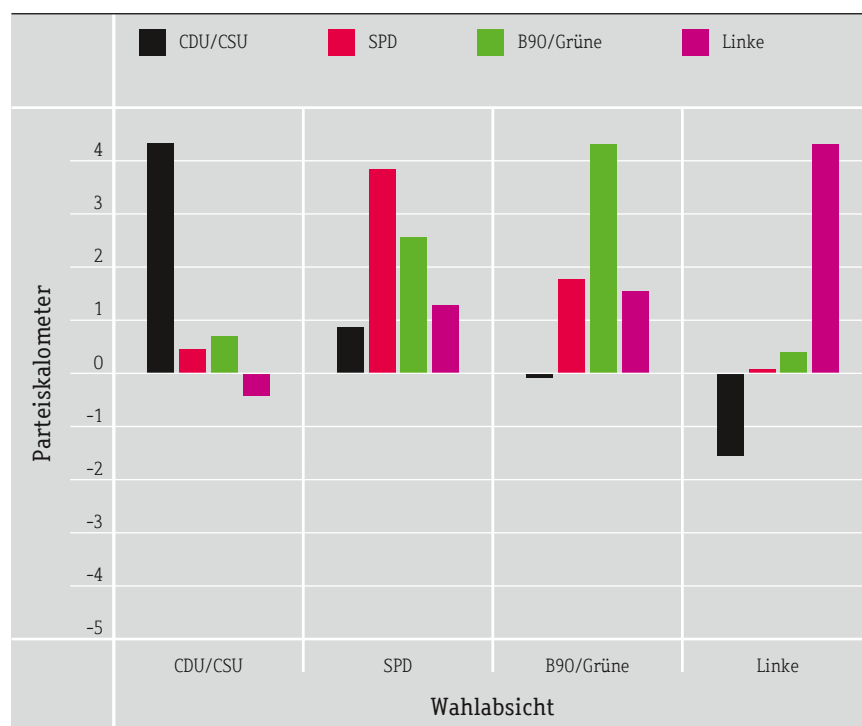
Summary: Voter behavior has changed fundamentally. In the 2013 general election, volatility – the change of parties' vote shares from one election to another – was greater than in any other federal election. The proportion of swing voters has also risen sharply. However, voters did not necessarily intend to bring about the ultimate election results: the grand coalition. Voter change and its consequences are being examined in the German Longitudinal Election Study (GLES), analyzing Bundestag elections from 2009 to 2017.

Kurz gefasst: Das Wählerverhalten hat sich nachhaltig verändert. Bei der Bundestagswahl 2013 war die Volatilität, die Veränderung der Stimmenanteile der Parteien von einer Wahl zur anderen, stärker als bei jeder anderen Bundestagswahl zuvor. Auch der Anteil der Wechselwähler ist stark gestiegen. Dabei war das Ergebnis der Wahl, die Große Koalition, nicht unbedingt von den Wählern intendiert. Der Wählerwandel und dessen Konsequenzen werden mit der German Longitudinal Election Study (GLES) untersucht, die die Bundestagswahlen von 2009 bis 2017 analysieren wird.

ist nicht nur die Volatilität, sondern das individuelle Wechselwahlverhalten selbst, das sich seit 1990 stark erhöht hat. Davor lag der Anteil der Wechselwähler bei etwa 14 Prozent, 2002 etwa doppelt so hoch und nun bei etwa 35 Prozent. Einen fast so rapiden Aufstieg verzeichnete das Stimmensplitting bis 2009: Von etwa 15 Prozent stieg der Anteil kontinuierlich auf über 26 Prozent 2009 an. Aufgrund der Wahlrechtsänderung, die Überhangmandate kompensiert, ist der Grund für ein strategisches Stimmensplitting 2013 entfallen und zurückgegangen. Was diese großen Trends aber zeigen, ist, dass die Wähler in Deutschland im wahrsten Sinne in Bewegung sind: Es wird mehr gewechselt, mehr strategisch gewählt und sich immer später entschieden.

Erklärungen für diesen Wählerwandel und dessen Konsequenzen sind nicht schnell zu haben. Die Beobachtung nur einer Wahl erlaubt keine Beurteilung ihrer Besonderheiten gegenüber anderen Wahlen oder eine Antwort auf die Frage, ob wir es mit mittelfristigen Entwicklungen und Trends zu tun haben. Die vergangenen Bundestagswahlen verweisen auf einen fundamentalen Wandel im Wahlverhalten, für den systematische und theoretisch belastbare Erklärungen von Nöten sind, wenn wir verstehen wollen, welche Konsequenzen sich für die Politik, die Parteien und die Wählerinnen und Wähler selbst ergeben. Fragen an das gestiegene Wechselwahlverhalten lassen sich zum Beispiel nur beantworten, wenn ein Zeitvergleich möglich ist. Wie die Mechanismen späten Entscheidens funktionieren und was die Gründe sind, die dann zu einem bestimmten Wahlverhalten führen, lässt sich nur untersuchen, wenn Kurzfrisdynamiken im Wahlkampf beobachtet werden.

Die German Longitudinal Election Study (GLES), gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, will diese Fragen beantworten (<http://gles.eu/wordpress/>). In Kooperation der Universitäten Frankfurt a.M. und Mannheim sowie dem GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim und dem WZB werden über drei Bundestagswahlen von 2009 bis 2017 die Phänomene und Konsequenzen des Wählerwandels untersucht. Für die Analyse der mittelfristigen Entwicklungen wird das Instrument der Panel-Befragung eingesetzt, also die Befragung derselben Personen über drei Wahlen hinweg. Damit lässt



Abbildung

Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen politischen Parteien? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala. -5 heißt, dass Sie überhaupt nichts von der Partei halten, +5 heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

sich nicht nur bestimmen, ob eine Wechselwahl vorliegt, sondern auch, in welchem Verhältnis das zu der Änderung der Präferenzen der Bürger oder zu einer veränderten Beurteilung der politischen Akteure – Parteien und Kandidaten – steht. Mit einer drei- bis viermal im Jahr stattfindenden repräsentativen Onlinebefragung wird darüber hinaus die Entwicklung zwischen den Wahlen beobachtet. Zur Erfassung der Dynamik im Wahlkampf dienen ein Wahlkampf-Panel und eine repräsentative Querschnittsbefragung per Telefon, bei der täglich über sechs Wochen vor dem Wahltag und nach der Wahl jeweils mehr als 100 Personen befragt werden. So lassen sich tagesgenau Einflüsse des Wahlkampfes und der politischen Ereignisse im Wahlkampf untersuchen.

Die Veränderung der Wahlkämpfe, die vielfach konstatierte zunehmende Personalisierung von Wahlkämpfen und die veränderten Formen der Wähleransprache sind Faktoren, die sicherlich mit zu der Veränderung der Wählerkalküle beitragen. Daher umfasst die GLES eine Befragung der Kandidaten zum Deutschen Bundestag wie eine Untersuchung der TV-Duelle. Zur Beobachtung der Angebotsseite der Politik und des Wahlkampfes gehören auch inhaltsanalytische Medienanalysen. Um möglichst alle Faktoren, die das Wahlverhalten bestimmen können, in den Blick zu nehmen, gehören zu den wichtigsten Instrumenten der GLES die persönlichen Befragungen in einem repräsentativen Vorwahlquerschnitt der Bevölkerung und in einem repräsentativen Nachwahlquerschnitt. Die Querschnittsbefragungen erlauben es, mehr oder minder alle Faktoren, die in den Theorien des Wahlverhaltens eine Rolle spielen, zu untersuchen. Die einzelnen Befragungs- und Datenkomponenten der GLES sind aufeinander abgestimmt und aufeinander beziehbar. So können wir zum Beispiel untersuchen, ob die Anstrengungen, die Kandidatinnen und Kandidaten in ihrem Wahlkreis unternehmen, von den Wählerinnen und Wählern überhaupt wahrgenommen werden und welche Effekte sich hieraus ergeben.

Die Daten der GLES werden der Öffentlichkeit unmittelbar nach technischer Fertigstellung bei der GESIS zum Herunterladen zur Verfügung gestellt (<http://www.gesis.org/wahlen/gles/>). Die über 4.000 Downloads seit der Bundestagswahl 2009 verweisen darauf, dass die Daten relevant für die wissenschaftliche Community sind und dass die Idee, große Fragen nicht nur auf wenigen Schultern abzuladen, aufgegangen ist. Im Gegensatz zur Demoskopie und Meinungsforschung, die uns tagesaktuell über die Stimmungslage der Bevölkerung aufklären kann, betreibt die Wahlforschung Grundlagenforschung, die neben der Kontextualisierung von Phänomenen eben auch deren Erklärung zum Ziel hat.

Was am Ende eines solchen Forschungsprojekts stehen sollte, ist, dass wir verstehen, wie und warum sich das Wählerverhalten geändert hat und in welche Richtung. Erklären und Verstehen bedeutet Reduktion von Unsicherheit, in der sich derzeit wohl Politiker und Parteien ebenso befinden wie Wähler selbst. Alte Gewissheiten halten nicht mehr; die Dynamik und Flexibilität im Wahlverhalten hat so stark zugenommen, dass es für alle Beteiligten schwer ist abzuschätzen, wie ein Wahlergebnis ausfallen wird und welche Konsequenzen es hat.

Und die Bundestagswahl 2013? Große Koalitionen sollten Sonderfall sein. Regierung im Wartestand, also die Möglichkeit einer echten Ablösung einer Regierung ist nur gegeben, wenn eine der großen Parteien in der Opposition ist. Mit der jetzigen Regierung haben wir nicht nur nicht eine große Partei als Regierungspartei im Wartestand, sondern eine Opposition, die mit 127 Sitzen von einer Parlamentsmehrheit der Regierung von 504 Sitzen, das sind 79,9 Prozent der Sitze, alles andere als Regierung im Wartestand sein kann. Kann das von den Wählerinnen und Wählern so gewollt gewesen sein?

In der Tat verweisen die Ergebnisse unserer Vorwahlbefragung darauf, dass eine Große Koalition am stärksten und eine rot-grüne Koalition am zweitstärksten gewünscht worden ist. Es zeigt sich aber auch, dass deutlich mehr Wähler davon ausgingen, es werde wieder eine schwarz-gelbe Koalition geben. In der eingeschätzten Koalitionswahrscheinlichkeit folgt darauf mit Abstand eine Große Koalition und noch größerem Abstand eine rot-grüne Koalition. Wurde die Große Koalition präferiert, aber nicht für wahrscheinlich gehalten? Nicht ganz – oder jedenfalls nicht von allen Wählern der Bundestagsparteien. Wer seine Zweit-



Bernhard Weßels ist Senior Researcher der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Er hat am WZB die Federführung für die von der DFG geförderte Deutsche Wahlstudie 2009–2017. (Foto: David Ausserhofer)

bernhard.wessels@wzb.eu

stimme der CDU/CSU geben wollte, präferierte ganz deutlich und mit Abstand eine schwarz-gelbe Koalition vor einer Großen Koalition. Wer aber der SPD seine Stimme geben wollte, bevorzugte mit deutlichem Abstand eine rot-grüne Koalition vor einer Großen Koalition. Diejenigen, die die Grünen wählen wollten, wollten an erster Stelle eine rot-grüne Koalition, an zweiter Stelle eine rot-rot-grüne Koalition und erst an dritter Stelle eine Große Koalition. Für diejenigen, die die Linke wählen wollten, stand an erste Stelle eine rot-rot-grüne, an zweiter Stelle eine rot-grüne und erst an dritter Stelle eine Große Koalition. Mit anderen Worten: Keine der Parteiwählerschaften präferierte die Große Koalition an erster Stelle, und die Koalitionspräferenzen waren zwischen den Lagern deutlich unterscheidbar.

Bei den Koalitionserwartungen bestand weit mehr Übereinstimmung: Mit Ausnahme der potenziellen SPD-Wähler sahen alle und insbesondere diejenigen mit CDU/CSU-Wahlabsicht die größten Chancen für eine schwarz-gelbe Koalition und die zweitgrößten für eine Große Koalition – bei denjenigen mit SPD-Wahlabsicht war es umgekehrt. Die Einschätzungen der Parteien durch die jeweiligen Wählerschaften sprachen ebenfalls nicht für eine Große Koalition. Diejenigen, die beabsichtigten, eine bestimmte Partei zu wählen, sprachen ihr auch extrem hohe Sympathiewerte zu. Im Gegensatz dazu konnte bei potenziellen CDU/CSU-Wählern weder die SPD besonders gute Sympathiegrade für sich verbuchen – die Grünen rangieren hier leicht besser – noch bei den potenziellen SPD-Wählern die CDU – hier fährt Bündnis 90/Die Grünen und auch die Linke besser. Präferenzgesteuert zustande gekommen ist die Große Koalition also nicht, auch wenn viele Wählerinnen und Wähler schon den Realismus zeigten, dass es möglicherweise zu solch einer Regierung kommen würde. Aus der Perspektive derjenigen, die für die CDU/CSU oder die SPD stimmen wollten, kann ganz klar gesagt werden: Die Mehrheit derjenigen, die für die jetzigen Koalitionsparteien gestimmt haben, hat das nicht gewollt.

Literatur

Bytzek, Evelyn/Roßteutscher, Sigrid (Hg.): Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen. Frankfurt am Main: Campus 2011.

*Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger u.a.: Zwischen Lange-
weile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos 2011.*

Weßels, Bernhard/Schoen, Harald/Gabriel, Oscar W. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009. Wiesbaden: Springer VS 2013.

Forschungsreise 1989–2014 Heike Solga über Grundlagenforschung und Wert- schätzung der Sozialwissenschaften

Im Januar 2014 wurde Heike Solga, seit 2007 Direktorin der WZB–Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt, mit dem Wissenschaftspreis des Regierenden Bürgermeisters von Berlin ausgezeichnet, der zu den großen Forschungspreisen in Deutschland zählt. Heike Solgas wissenschaftliche Biografie war ungewöhnlich, mit dem Studium in der Endphase der DDR und frühen wissenschaftlichen Erfahrungen in den USA. Anlässlich der Preisverleihung sprach Paul Stoop mit Heike Solga.

Wie kamen Sie 1990 mit dem Diplom in „marxistisch-leninistischer Soziologie“ in die USA?

Im Juni 1989 traf ich mich am Alexanderplatz mit der amerikanischen Professorin Nancy Tuma. Sie sollte meine Betreuerin an der Stanford-Universität sein, wohin ich als Fulbright-Stipendiatin im Sommer 1990 gehen sollte. Sie war gerade auf ihrer Rückreise von China, wir unterhielten uns über Proteste wie auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass schon so bald ein solcher Protest auf dem Alexanderplatz möglich werden würde. Dann fiel die Mauer, und der gesamte Kontext hatte sich verändert, als ich wie geplant im August 1990 als DDR-Fulbright-Stipendiatin in die USA nach Stanford zu Nancy Tuma ging.

Wie war die Stanford-Erfahrung für Sie?

In Stanford habe ich unter anderem zwei positive Erfahrungen gemacht: Erstens habe ich gemerkt, dass ich eine sehr gute Ausbildung an der Humboldt-Universität bekommen hatte. Mir wurden Teile meines Studiums anerkannt, nämlich in den Bereichen Theorie und Statistik. Zweitens wurde mein Wissen in Marxismus nicht abgewertet, sondern machte mich zur Expertin. Es war völlig normal, dass marxistische Theorien jeweils in einer Sitzung der Seminare Theorie, Sozialstrukturanalyse und Organisationssoziologie behandelt wurden. Und für meine Kommilitonen war vollkommen klar, dass ich das Referat dazu halten sollte. Neben Marx musste ich auch viel Neues dazu lesen, wie Antonio Gramsci, Erik Olin Wright und Michael Burawoy.

Gab es danach in West-Berlin Vorbehalte?

Als ich ans Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung kam, wo ich Mitglied des Teams der „Ostdeutschen Lebensverlaufsstudie“ wurde, hatte ich auch positive Erfahrungen: Meine soziologische Kompetenz wurde trotz meines DDR-Studiums nicht angezweifelt. Und ich war als Ostdeutsche gefragt, weniger wegen meiner Expertise in marxistischer Theorie.

Wie fühlten sich die Unterschiede im Wissenschaftssystem für Sie an?

Die Verunsicherung durch die Wende ist relativ schnell gewichen, geblieben ist lange die Unsicherheit einer wissenschaftlichen Karriere mit befristeten Ver-

trägen. Am MPI für Bildungsforschung habe ich mit einem Zweijahresvertrag begonnen und bin letztlich 14 Jahre geblieben – als Doktorandin, Postdoktorandin und Nachwuchsgruppenleiterin.

Ihr Thema war dabei die DDR-Gesellschaft.

Meine Promotion habe ich über soziale Mobilität in der DDR geschrieben und musste dabei feststellen, dass die DDR in den 1980er Jahren immobiler war als die BRD. Aufstiege in den jüngeren Generationen waren damals seltener als in der BRD – trotz Gesamtschulsystem und Arbeiterkind-Bonus. Die Unterschiede in den materiellen Ungleichheiten waren aber deutlich geringer als in der BRD.

Danach untersuchten Sie Arbeitsmarkt- und Ausbildungsfragen.

Ich habe mich anschließend mit den Transformationsprozessen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt beschäftigt und muss hier feststellen, wie stark der deutsche Arbeitsmarkt durch Zertifikate und Zeugnisse geprägt wird. Die Ausbildungs- und Hochschulabschlüsse der DDR strukturierten die Arbeitsmarktchancen nach 1989. Was auch bedeutete: An den Ungleichheitsverteilungen änderte sich wenig. Wer in der DDR oben war, blieb oben, wer unten war, blieb auch dort. Nur die Folgen haben sich verändert. Die materielle Ungleichheit hat nun enorm zugenommen. Über den ostdeutschen Fall hinaus zeigt dies zugleich, wie schwer es ist, soziale Reproduktionsprozesse aufzubrechen – selbst eine Systemtransformation schafft dies nicht notwendigerweise.

Wann haben Sie dann weitere Forschungsfelder für sich erschlossen?

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde mir klar, dass ich als Ostdeutsche nicht auf ostdeutsche Themen festgelegt werden wollte. Ich wollte auch stärker meine beiden Interessen Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung miteinander verbinden. Deshalb befasste ich mich mit den Erwerbschancen von gering Qualifizierten und den Ursachen geringer Bildung, was ich von 1999 an als Leiterin einer selbstständigen Nachwuchsgruppe bei der Max-Planck-Gesellschaft umsetzen konnte.

Wie war Ihr spezifischer Ansatz?

Wir suchten jenseits ökonomischer Erklärungen nach sozialen Faktoren, die entscheidend sind für die Chancen von gering Qualifizierten. Mit der Bildungsexpansion hatte sich ja auch die kulturelle Bedeutung von „geringer Bildung“ verändert, die soziale Zusammensetzung der Gruppe hat sich gewandelt, es sind heute mehr Männer und Menschen mit Migrationshintergrund. Auch die familiären Bedingungen dieser Gruppe sind heute anders, viele der Eltern sind heute selbst arbeitslos. Unsere Prognose war deshalb, dass auch bessere Arbeitsmarktverhältnisse ihre Chancen nicht wieder erhöhen können. Leider hatten wir mit dieser Prognose Recht: Trotz verringerter Arbeitslosigkeit in Deutschland insgesamt hat sich an der Arbeitslosenquote von Menschen ohne Berufsausbildung nichts verändert – und viele von ihnen sind langzeitarbeitslos. Was nun hilfreich wäre, dazu konnten wir nicht viel sagen. Dazu reicht Grundlagenforschung nicht aus. Nach Abstechern an der Universität Yale und der Universität Leipzig lernte ich 2006 am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) einen neuen Forschungstyp kennen und schätzen, der stärker anwendungsbezogen ist, aber eng mit Grundlagenforschung verbunden ist.

Welchen konkreten Fragen widmeten Sie sich dort?

Die Bundesagentur für Arbeit und das Land Niedersachsen haben 2007 an 24 Standorten sogenannte Berufsstarterklassen für schulabschlussgefährdete Ju-

gendliche eingerichtet, die von der achten Klasse an jede Woche drei Tage Schule hatten und zwei Tage in einem Betrieb waren. Diese Klassen wurden unterstützt von Berufsstartbegleitern. Ziel war es, mehr Jugendlichen nach der neunten Klasse den direkten Übergang in eine Ausbildung zu ermöglichen.

Welche Annahme hatten Sie aus Ihrer Grundlagenforschung?

Positive Aspekte dieser Berufsstarterklassen hätten sein können: eine frühzeitige betriebliche Anbindung, Minderung der Diskriminierung durch Betrieb und Erhöhung der Lernmotivation. Sie hätten sich auch negativ auswirken können, dadurch dass die ohnehin leistungsschwachen Jugendlichen noch weniger Lernzeit und einen reduzierten Fächerkanon haben und beides Bildungsoptionen verringern könnte. Zudem sind Berufsstarterklassen wieder eine segregierte Schulform, die Stigmatisierung verstärken könnte.

Und wie war das Ergebnis Ihrer Evaluation?

Die Empirie sagte uns: Die Chancen des direkten Übergangs für diese Jugendlichen erhöhten sich deutlich im Vergleich zu einer Kontrollgruppe. Die Hauptsache war die frühe betriebliche Anbindung, und zwar einer langfristigen und nicht eines Praktikums-Shoppings. Die Betriebe haben diesen Jugendlichen nun doch eine Ausbildung zugetraut. Wir konnten anschließend mit einer zweiten Runde an 45 Standorten in Niedersachsen zudem zeigen, dass die Betriebe auch ein zweites Mal zu einer Teilnahme bereit waren und ausreichend Betriebe an den neuen Standorten mitmachten. Das Ergebnis war wieder positiv.

Ein großer Preis an eine Vertreterin der Sozialwissenschaften – das ist eher selten. Warum?

Von den Leibniz-Preisen der Deutschen Forschungsgemeinschaft gingen von 1986 bis 2014 immerhin 19 Prozent an die Geistes- und Sozialwissenschaften, 66 von 349 Preisen. Aber: An die Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie und Ökonomie gingen nur 15 Preise. Zwei Mal wurde die Politikwissenschaft, nur ein einziges Mal die Soziologie geehrt. Es sind meiner Beobachtung nach die unterschiedlichen Forschungsgegenstände, die zu einem Ungleichgewicht führen. Die Ingenieur-, Natur- und Lebenswissenschaften beschäftigen sich mit Dingen, die die meisten von uns nicht verstehen – das muss also gut sein. Und die Themen der Geisteswissenschaften sind etwa das Mittelalter, Philosophie oder andere Kulturen – das ist „Hochkultur“ und gilt als „gelehrt“. Die Sozialwissenschaften und vor allem die Soziologie beschäftigen sich mit realen Lebensprozessen von Menschen, die heute leben. Und da sagen die einen zu unserer Forschung „Das habe ich schon immer gewusst. Was ist da das Besondere?“ und die anderen kommen mit der Oma, dem Onkel, einem Freund, einer Bekannten, bei dem oder der das aber alles ganz anders ist.

Was ist für Sie das Besondere am Forschungsstandort Berlin?

Es gibt hier sehr viele Bildungsforscher und Bildungsforscherinnen, die sich zu vernetzen beginnen, und damit auch sehr viele gute Kooperationsmöglichkeiten. An der Freien Universität Berlin, wo ich auch lehre, gibt es sehr gute Kooperationen in Sachen Nachwuchsförderungen bei Promotionen, W1- und W2-Professuren. Enorm produktiv arbeite ich auch mit Katharina Spieß vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in einem Interventionsprojekt zusammen, dem Berliner Studienberechtigten-Panel, „Best Up“, das mit ca. 1,7 Mio. EUR von der Einstein-Stiftung Berlin gefördert wird. Solche Projekte zeigen mir übrigens auch, dass eine stärkere Förderung für Interventions- und Implementationsforschung wünschenswert wäre. Hier besteht eine echte Förderlücke für die Sozialwissenschaften.



Heike Solga leitet die WZB-Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt und ist Professorin am Institut für Soziologie an der Freien Universität Berlin. Sie wurde Anfang 2014 mit dem Wissenschaftspreis des Regierenden Bürgermeisters von Berlin geehrt.

(Foto: David Ausserhofer)

heike.solga@wzb.eu

Konferenzberichte

Unbekanntes Terrain: sozialwissenschaftlicher Wissenstransfer

Anna Froese

Konferenz „Zwischen den Welten: Sozial- und Raumwissenschaften auf dem Weg zu einem neuen Transferverständnis“ am 5. und 6. Dezember 2013 am WZB

Forschung soll nicht nur der Weiterentwicklung innerwissenschaftlicher Debatten dienen, sondern auch gesellschaftlich relevant sein. Die Forderung nach praktischer Relevanz von Forschung wird von wissenschaftspolitischer Seite in einem stärkeren Maße als bisher formuliert; Transfer-Förderprogramme sollen den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis anregen. Evaluationen und Rankings erfassen neben wissenschaftlichen Publikationen Beratungsaktivitäten im außerwissenschaftlichen Bereich sowie Presseartikel. Drittmittelgeber erwarten konkrete Pläne zur Verwertung von Forschungsergebnissen. Die Wissenschafts- und Innovationsforschung untersuchte das Thema Wissenstransfer bisher vor allem für die Natur- und Ingenieurwissenschaften und die dort vorherrschenden Transferformate Patente, Lizenzen und Ausgründungen. Über die Besonderheiten in den Sozial- und Raumwissenschaften, deren Bedeutung für Innovationen von der Wissenschaftspolitik (wieder-)entdeckt wurde, ist bislang wenig bekannt.

Wie wird das Verhältnis von Forschung und Gesellschaft innerhalb dieser Disziplinen konzeptualisiert? Wir wirken sich epistemologische Grundlagen und disziplinäre Kulturen aus? Mit der Tagung sollte eine Reflexion und Reformulierung des bestehenden Transferverständnisses angeregt werden, das bisher stark auf die Technikwissenschaften verengt und linear von der Forschung zur Anwendung durch Praxisakteure ausgerichtet ist. Die Tagung ermöglichte einen Austausch in den Disziplinen der Sozial-, Raum- und Geisteswissenschaften und zwischen Wissenschaft, Wissenschaftspolitik und Praxis.

Im ersten Block zu den Sozialwissenschaften zeichnete Edward J. Hackett (Arizona State University) in seinem Keynote-Vortrag „Making Knowledge Useful, Making Useful Knowledge“ den Weg von einem linearen zu einem komple-

xen, rekursiven Modell, in dem ein kontinuierliches gemeinsames Engagement von Forschenden und externen Stakeholdern erfolgen kann. Er plädierte für einen erweiterten Ethos der Wissenschaft, in dem kollaborative Forschung einen größeren Stellenwert einnimmt.

Natalie Mevissen und Anna Froese (WZB) stellten dar, dass sozialwissenschaftlicher Wissenstransfer heterogen ist; es existieren vielfältige Formate und Zielgruppen. Transfer wird vor allem aufgrund der individuellen Motivation betrieben, zu gesellschaftlichen Veränderungsprozessen beizutragen. Forschungsorganisationen haben wirksame Möglichkeiten, Transfer zum Beispiel über Leitbilder und Transferstrategien zu fördern. Gleichzeitig existieren strukturelle Barrieren: In den Sozialwissenschaften ist der Transfer dadurch erschwert, dass rigide Reputations- und Karrieresysteme existieren, Transfer also nur in geringem Maße reputationsfördernd und karriererelevant ist. Fehlende quantifizierbare Indikatoren schränken die Erfassbarkeit von Transfer ein.

David Kaldewey (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn) führte aus, dass das Konzept Wissenstransfer als Semantik zur Konzeptualisierung des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Gesellschaft (Innen-Außen-These) verstanden werden kann. Er argumentierte, dass in der Wissenschaftsforschung viele Diskurse (z. B. „Elfenbeinturm-Prämisse“) nicht hinterfragt würden. Auch er plädierte für eine Transformation des Transferbegriffs. Die Grenzziehung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft sollte empirisch stärker analysiert werden. Aufgabe der Wissenschaftsforschung sei es zu untersuchen, wie die Wissenschaftler/-innen ihre eigene Identität im Spannungsfeld zwischen Autonomie und gesellschaftlicher Relevanz reflektieren.

Im zweiten Teil mit Beiträgen aus den Raumwissenschaften gelang Peter Meusbürger (Universität Heidelberg) eine Integration der sozial- und raumwissenschaftlichen Perspektive. Anhand von Wissensmilieus zeigte er auf, welchen Einfluss der räumliche Kontext auf Forschungsprozesse hat. Wissensmilieus an renommierten Universitätsstandorten ermöglichen eine intensive Sozialisierung und böten vielfältige Interaktions- und Innovationsräume. Studien belegten, dass durch die räumliche Konzentration von Expertise und

Reputation der Forschenden die Innovationsfähigkeit dieser Netzwerke steigt.

Die Tagung setzte Impulse für die relevanten wissenschaftlichen Debatten. Die wichtigsten Ergebnisse sollen im Herbst 2014 in Form eines Sammelbands veröffentlicht werden. Das Projektteam „Unbekanntes Terrain?“ (Dagmar Simon, Andreas Knie, Anna Froese, Natalie Mevissen, Julia Böttcher) wird in Kürze eine Handreichung zum Transfer in den Sozial- und Raumwissenschaften veröffentlichen. Sie richtet sich an diverse Akteure aus Forschung und Wissenschaftspolitik und zeigt Lösungsansätze zur praktischen Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse auf. Zentrale Fragen der Konferenz werden im Rahmen des Folgeprojekts „Neue Vermittlungsräume zwischen Wissenschaft und Praxis in den Sozial- und Raumwissenschaften“ aufgegriffen.

Metamorphosen der Kritik

Michael Hutter

Kolloquium „Metamorphosen der Kritik“, 30. und 31. Januar 2014, organisiert von Michael Hutter, Abteilung Kulturelle Quellen von Neuheit

Vier Tische sind im Quadrat im großen Saal aufgestellt. An jedem Tisch sitzen vier Referentinnen oder Referenten, die Mehrheit weiblich.

Die Vier vertreten ein Feld der Kritik: Sozialkritik, Kunstkritik, Kulturkritik und alle Varianten von Kritik, die im Internet verbreitet werden. Die Frage, auf die sie in kurzen Statements reagieren sollen, ist immer die gleiche: Wie verändert sich Ihr Kritikfeld? Was hat das mit den anderen Kritikfeldern zu tun? Ist es gerechtfertigt, von Metamorphosen der Kritik zu sprechen?

Mich interessierten die Antworten auf diese Frage, denn alle diese Varianten von Kritik sind tief eingegraben in das Verständnis des ständigen Innovationsprozesses, der unsere Gesellschaft vorantreibt. Jede Neuerung setzt sich stark institutionalisierten Prozessen der Wertung aus, sei es eine Reform des Wahlrechts, eine Energiesparlampe oder eine Operninszenierung. In diesen Prozessen gibt es zwei Wertungsvarianten. Einerseits werden externe Maßstäbe angelegt: die scheinbar neutrale Evaluation. Andererseits werden intern Wertzuschreibungen fabriziert: die offen Partei ergreifende Valorisierung. Beide Wertungsvarianten bestimmen, wo, wie und wann das Neue in die Welt kommt. Evaluation wie Valorisierung kommen häufig unter dem Namen „Kritik“ vor. In der Sozialtheorie ist die Rolle der Kritik besonders virulent, weil nicht nur die verschiedensten sozialen Varianten der Kritik Gegenstand der Forschung sind, sondern die Theorie auch ihre eigene Rolle als eine kritische Theorie reflektiert. Könnte man also Experten nach Veränderungen in ihren verschiedenen Kritikfeldern fragen, und würden sie sich gegenseitig befragen? Das Kolloquium war

Blickwinkel. Besucher betrachten eine Ausstellung im Groninger Museum, dem Kunstmuseum der niederländischen Stadt Groningen. Wie sie die Exponate wahrnehmen, ist auch beeinflusst von dem, was sie vorher darüber gelesen haben. (Foto: Harald Wanetschka / pixelio.de)



eine Versuchsanordnung, in der genau das geschah. Jeder der vier Co-organisatoren wählte drei Referentinnen oder Referenten aus, die Erfahrungen aus ihrem Kritikfeld mitbrachten.

Kunstkritik, gleichgültig für welches Genre, ist ein offensichtliches Beispiel für hochgradig formalisierte, in spezialisierten Medien verbreitete Werturteile über Neuerscheinungen. Isabelle Graw, Professorin für Kunstkritik an der Städelschule Frankfurt, beschäftigt sich seit Langem mit der wertbildenden Wirkung dieser ästhetischen Urteile. Sie lud eine Kunstredakteurin, eine Kunsthistorikerin und eine Kunstphilosophin ein. Kulturkritik, als wissenschaftliche Disziplin, verfolgt die eigene Geschichte von der Antike bis in zeitgenössische Debatten der Ethnologie. Thomas Macho, Professor für Kulturgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, kam mit einer jungen Kulturwissenschaftlerin, die den Bogen der Beschäftigung mit Werturteilen von Kant bis Roland Barthes spannte, der Direktorin des Museums der Kulturen in Basel und dem Leiter des Ressorts Geisteswissenschaften in der Neuen Zürcher Zeitung. Auch Kathrin Passig, freie Berliner Autorin zu vielen Themen der Internetentwicklung, war zu begeistern und holte Mitstreiter, die Entwicklungen des kritischen Schreibens im Internet, insbesondere bei Film und Literatur, darstellen können. Für die Tischseite, die die Sozialkritik vertrat, hatte ich drei Kolleginnen von der Humboldt-Universität eingeladen: für die kritische Sozialtheorie Rachel Jaeggi, für die pragmatische Soziologie der Kritik Tanja Bogusz, und für Formen des aktiven, räumlich wahrnehmbaren sozialen Protests Henrik Lebuhn.

Jedes der vier Panels hatte gleich viel Zeit, um seine Sicht der Kritikveränderung darzustellen. Die Diskussionen dauerten dabei meist länger als die Statements. Das Spektrum der herangezogenen Literatur reichte von Immanuel Kants „Kritik der Urteilskraft“ bis zu Lisa Gitelmans „Raw Data is an Oxymoron“. Doch worin lag der Bezug zur Wertungskultur? Was wussten die Kritikspezialisten über die Eigenart desjenigen Vorgangs, der Neuheit überhaupt erst ermöglicht?

Was die Vorgehensweise beim kritischen Urteilen angeht, so ergab sich eine bemerkenswerte Übereinstimmung. Die Methode wurde immer wieder als eine Bewegung zwischen Teilhabe und Distanz beschrieben. Zum einen muss es der oder dem Urteilenden gelingen,

seinem Gegenstand so nahe zu kommen, dass auch die affektive, von subjektiven Emotionen getragene Dimension des Geschehens zum Ausdruck kommt. Zum anderen braucht das Urteil die Reflexion und den Vergleich, ohne allerdings je letzte Wahrheiten zu erreichen. Im Verhältnis zum Gegenstand der Kritik fällt das Fazit eher zweigeteilt aus: Der einen Schule der Kritik geht es darum, das Neue zu formulieren und zu fordern. Politische, wirtschaftliche oder ästhetische Handlungen werden an Normen gemessen, die das Ausmaß der Abweichung erst deutlich machen. Die kritische Wertung erschafft also selbst das Neue als eine Art Idealzustand, um damit die realen Akteure zu Verbesserungen zu motivieren. Auch neue Formen des Protests gegen Missstände werden dazu erfunden. So verstehen sich weite Teile der Sozial- und der Kulturkritik, auch in der Kunstkritik ist diese Herangehensweise gängig.

Einer anderen Schule der Kritik geht es dagegen eher darum, das Neue zu erkennen und es zu bewerten. Dieser Ansatz findet sich unter den Kritikern, die ständig neuen Filmen, Büchern, Zeitschriften, Musikaufnahmen oder Bildern ausgesetzt sind, vor allem bei jenen, die mit der steigenden Flut der Novitäten im Internet konfrontiert sind. Allein die Selektion genügt hier, den Link kann dann der Leser, etwa von perlentaucher.de, selbst nutzen. An die Stelle des Großkritikers, der in seiner Person ethische oder ästhetische Normen verkörpert, schiebt sich zunehmend ein Gefüge von gegenseitigen Verweisen, mit einer Mischung aus summierten Rangzuweisungen und kurzen, bewusst subjektiv formulierten Kommentaren. Erst in der Summe aus diesen „winzigen Kritikbildungen“, wie das Kathrin Passig nennt, ergibt sich für Außenstehende die Wertung. Felix Stalder, Zürcher Dozent für digitale Kultur, formuliert das so: „Im Internet sind ganze Affektivitätsgruppen, die gemeinschaftlich Urteile fällen, das neue Normale. Die Koordination dieses Vorgangs durch Algorithmen rückt dann ins Zentrum der Kritik.“

Die Metamorphose der Kritikkultur, so scheint es, ist in vollem Gang. Selbst die Kulturkritik, der von einigen Teilnehmern noch die „Geste des Abschieds“ zugerechnet wurde, beginnt sich zunehmend für das noch nicht Erschienene, für das „nächste große Ding“ zu interessieren. Das Kolloquium machte es möglich, eine Momentaufnahme dieses Veränderungsprozesses zu generieren.

Schweigen, Fragen, unerwünschtes Lob Ruud Koopmans über die Reaktionen auf seine Fundamentalismus-Studie

Fundamentalismus ist unter Europas Muslimen keine Seltenheit. Damit verbindet sich ein hoher Grad an Feindseligkeit gegenüber von ihren Standards abweichenden Gruppen – wie etwa Homosexuellen oder Juden. Mit diesen Ergebnissen einer repräsentativen Befragung von Einwanderern und Einheimischen in sechs europäischen Ländern trat WZB-Migrationsforscher Ruud Koopmans letzten Dezember an die Öffentlichkeit (vgl. die WZB-Mitteilungen vom Dezember 2013). Über Reaktionen und Nicht-Reaktionen sprach Gabriele Kammerer mit Ruud Koopmans. Zum Beispiel über jenen Kommentator der islamfeindlichen Website „Politically Incorrect“, der hämisch prophezeite, die Medien würden diese Zahlen sicher unterschlagen. Der Schreiber selbst werde sie aber im Geldbeutel mit sich tragen.

Herr Koopmans, Ihre Ergebnisse werden zur Munition.

Wir erleben das immer wieder, dass wir mit unserer Forschung im weiten Feld Integration nicht immer auf die Resonanz stoßen, die wir gerne hätten. Die Sachen werden oft vereinfacht dargestellt, in der Presse und noch viel mehr in der Blogosphäre, wo es meistens nicht so nuanciert zugeht. Wir bekommen Beifall von der falschen Seite, aber auch harte Kritik. Mal gelte ich dann als verkappter Rassist, mal als wissenschaftlicher Haudegen – etwa wenn die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt, ich hätte die „Fundamentalismuskeule“ geschwungen. Manchmal widersprechen wissenschaftliche Ergebnisse eben dem, was Leute gerne hören wollen. Da kann ich leider nichts dran ändern, das Einzige, was ich tun kann und manchmal auch tue, ist, gar nicht an die Presse zu gehen und zu sagen: Okay, dann lassen wir das mal nur in den wissenschaftlichen Zeitungen zirkulieren.

Welche Resonanz hätten Sie sich denn gewünscht?

Ich hätte schon erwartet, dass muslimische Organisationen reagieren, wenn solche Befunde veröffentlicht werden. Aber von der Seite ist es auffällig still geblieben. Es kam kein Widerspruch, keine Reaktion. Es kann doch kaum sein, dass sie das nicht wahrgenommen haben, die müssen einfach die Strategie gewählt haben: Lass uns mal nicht reagieren, das geht vorbei. Und auch die Resonanz in den deutschen Leitmedien war sehr gering, mit Ausnahme von der FAZ, die es sogar auf Seite 1 gebracht hat. Aber gerade dann dürfte man eine Menge anderer Anfragen erwarten, von Printmedien und auch von audiovisuellen Medien. Die gab es nicht – nur in anderen Ländern wie Österreich oder den Niederlanden.

Woher kommt dieses Schweigen Ihrer Meinung nach?

Also es liegt sicher nicht daran, dass Deutschland besonders „politisch korrekt“ wäre. In Deutschland wird über den Islam oft sogar kritischer als in anderen Ländern diskutiert, wie ich in einer letztes Jahr mit Sarah Carol veröffentlichten Analyse gezeigt habe. Wahrscheinlich passte es einfach jetzt gerade niemandem in Deutschland in den tagespolitischen Kram, das Thema aufzugreifen.

Oft hakte die inhaltliche Kritik bei Ihrer Definition von Fundamentalismus ein. Werden Ihre Kriterien dem Islam gerecht?

Wir haben tatsächlich für Christentum und Islam nach denselben Kriterien gefragt, etwa nach der Rolle der jeweils heiligen Schriften und der Gesetze. Wir berufen uns hier auf den Stand der Forschung, die Fundamentalismus nicht spezifisch für eine bestimmte Religion definiert. Es gibt in der Literatur bewährte Definitionen von Fundamentalismus, und es hat schon Studien gegeben, die das für verschiedene religiöse Gruppen untersucht haben, auch für Juden und Hindus. Ihr Ergebnis ist: Fundamentalismus lässt sich relativ konsistent über all diese Gruppen messen.

Aber haben nicht Schriften und Gesetze je nach Religion unterschiedliche Bedeutungen?

Es gab die Kritik, Muslime hätten auf meine Fragen gar nicht anders antworten können als mit „Ja“. Es gehöre doch nun mal zum Islam, dass man findet, dass es genau eine verbindliche Auslegung des Korans gibt und dass die Regeln des Korans wichtiger sind als die weltlichen Gesetze. Dem will ich Folgendes entgegensetzen: Leute, die meinen, dass man deshalb den Begriff „Fundamentalismus“ nicht kritisch auf den Islam anwenden könne, sagen doch eigentlich, dass der Islam inhärent fundamentalistisch ist. Da will ich dann schon auf die anderen verweisen: Es ist zwar eine Minderheit, aber immerhin meint ein Drittel der Muslime nicht, dass es nur eine Möglichkeit gibt, den Koran auszulegen. Es gibt auch viele Muslime, die nicht meinen, dass der Koran wichtiger ist als weltliche Gesetze. Sind das schlechte Muslime? Haben die den eigenen Glauben falsch verstanden? Wenn man sagt, es gibt nur eine Art, Muslim zu sein, dann geht man den Fundamentalisten auf den Leim. Das ist doch das, was Ajatollah Chamenei behauptet und was die Taliban behaupten, aber das ist nicht die Ansicht von vielen in Europa lebenden Muslimen.

Sie haben nach Einstellungen gefragt. Immer wieder wurde in der Presse gefragt: Was ist mit der Praxis?

Ja, es geht um Einstellungen, aber diese Einstellungen sind nicht unschuldig. Klar kann man sagen: Was soll's, dass jemand meint, dass es nur eine Interpretation der Bibel oder des Korans gibt, jeder soll auf seine Façon selig werden. Ich finde es aber schon alarmierend, wenn von den Leuten, die solche fundamentalistischen Einstellungen haben, eine große Mehrheit meint, dass man zum Beispiel Juden nicht trauen kann. Oder wenn ein großer Teil dieser Leute meint, dass eine Fremdgruppe darauf aus ist, sie zu zerstören. Das sind aggressive Feindbilder. Man sagt ja auch nicht: Ach, Antisemitismus ist kein Problem, solange Juden nicht ermordet werden. Es ist bereits ein Problem, wenn Leute diese Vorurteile haben.

Wir haben in unserer Untersuchung bewusst nicht nach Gewaltbereitschaft gefragt. Damit kann man Menschen provozieren, es kann zum Abbruch von Interviews führen, das wollten wir nicht. Es gibt andere Studien, die danach gefragt haben, und die zeigen, dass die Zahl der Leute, die bereit sind, ihren Glauben mit Gewalt zu verteidigen, zwar viel kleiner ist als die Zahl derer, die ein fundamentalistisches Glaubensverständnis haben. Allerdings sind es auch nicht ganz wenige, man kommt auf um die zehn Prozent. Das heißt, es gibt eine Linie von fundamentalistischen Einstellungen über feindliche Haltungen gegenüber Fremdgruppen zur Gewaltbereitschaft.

Und in dieser Linie einen Schritt zurück: Woher kommen diese Einstellungen?

Ich habe untersucht, ob in Ländern, wo die Rechtslage für Muslime besser ist, der Fundamentalismus geringer ausgeprägt ist. Das könnte man erwarten aufgrund

einer wichtigen Theorieströmung in der Literatur zur Migration: Die Idee der *reactive ethnicity* besagt, dass Leute ihre eigene ethnische oder religiöse Identität stärker betonen oder sich in die eigene Gruppe zurückziehen, wenn die Mehrheitsgesellschaft ihnen weniger freundlich gegenübersteht. Deutschland ist von den sechs Ländern, die wir untersucht haben, das Land, in dem das Ausmaß der Rechte für Muslime am stärksten begrenzt ist. Deutschland hat die Institution einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, die christlichen Kirchen, ihre Stiftungen und Wohlfahrtsverbände spielen eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben. Muslime in Deutschland haben zu Recht das Gefühl, dass sie ungleich behandelt werden. Nun könnte man erwarten, dass das den Fundamentalismus fördern würde. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade in Deutschland ist der Fundamentalismus unter Muslimen relativ schwach. Im Durchschnitt der sechs Länder waren es 44 Prozent, in Deutschland nur 30 Prozent. Die zweite mögliche Erklärung ist der sozioökonomische Status. Hier stellen wir fest, dass Benachteiligung zwar Fundamentalismus verstärken kann, dass das aber für Christen wie für Muslime gleichermaßen gilt. Soziale oder ökonomische Charakteristika erklären zwar, warum manche Muslime oder manche Christen stärker fundamentalistisch oder fremdenfeindlich sind als andere, den Unterschied zwischen den religiösen Gruppen erklären sie aber nicht.



Ruud Koopmans ist Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung, Gastprofessor für Politische Wissenschaften an der Universität Amsterdam und Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.
(Foto: privat)

ruud.koopmans@wzb.eu

Lauter verworfene Erklärungen. Haben Sie eine positive Hypothese?

Interessant ist, dass das Niveau von Fremdgruppenfeindlichkeit, das wir unter Migranten in europäischen Ländern gefunden haben, dem Niveau im jeweiligen Herkunftsland sehr ähnlich ist. Wenn wir zum Beispiel den Antisemitismus unter in Deutschland lebenden Türken vergleichen mit dem bei Türken in der Türkei, dann kommen wir auf sehr ähnliche Ergebnisse. Also ist das eher etwas, was aus den Herkunftsländern tradiert ist, als dass diese Haltungen in der Einwanderungsgesellschaft produziert werden. Die Migranten werden nicht zu Fundamentalisten, weil sie hier so schlecht behandelt werden, nein, sie kommen aus Ländern, in denen Fundamentalismus und Fremdgruppenfeindlichkeit stark ausgeprägt sind. Dabei spielt übrigens nicht nur die Religion, sondern auch der Nationalismus eine wichtige Rolle, gerade bei den Türken. Türkische Studien zeigen, dass Minderheiten im eigenen Land wie Kurden und Aleviten zum Teil noch stärker abgelehnt werden als Juden und Christen.

Da lehnen Sie sich weit aus dem Fenster.

Das kann sein. Ich will aber eines klarstellen, wenn ich von Importen aus den Herkunftsländern spreche: Ich sage nicht, dass Fundamentalismus untrennbar zum Islam gehört. Deshalb rege ich mich so auf über kulturellrelativistische Kritiker, die sagen, man könne auf den Islam nicht die gleichen Kriterien anwenden wie auf das Christentum, weil Muslime doch nichts anderes antworten könnten, als dass es nur eine Interpretation des Islams gibt und dass die religiösen Vorschriften wichtiger sind als weltliche Gesetze. Ich bin überzeugt, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt, den Islam oder den Koran zu interpretieren. Und zwar nicht deshalb, weil ich ein Schriftgelehrter wäre, sondern weil ich die Antworten derjenigen Muslime in unserer Umfrage ernst nehme, die ein solches pluralistisches Verständnis des Islams unterschreiben.

Literatur:

Im März 2014 erscheint der Text „*Religious Fundamentalism and Out-Group Hostility among Muslims and Christians in Western Europe*“ als WZB-Discussion Paper SP VI 2014-101.

Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Neue Investmentfonds und ihr Einfluss auf Arbeitsbeziehungen **Howard Gospel, Andrew Pendleton,**

Sigurt Vitols Die Autoren haben Hedge Fonds, Private Equity Fonds und Staatsfonds verglichen und ihren Einfluss auf Unternehmen und Arbeitsbeziehungen in den USA, Australien, Japan und fünf europäischen Ländern untersucht. In mehreren Fallstudien beschreiben sie, welche Bedeutung die Fonds für die jeweiligen Länder haben und wie sie reguliert werden. Eingebettet ist die Untersuchung in eine generelle Analyse von *corporate financing*. Nationale Regelungen haben einen signifikanten Einfluss auf die Entwicklung von Fondstätigkeiten und deren Auswirkungen. *Howard Gospel/Andrew Pendleton/Sigurt Vitols: Financialization, New Investment Funds, and Labour. An International Comparison. Oxford University Press: New York 2014.*

Einwanderung und Sozialstaat **David Brady, Ryan Finnigan**

Lange Zeit gingen Forscher davon aus, dass Zuwanderung die Zustimmung zum Sozialstaat schmälert. Einheimischen mangle es an Solidarität mit Zuwanderern, denen sie Sozialleistungen eher vorenthalten wollten. Diese These haben David Brady und Ryan Finnigan geprüft. Sie untersuchten mit den Daten des International Social Survey Program (ISSP) von 1996 bis 2006, welche Haltungen es in 17 Demokratien – darunter westeuropäische Staaten, die USA, Kanada und Australien – zu Leistungen des Rentensystems und der Arbeitslosenunterstützung gibt. Auch wenn eine kritische Haltung der Einheimischen in Bezug auf Sozialleistungen für Zuwanderer zu finden ist, ist die wichtigste Erkenntnis der Studie: Zuwanderung untergräbt die öffentliche Befürwortung des Sozialstaats nicht grundsätzlich. Bei starker Zuwanderung ist sogar eine positivere Haltung zum Sozialstaat zu beobachten. Die Unterstützung der Sozialpolitik hängt also nicht erster Linie von Maß und Art der Einwanderung in ein Land ab. *David Brady/Ryan Finnigan: „Does Immigration Undermine Public Support for Social Policy?“. In: American Sociological Review, 2014, Vol. 79, No. 1, pp. 17–42.*

Zwischen Abschottung und Offenheit **Céline Teney,**

Onawa Promise Lacewell, Pieter de Wilde Lange ließen sich grundlegende gesellschaftliche Konfliktlinien anhand von Kategorien wie Klasse oder Konfession erklären. In der globalisierten Welt bilden sich neuartige Trennlinien (cleavages) heraus, die sich an den gegensätzlichen normativen Ordnungen „Kosmopolitismus“ und „Kommunitarismus“ festmachen lassen. Kosmopolitismus steht für tendenziell offene und integrative Einstellungen, die sich auf universelle Werte beziehen und deren Bezugsrahmen nicht mehr der Nationalstaat ist. Kommunitaristische Einstellungen sind tendenziell ausgrenzend und eher auf den Nationalstaat ausgerichtet. WZB-Forscher zeigen, gestützt auf Eurobarometer-Daten, eine klare Unterscheidung zwischen Globalisierungsgewinnern und -Verlierern. Wer sich als Gewinner fühlt, neigt zu kosmopolitischen Einstellungen, während jene, die sich als Verlierer empfinden, eher kommunitaristisch denken. *Céline Teney/Onawa Promise Lacewell/Pieter de Wilde: „Winners and Losers of Globalization in Europe: Attitudes and Ideologies“. In: „European Political Science Review“, 2013, advance access, 26.11.2013, online: <http://dx.doi.org/10.1017/S1755773913000246>.*

Verfassungsgerichte als politische Akteure **Michael Wrase,** **Christian Boulanger**

Verfassungsgerichte agieren an der Schnittstelle zum politischen System, das sie durch ihre Entscheidungen mitgestalten. Sie betreiben eine „Politik des Verfassungsrechts“. In diesem Zusammenhang hat die politikwissenschaftliche Verfassungsgerichtsforschung in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebt. Die Verfassungsgerichte werden als Akteure untersucht, die an das Recht gebunden sind, aber auch politische Rechtsprechung betreiben. Forschungsthemen sind die internen Entscheidungsprozesse, die demokratiefunktionalen Wirkungen der Verfassungsgerichtsbarkeit, ihre Governance-Funktion im föderal-politischen System und die Bedeutung von verfassungsgerichtlicher Autorität und Deutungsmacht. Der Band entwickelt interdisziplinäre Ansätze für weitere Forschungsprogramme. Erstmals werden neben Deutschland auch die Verfassungsgerichte in Österreich, der Schweiz und Ungarn in den Blick genommen. *Michael Wrase/Christian Boulanger: Die Politik des Verfassungsrechts. Interdisziplinäre und vergleichende Perspektiven auf die Rolle und Funktion von Verfassungsgerichten. Baden-Baden: Nomos Verlag 2013.*

Engagiert für Entwicklungsaufgaben Claudia Schmeißer, Eckhard Priller et al.

Das Discussion Paper der Forschungsgruppe Zivilengagement nimmt einen bisher vernachlässigten Aspekt der Zivilengagementforschung in den Blick: Es untersucht gemeinnützige Organisationen in Deutschland, die entwicklungspolitisch aktiv sind. Die Auswertung einer Organisationsbefragung zeigt, dass diese zwar international ausgerichtet, aber nicht nur im Ausland tätig sind. Die Organisationen, die diesen Bereich prägen, sind oft klein, was die Zahl der Mitglieder, Engagierten und Beschäftigten wie auch das Finanzvolumen betrifft. Etwa 12.000 Organisationen beschäftigen sich im engeren Sinn mit entwicklungspolitischen Zielen. Zivilgesellschaftliches Engagement hat für sie einen hohen Stellenwert. Engagierte zu finden oder ehrenamtliche Funktionen zu besetzen, ist für sie leichter als für Organisationen, die sich anderen gesellschaftlichen Fragen widmen. Auch sind sie weniger als diese von öffentlichen Geldern abhängig, da sie sich in starkem Maße über Spenden finanzieren. *Claudia Schmeißer/Eckhard Priller/Franziska Paul/Clemens J. Poldrack: Entwicklungspolitisches Engagement: Perspektiven gemeinnütziger Organisationen. WZB-Discussion Paper SP V 2013–304. Berlin: WZB 2013.*



Viele entwicklungspolitische Organisationen widmen sich der Förderung des Brunnenbaus oder der Schulbildung in Afrika oder Lateinamerika. Das Bild zeigt einen neuen Brunnen in Battor Korpe (Ghana), der von einer Hilfsorganisation gefördert wurde. [Foto: dpa/picture alliance]

Fairtrade für ein besseres Image Jana Friedrichsen, Dirk Engelmann

Fairtrade ist längst kein Nischenphänomen mehr. Immer mehr Verbraucher entscheiden sich für sozial verantwortlich hergestellte Produkte. Welche Motive hinter diesem Kaufverhalten stecken, haben die Ökonomen Jana Friedrichsen und Dirk Engelmann mithilfe eines Laborexperiments untersucht. Sie stellten ihre Probanden vor die Wahl, fair gehandelte oder konventionelle Schokolade zu kaufen. Dabei beobachteten sie einen interessanten Zusammenhang: Wem nachhaltige Produktion kein wichtiges Anliegen ist, zahlte dennoch deutlich mehr für Fairtrade-Produkte, wenn damit die Aussicht auf Verbesserung des eigenen Images verbunden war. Teilnehmer, für die Nachhaltigkeit an sich einen Wert darstellt, blieben von dieser Aussicht unberührt. Inwieweit und unter welchen Bedingungen auch intrinsisch motivierte Käufer Wert auf ihr soziales Image legen, müssen weitere Forschungen zeigen. *Jana Friedrichsen/Dirk Engelmann: Who Cares for Social Image? Interactions between Intrinsic Motivation and Social Image Concerns. CESifo Working Paper No. 451. München: 2013.*

Weitere Publikationen unter: wzb.eu/vorgestellt/pdf



Nachlese Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Paul Stoop

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Die Vorzüge des Notebooks

The Conversation ist eine international ausstrahlende elektronische Diskussionsplattform, die politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und künstlerische Themen aus wissenschaftlicher Perspektive beleuchtet. Das Motto des Pilotprojekts lautet „Academic rigor, journalistic flair“. Inzwischen werden monatlich 1,5 Millionen Leser gezählt; rund 5.000 Wissenschaftler sind Autoren. WZB-Forschungsprofessor **John Keane**, der an der Universität Sydney lehrt und dort das Sydney Democracy Network aufgebaut hat, ist regelmäßiger Kolumnist. In seiner Rubrik „Democracy field notes“ trägt er zur Diskussion über aktuelle Fragen der Demokratie-Entwicklung bei – eine Art kontinuierliche Fortschreibung seiner großen Studie *The Life and Death of Democracy*, die 2009 erschien. „Fresh democratic thinking requires different methods of saying things, of exposing silences and taken-for-granted presumptions. The academic article and the book are poorly suited to the task. Notebooks are a better medium for doing these things: they’re a democratic form of writing“, schreibt Keane. Einen Anspruch auf eine umfassende Gesamtanalyse oder letzte Wahrheiten erhebt er nicht: „(The field notes are) made up of broken and interrupted fragments, they grip the ground but don’t suppose they own it.“ (theconversation.com/uk, 21. Januar 2014)

Alumni

Seit seiner Gründung vor 45 Jahren haben fast 2.000 Menschen am WZB gearbeitet. Die Alumni können dem WZB Ratgeber, Mentorinnen, Projektpartner, Multiplikatorinnen, politische Verbündete, ehrenamtliche und finanzielle Unterstützer sein. Das Netzwerk der ehemaligen WZBler hat sich nach einem ersten Treffen im Herbst 2013 gefestigt und wird nun sichtbar: Die WZB-Website bietet den Alumni und der Öffentlichkeit Informationen über die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Einzelne Alumni werden im Porträt vorgestellt, die gesamte Na-

mensliste zeigt die Breite der Beteiligung an diesem Netzwerk, und viele der Alumni-Namen sind mit deren aktuellen Websites verlinkt (wzb.eu/de/ueber-das-wzb/alumni). Die beiden früheren WZB-Forscher **Knuth Dohse** und **Bernhard Glaeser**, beide in Berlin, sind Sprecher des Netzwerks.

Echo

Nicht nur Ruud Koopmans’ Artikel im Dezemberheft 2013 der WZB-Mitteilungen wurde viel Aufmerksamkeit zuteil (s. das Interview mit dem Forscher, S. 53–55). Auch **Sarah Carol** weckte das Interesse der Leserschaft an ihrer Dissertation, aus der sie einzelne Aspekte beleuchtete („Heiraten als Maß sozialer Integration“). Die türkische Zeitschrift *Zaman* („Zeit“) befragte die Wissenschaftlerin über deutsch-türkische Eheschließungen. Deren Zahl ist nach wie vor relativ niedrig. Sie steigt jedoch – zumindest was türkischstämmige Männer betrifft – von einer Generation zur nächsten an. Vergleiche mit anderen Gruppen, etwa marokkanischen Einwanderern, deuten auf den Einfluss des spezifischen Kontextes hin. Denn dass marokkanische Männer sehr viel häufiger interethnisch heiraten, hat nicht zuletzt mit der Größe dieser Gruppe zu tun. „Marokkanische Migranten machen (...) in Deutschland einen relativ niedrigen Anteil an der Bevölkerung aus. Dadurch sind ihre ethnischen Netzwerke insgesamt weniger dicht und die Möglichkeiten, einen Partner mit demselben ethnischen Hintergrund zu finden, deutlich eingeschränkter als bei türkischen Migranten. Demzufolge müssen sie ihren Heiratsmarkt weiter ausdehnen“, sagt Carol in der deutschen Fassung des Interviews im *Deutsch-Türkischen Journal* (7. Februar 2014).

Internet-Forschung

Unter der Leitung von **Jeanette Hofmann** hat im Herbst 2013 eine neue Projektgruppe am WZB ihre Arbeit aufgenommen. In der Sendung *Aus Kultur- und Sozialwissenschaften* stellte der *Deutschlandfunk* die Gruppe „Politikfeld Internet“ und ihre Forschungsthemen ausführlich vor (30. Januar 2014). Schon vor 20 Jahren hatte Hofmann begonnen, sich wissenschaftlich mit dem Internet zu beschäftigen: „Als wir hier angefangen haben, war das Internet noch schwarz-weiß“, erinnert sie sich. „Man musste seine Textverarbeitung schließen und dann seine E-Mail-Software starten, es ging nicht gleichzeitig.“ Hofmann

wird gemeinsam mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern **Julia Krüger** und **Maximilian Hösl** unter anderem der Frage nachgehen, welche Themen langfristig das Politikfeld Internet bestimmen werden. Antworten wollen sie im Netz selbst finden, das mit Hilfe von Computer-Linguisten ausgewertet werden soll. Diese durchforsten die riesigen Textmengen nach Schlüsselbegriffen. Die Gruppe erwarte, dass der Schutz der Privatsphäre weit oben auf der Agenda stehen wird, sagt Hofmann: „Ich denke, dass durch die Snowden-Debatte eben gerade jetzt die Leute erkennen, dass das ein relevantes Gut ist. (...) Es ist mit einer Person verknüpft worden, und gerade dadurch kommt es nahe an die Individuen heran. So machen sie sich vermehrt Gedanken über ihre Privatsphäre. Wie kann ich wieder Souveränität über meine Daten, die ich produziere, erlangen?“ Wer sich kontinuierlich über die Themen der Gruppe informieren will, sollte deren neu eingerichteten Blog verfolgen: poli.blog.wzb.eu/.

Vorlese

Das Juni-Heft der WZB-Mitteilungen ist dem Schwerpunktthema China gewidmet. Behandelt werden unter anderem Aspekte des politischen Systems und der Entwicklung der China-Forschung in den letzten Jahrzehnten, zudem werden Fragen zur Nachhaltigkeit und zu China in den internationalen Beziehungen gestellt.

Thanksgiving alternativ

Dem Thanksgiving-Feiertag geht in den USA traditionell ein großes Schlachtfest voraus. Die gebratene Pute ist zentraler Bestandteil der Familien-Völlerei. Das WZB begibt den Tag am letzten Donnerstag im November 2013 fleischlos. Zur Diskussion „Animals as food?“ kam neben Bernd Ladwig (Freie Universität Berlin) und Gerhard Manteuffel (Leibniz-Institut für Nutztierbiologie, Rostock) die Aktivistin **Melanie Joy**, die auch an der University of Massachusetts in Boston Soziologie unterrichtet. Die Autorin des Buchs „Warum wir Hunde lieben, Schweine essen und Kühe anziehen“ (2013) entflohen dem tierischen Feiertag gern nach Berlin und hielt ein flammendes Plädoyer für eine vegane Lebensweise und gegen die herrschende Fleischkultur, die sie als *Karnismus* bezeichnet. Die Debatte bleibt auf der WZB-Website zugänglich:



Wenn Sie den Code scannen, kommen Sie direkt zum Video der Veranstaltung.

Appell

Wissenschaftlichkeit und Engagement sind für **Ilyas Saliba** keine unvereinbaren Gegensätze. Als Sohn eines Syrers hat Saliba familiäre Kontakte nach Syrien und beobachtet mit Sorge die Entwicklung des Landes. Auch das Gefühl der Ohnmacht angesichts der Eskalation kennt er aus eigener Erfahrung. Doch „Wegschauen macht mitschuldig“, schrieb der Mitarbeiter der WZB-Abteilung Demokratie und Demokratisierung in einem Gastbeitrag kurz vor Beginn der am Ende gescheiterten Syrien-Konferenz in Genf für das Analyseportal *Alsharq*, eine unab-

hängige Plattform junger Wissenschaftler und Journalisten mit Expertise und Erfahrung rund um den Nahen Osten (13. Januar 2014). „Die Bundesregierung kann hier als Mittler zwischen Russland, China und den anderen Vetomächten des UN-Sicherheitsrats eine entscheidende Rolle einnehmen.“ Die guten Beziehungen Deutschlands zu mehreren der Konfliktparteien und der internationalen Staatengemeinschaft seien Chance und Verpflichtung zugleich. Salibas Appell wurde von anderen Medien übernommen, unter anderem in einer gekürzten Fassung von *Zeit-online* (16. Januar 2014).

Journalisten zu Gast

Auch 2014 werden wieder Journalistinnen und ein Journalist für jeweils sechs bis acht Wochen am WZB zu Gast sein. Für das Journalist-in-Residence-Programm hat sich eine Rekordzahl fest angestellter Redakteure und freier Journalisten beworben, aus Europa, Asien, Afrika, Nord- und Südamerika. Den Auftakt macht im März die in Krakau lebende freie Journalistin **Ewa Losinska**, die sich mit dem Verhältnis von supranationalem zu nationalem Recht befasst, speziell mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Im weiteren Verlauf des Jahres vertieft sich die freie Journalistin **Eva Berendsen** in die Frage, wie eine zunehmend wahrnehmbare Tendenz zur Unentschiedenheit unter den 20- bis 40-jährigen zu erklären ist („Gibt es eine Generation der Jeinsager?“). **Justus von Daniels**, regelmäßiger Autor der *Zeit*, wird sich mit Demokratiekrisen in Europa beschäftigen, ausgehend von der Frage: Soll die EU ihre Mitgliedsländer zur Demokratie zwingen? **Lotta Wieden**, Redakteurin des Deutschlandradio Kultur, nutzt das Fellowship, um sich in aktuelle Bildungsthemen wie Inklusion, Schulabbruch und Diversität einzuarbeiten.

Veranstaltungen

24. und 25. April 2014

Aktuelle Entwicklungen in der Familiensoziologie: Theorien, Methoden, Befunde **Tagung**

Das WZB und die Sektion Familiensoziologie veranstalten eine thematisch und methodisch offene Tagung, auf der theoretische als auch empirische Forschungsarbeiten präsentiert werden. Die Tagung ist interdisziplinär ausgerichtet; die Tagungsvorträge sind im Schnittfeld zwischen der Familiensoziologie und benachbarten Disziplinen angesiedelt. Auf der Tagung wird Professor Johannes Huinink eine Keynote Lecture zum Stand der Familiensoziologie in Deutschland halten. **Veranstalter:** WZB und Sektion Familiensoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS); **Informationen bei:** Anette Fasang, E-Mail: anette.fasang@wzb.eu und Matthias Pollmann-Schult, E-Mail: matthias.pollmann-schult@wzb.eu



Familienvielfalt. Familie ist nicht mehr ausschließlich Papa, Mama, Kind. Teilnehmerinnen der Christopher-Street-Day-Parade in München im Juli 2013 bieten eine alternative Definition an.

[Foto: Robert Haas/SZ]

15. und 16. Mai 2014

Mapping Policy Preferences from Texts **Konferenz**

On the occasion of the publication of our new book "Mapping Policy Preferences from Texts III. Statistical Solutions for Manifesto Analysts" (Andrea Volkens et al. (Eds.), Oxford University Press 2013) the project "Manifesto Research on Political Representation" (MARPOR), the follow-up project of Comparative Manifestos Project (CMP), holds a conference. This project compiles and distributes (<https://manifesto-project.wzb.eu>) the only comprehensive set of parties' policy indicators across 55 countries and seven decades for social, economic and political research. Leading researchers from different projects and approaches will present papers on the states of the art in measuring parties' policy preferences based on classical and automated content analyses of party programs and discuss future methodological developments with a focus on data reliability and validity of party policy estimates in general and concepts and functions of the left-right scale in particular. **Veranstalter:** Dr. Andrea Volkens, MARPOR Direktor; **Informationen bei** Andrea Volkens, E-mail: andrea.volkens@wzb.eu

19. und 20. Mai 2014

Methodological Innovations in Inequality and Social Policy Research **Konferenz**

Der Schwerpunkt dieser Konferenz liegt auf methodologischen Ansätzen und ihrem Potential für die Erforschung von Ungleichheit und Sozialpolitik. Diverse Gastreferenten und -referentinnen werden den Stand ihrer Forschung zu den Themen Ungleichheit und Sozialpolitik präsentieren – inklusive Forschungsmethoden, Messungen und methodologischen Strategien, von denen einige als Pioniertechniken gelten können und denen eine Vorreiterrolle zugeschrieben wird. Die Präsentationen sollen die Brauchbarkeit der Methoden für die Beantwortung substanzieller Fragen aufzeigen; aber auch die potentielle Anwendbarkeit dieser Methoden auf andere Forschungsgebiete soll in den Vorträgen diskutiert werden. Dargestellt werden sowohl quantitative als auch qualitative Ansätze. **Veranstalter:** Professor David Brady, Abteilung Ungleichheit und Sozialpolitik; **Informationen bei** Stefanie Roth, E-Mail: stefanie.roth@wzb.eu

22. und 23. Mai 2014

Barriers to Development: The Interplay between External Constraints and Individual Preferences

Konferenz Die internationale Konferenz hat das Ziel, Experten aus entwicklungs- und verhaltensökonomischer Forschung zusammenzubringen. Der besondere Schwerpunkt liegt auf der Untersuchung des Zusammenspiels von externen Entwicklungsbarrieren und individuellen Präferenzen: Können Präferenzprofile mit dem konkreten Umfeld begründet werden? Was impliziert dies dann für Interventionen, die zum Ziel haben, Entwicklungsbarrieren zu beseitigen (wie Training von lokalen Ärzten, Ausbau von Schulen oder Einführung von Mikroversicherungen)? Welche Rolle spielen individuelle Präferenzen für die Wirksamkeit solcher Interventionen? Und inwieweit können sich individuelle Präferenzen aufgrund der Interventionen verändern? Was sind dann die Implikationen für die Art und Form effektiver Interventionen? Diese und ähnliche Fragen werden während des Workshops diskutiert und mit Studien untermauert. Dabei sollen insbesondere Synergien zwischen der Entwicklungs- und der Verhaltensökonomik herausgearbeitet werden. **Veranstalter:** Ferdinand Vieider Ph.D., WZB-Nachwuchsgruppe Risiko und Entwicklung; **Informationen bei** Caroline Heuer, E-Mail: caroline.heuer@wzb.eu

23. Mai 2014

Chinas Great Convergence and Beyond WZB Distinguished Lecture in the Social Sciences

von Fabrizio Zilibotti, University of Zurich. What are the factors driving China's development process? A recent wave of economic research has studied the transformation of China from a poor country in the 1970s to a middle-income economy today. Fabrizio Zilibotti provides a historical account of China's rise, fall, and resurgence. He discusses the stylized facts associated with China's growth process and reviews a comprehensive theory of its economic transition, and he reviews some recent studies about technological and politico-economic factors that may foster or hinder its future economic performance. Fabrizio Zilibotti is Scientific Director and Deputy Director of the UBS International Center of Economics in Society and currently holds the Chair of Macroeconomics and Political Economy of the Department of Economics at the University of Zurich. **Veranstalter:** Professor Steffen Huck, Abteilung Ökonomik des Wandels; **Informationen bei** Gebhard Glock, E-Mail: gebhard.glock@wzb.eu

30. und 31. Mai 2014

The Concept of the World Economy: Intellectual Histories **Konferenz**

In the early 21st century, few would question the existence of a single world economy. Yet this apparently self-evident concept has a history. This conference brings together scholars whose ongoing work contributes to a history of the idea of the single world economy and the processes by which it was made natural in science, policy and popular discourse. The time frame under study will extend from the second half of the nineteenth century when the idea was first discussed formally to the 1970s, a decade in which the idea of the one world economy assumed hegemonic status. A key note lecture will be given by Patricia Clavin (Oxford), author of „Securing the World Economy. The Reinvention of the League of Nations, 1920–1946“ (Oxford University Press). Die Veranstaltung wird von der VolkswagenStiftung finanziert. **Veranstalter:** Dr. Dieter Plehwe (WZB) in Kooperation mit Professor Quinn Slobodian, Fellow der Volkswagen Stiftung und der Andrew W. Mellon Foundation am Dahlem Humanities Center, Freie Universität Berlin und Assistant Professor of modern European history am Wellesley College; **Informationen bei** Dieter Plehwe, E-Mail: dieter.plehwe@wzb.eu und Quinn Slobodian, E-Mail: qslobodian@wellesley.edu

5. und 6. Juni 2014

Die Bundestagswahl 2013

Konferenz Um Analysen zur Bundestagswahl 2013 geht es auf der gemeinsamen Tagung der Arbeitskreise „Politik und Kommunikation“ und „Wahlen und politische Einstellungen“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW). In zahlreichen Vorträgen und Postersessions werden Ergebnisse zum Wahlverhalten, zur politischen Kommunikation und zu den politischen Konsequenzen der Bundestagswahl vorgestellt. Generell wird es um Diagnosen gehen, die die Bundestagswahl im Spannungsfeld zwischen Kontinuität und Wandel diskutieren. Die Beiträge werden Wahlkampf und Wahlentscheidung ebenso behandeln wie die Diskussionsprozesse nach der Wahl. **Veranstalter:** Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und Professor Bernhard Weßels (WZB); **Informationen bei** Bernhard Weßels, E-mail: bernhard.wessels@wzb.eu



Vorwahlarbeit. Im Dresdner Rathaus bestücken Auszubildende Anfang September 2013 die Kartons mit den Unterlagen für die Wahllokale und für die Briefwahl. [Foto: Arno Burgi/dpa]

Personen

Gastwissenschaftler

Professor **Jeffrey T. Checkel**, Simon Fraser University, Vancouver (Kanada), ist im März und April 2014 Gast der Abteilung Global Governance. Er forscht unter anderem zum Thema „Socialization and Organized Political Violence: From Interstate to Civil War and Beyond“ und wird mit dem von der Leibniz-Gemeinschaft geförderten Projekt „Contested World Orders“ zusammenarbeiten.

Erika van Elsas, Doktorandin am Duitsland Instituut der Universität Amsterdam, ist von März bis Mai 2014 Gast der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Während ihres Aufenthalts am WZB wird sie an dem Teil ihrer Dissertation arbeiten, der sich mit dem linken wie dem rechten Euroskeptizismus in der öffentlichen Debatte beschäftigt. Sie studierte Politikwissenschaft an der Universität Amsterdam und erhielt dort ihren Master in Sozialwissenschaften sowie den Master in Lateinamerika-Studien an der Universität Utrecht.

Jennifer Elsner, wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Etappe 6 „Übergänge in die berufliche Ausbildung und in den Arbeitsmarkt“ der Projektgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen an der Fakultät 1 der Universität Siegen, arbeitet seit Januar 2014 als Gastwissenschaftlerin in der Projektgruppe am WZB.

Dr. **Sybille Frank**, Juniorprofessorin für Stadt- und Regionalsoziologie am Institut für

Soziologie der Technischen Universität Berlin, ist von April bis September 2014 Gastwissenschaftlerin der Projektgruppe der Präsidentin und der Abteilung Kulturelle Quellen von Neuheit. Sie wurde an der Technischen Universität Darmstadt promoviert. Während ihres Aufenthalts am WZB wird sie an dem Buchmanuskript „Wall Memorials and Heritage: The Heritage Industry of Berlin's Checkpoint Charlie“ und an der Zusammenführung der Forschungsergebnisse des DFG-Projekts „Die Inszenierung des Ganzen. Stadtmarketing und die Eigenlogik der Städte“ arbeiten.

Professor **Edgar Grande**, Ludwig-Maximilians-Universität München, ist von April bis Juli 2014 Gast der Abteilung Global Governance. In seiner aktuellen Forschung beschäftigt er sich unter anderem mit den Themen „Governing Global Risks“ und „Die Politisierung Europas“.

Professor **Louis W. Pauly**, University of Toronto, Department of Political Science, Kanada, verbringt von März bis Mai 2014 seinen zweiten Aufenthalt am WZB im Rahmen der Karl W. Deutsch-Gastprofessur in der Abteilung Global Governance. Dabei arbeitet er insbesondere an einem Projekt zu „Governing Global Risks“ (unter anderem zusammen mit Edgar Grande und Michael Zürn).

Dr. **Theresa Reinold** ist von Juni bis Ende September 2014 A.SK-Fellow am WZB und Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Global Governance. Zuvor war sie seit September 2013 Fellow der Hauser Global Law School der New York University. Thema ihrer Dissertation war „Constructing Sovereignty as Responsibility: On the Power of Norms and the Norms of the Powerful“. Während ihres Aufenthalts am WZB wird sie sich mit dem Thema „The Rule of Law in African Regionalism“ beschäf-

tigen. Theresa Reinold war bereits von August 2011 bis August 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am WZB.

Professor **Fabiano Santos**, State University of Rio de Janeiro, Brasilien, ist im Mai 2014 Gast der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am WZB. Während seines Aufenthalts wird er unter anderem am Thema „Democratization and Redistribution in Latin America“ forschen.

Carmen Wunderlich, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt a. M., ist von Mai bis Juni 2014 Gast der Abteilung Global Governance. Sie arbeitet im Kontext des von der Leibniz-Gemeinschaft finanzierten Projekts „Contested World Orders“ und promoviert zum Thema „Schurkenstaaten“ als Normunternehmer“.

Berufungen

Ryan Finnigan, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Ungleichheit und Sozialpolitik, wird ab Herbst 2014 als Assistant Professor für Soziologie an der University of California in Davis arbeiten. Gleichzei-



Ryan Finnigan

tig wird er dort am Institut für Armutsforschung der Universität seine Forschungen zu Armut und Ungleichheit fortsetzen. Er untersucht unter anderem, wie Institutionen Armut beeinflussen. So hat er gemeinsam mit David Brady in einem Artikel für das Journal American Sociological Review den Zusammenhang zwischen

gewerkschaftlicher Arbeit und der Situation der *working poor* untersucht.

Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) hat Dr. **Roland Habich**, Leiter des Zentralen Datenmanagements, als Beiratsmitglied des Forschungsvorhabens „Panelstudie Schülerunfälle“ berufen.

Professor **Ruud Koopmans**, Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung, hat seit dem 1. November 2013 eine S-Professur für das Fachgebiet „Soziologie und Migrationsforschung“ der Philosophischen Fakultät III der Humboldt-Universität zu Berlin inne.

Morimitsu Kurino Ph.D., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Verhalten auf Märkten, hat seit dem 1. März 2014 einen Assistant Professorship (mit tenure track) am Department for Social Systems and Management der University of Tsukuba, Japan inne.

Dr. **Bram Lancee**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung, ist seit dem 1. Februar 2014 Assistenzprofessor in Soziologie an der Universität Utrecht (Niederlande). Außerdem erhält er aus dem VENI-Programm der niederländischen Forschungsorganisation NWO Mittel für seine Arbeit über ethnisch bedingte Ungleichheit am Arbeitsmarkt. Die mit 250.000 Euro dotierte VENI-Förderung erhalten ausgewählte Wissenschaftler für die Arbeit an einem innovativen Projekt mit Relevanz für die Praxis.

Joscha Legewie Ph.D., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Ungleichheit und Sozialpolitik, wird ab Herbst 2014 als Assistant Professor für Soziologie und Bildungsforschung an der New York University lehren. In seiner Forschung untersucht er unter anderem die Auswirkung

gen des Schulkontextes auf Bildungserfolge von Mädchen und Jungen sowie den Effekt von Terroranschlägen auf Einstellungen zu Immigranten.

Professorin **Thamy Pogrebinschi**, State University of Rio de Janeiro und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung, hat die „Alfred-Grosser-Gastprofessur für Bürgergesellschaftsforschung“ der Goethe-Universität Frankfurt a. M. erhalten. Thamy Pogrebinschi wird an der Frankfurter Universität ein Blockseminar zum Thema „Participatory Democracy and Civic Engagement in Latin America“ abhalten.

Dr. **Reinhard Pollak** ist seit dem 1. Januar 2014 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildungssoziologie an der Freien Universität Berlin. Schwerpunkte seiner Forschung sind soziale Mobilität, Bildungs- und Geschlechterungleichheiten und soziale Klassen. Seit 2012 leitet er am WZB die Projektgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen. Die Projektgruppe untersucht Themen wie berufliche Bildung und Erwachsenenbildung.

Promotionen

Janine Bernhardt, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Projektgruppe der Präsidentin, hat mit ihrer Disputation im Dezember 2013 ihre Promotion zum Thema „Ready for Flexicurity? How Institutions Shape Attitudes towards Job Flexibility and Subjective Job Security“ an der Universität Trier erfolgreich abgeschlossen.

Martin Ehlert, M. A. Sozialwissenschaften, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt hat im Dezember seine Promotion an der Freien Universität Berlin mit summa cum laude

abgeschlossen. Das Thema seiner Dissertation lautet: „Economic Insecurity Due to Job Loss in the United States and Germany. How the Market, the Family, and the State Influence the Impact of Displacements and Unemployment on Economic Well-Being“. Die Arbeit beschäftigt sich mit Einkommensverläufen nach Arbeitsplatzverlusten in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Kern der Analyse ist die Abfederung von Einkommensverlusten durch Wohlfahrtsstaat, Familie und Arbeitsmarkt.

David N. Danz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Verhalten auf Märkten, hat im Dezember 2013 erfolgreich seine Dissertation an der Technischen Universität Berlin verteidigt. Der Titel seiner Arbeit lautet „Three Essays on Irrational Beliefs“.

Sebastian Kodritsch, seit September 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Verhalten auf Märkten, hat im November 2013 seine Dissertation mit dem Titel „Essays on Bargaining Theory and Welfare when Preferences are Time-Inconsistent“ an der London School of Economics and Political Science erfolgreich verteidigt.

Ehrungen / Preise

Professorin **Jutta Allmendinger**, Präsidentin des WZB, erhält die Ehrendoktorwürde der Universität Tampere (Finnland). Damit würdigt die Universität ihre Verdienste um die Sozialwissenschaften. Die Auszeichnung wird ihr im Rahmen der Promotionsfeier Anfang Juni 2014 verliehen.

Dr. **Paula Protsch**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt, ist für ihre Promotion über berufliche Chancen von Hauptschülerinnen und Hauptschülern mit einem der Ernst-Reuter-Preise 2014 der Freien Universität Ber-

lin ausgezeichnet worden. Die mit je 5.000 Euro dotierten Preise zeichnen „herausragende und zukunftsweisende“ Promotionsarbeiten aus. Der Preis wird gestiftet von der Ernst-Reuter-Gesellschaft der Freunde, Förderer und Ehmaligen der Freien Universität Berlin e. V.

Personalien

Dr. **Sebastian Botzem**, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Projektgruppe Modes of Economic Governance, hat das WZB im Januar 2014 verlassen, um die Leitung der Nachwuchsgruppe „Transnationale politische Ordnungsbildung auf Finanzmärkten“



(Foto: David Ausserhofer)

Sebastian Botzem

am Zentrum für Transnationale Studien der Universität Bremen zu übernehmen. Themen seiner Forschung am WZB waren transnationale Regulierungen im Finanzbereich, grenzübergreifende Standardsetzungen bei der Unternehmensrechnungslegung, multinationale Dienstleistungsunternehmen und die Prozesse wirtschaftlicher und politischer Internationalisierung.

Dr. **Sarah Carol**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung, ist seit Januar 2014 auch im Brückenprojekt „Die politische Soziologie des Kosmopolitismus und Kommunitarismus“ tätig.

Thomas Crowe, M. A., ist seit Februar 2014 Mitarbeiter im Büro für Forschungs- und Karriereförderung. Zuvor war er als wissenschaftlicher Koordi-

nator am DFG-Graduiertenkolleg „Innovationsgesellschaft“ und als Projektmanager bei der Nachwuchsgruppe „Innovation in Governance“ an der Technischen Universität Berlin tätig.

Johannes Gerschewski, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Demokratie und Demokratisierung, leitet seit Februar 2014 gemeinsam mit Professor Wolfgang Merkel das DFG-Projekt „Critical Junctures and the Survival of Dictatorships: Explaining the Stability of Autocratic Regimes“ und koordiniert die Abschlussphase des Projekts. Von August bis November 2014 wird er einen Forschungsaufenthalt am Department of Government der Harvard University in Cambridge, Massachusetts (USA), verbringen und zusammen mit Professor Daniel Ziblatt am Projekt „The Emergence of Political Protest. Comparing Wilhelmine Prussia with Contemporary China“ arbeiten.

Alice Hohn leitet seit Januar 2014 das neue Büro für Forschungs- und Karriereförderung am WZB. Zwischen Januar 2012 und Dezember 2013 war sie als Referentin für internationale Angelegenheiten tätig. Seit August 2013 betreute sie kommissarisch das vormalige Büro für Karriereförderung.

Sabine Hübgen ist seit dem 1. Januar 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Ungleichheit und Sozialpolitik; zuvor war sie in der Projektgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen tätig. Sie arbeitet in der Abteilung Ungleichheit und Sozialpolitik an einem Forschungsprojekt zur Erklärung von Armut spezifischer demografischer Risikogruppen im Ländervergleich.

Ulrike Mehnert ist seit November 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Projektgruppe der Präsidentin. Sie arbeitet im Projekt „Bildung von

Grund auf!“. Zwischen 2010 und 2013 war sie Forschungsassistentin bei Professorin Kathrin Leuze im Bereich Berufliche Bildung und lebenslanges Lernen des Projekts „Nationales Bildungspanel“.

Janet Merkel ist seit dem 1. Januar 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Kulturelle Quellen von Neuheit. Sie war bereits von 2008 bis Januar 2013 in der Abteilung tätig. Danach wechselte sie an das Center for Cultural Policy der Hertie School of Governance, und von September bis Dezember 2013 arbeitete sie am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft. Am WZB wird sie zum Thema „Kreative Räume und Quartiere in der Stadt“ forschen und eine Konferenz zu „Kulturellen Quellen des urbanen Wandels“ vorbereiten.

Dr. **Alexander Petring**, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung, hat am 1. Januar 2014 eine Position als leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung übernommen. Thematisch wird er unter anderem an der Entwicklung einer „empirietauglichen“ Theorie zu Demokratie und Demokratisierung, Krise und Legitimität der Demokratie arbeiten. Darüber hinaus übernimmt er einzelne Führungsaufgaben und wirkt in der Doktorandenbetreuung mit.

Thamy Pogrebinski, Professorin an der State University of Rio de Janeiro, ist seit dem 1. Januar 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Seit 2011 war sie als Alexander-von-Humboldt- und A.SK-Fellow mit der Abteilung assoziiert. In ihrer Forschung widmet sie sich unter anderem neueren Ansätzen der Demokratietheorie und wird insbesondere an der Entwicklung des Konzepts einer „Pragmatic Democracy“ arbeiten.

Leslie Quitzow, Diplom-Ingenieurin, ist seit November 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik. Sie arbeitet für den Forschungsverbund Energiewende und koordiniert die Entwicklungsgruppe EUREF-Campus. Zuvor war sie Koordinatorin des Megacities-Forschungsprojekts



[Foto: David Ausserhofer]

Leslie Quitzow

„Young Cities“ an der Technischen Universität Berlin, das energie- und klimaeffiziente Strukturen in urbanen Wachstumszentren des Globalen Südens untersucht.

Vera Rabelt, Diplom-Mineralogin, ist seit Februar 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik. Sie leitet das Teilprojekt „Nachhaltiges Personalmanagement“ im Rahmen des Projekts „Leitfaden Nachhaltigkeit“. Davor war sie seit 1992 als wissenschaftliche Angestellte im Umweltbundesamt Dessau-Roßlau beschäftigt. Nebenbei arbeitet sie dort als Supervisorin/Coach im Bereich Wissenschaft und Forschung und als interne Konfliktberaterin.

Diplom-Sozialwissenschaftlerin **Franziska Scheier**, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt, hat Ende Dezember 2013 nach erfolgreicher Promotion das WZB verlassen. Das Thema ihrer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Dissertation war „Schwache Interessengruppen und betriebliche Arbeitspolitik. Neue Herausforderungen und Handlungsansätze für die betrieblichen Arbeitnehmer-

vertretungen“. Sie forschte seit 2008 zum Zusammenhang von betrieblicher Arbeitszeit- und Qualifizierungspolitik im Lebensverlauf.

Alexander Schmotz, wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt „Critical Junctures and the Survival of Dictatorships“ in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung, hat im November 2013 seine Dissertation mit dem Titel „The Survival of Hybrid Regimes. Balancing Institutional Tension“ mit Auszeichnung verteidigt. Er hat das WZB im Januar 2014 verlassen, um als Postdoc zum Department of War Studies am King's College London zu wechseln.

Dr. **Julia Stamm**, seit Januar 2012 Beauftragte für internationale Angelegenheiten und Leiterin des Präsidialbereichs, hat das WZB zum Jahresende 2013 verlassen und ist als abgeordnete nationale Sachverständige der Leibniz-Gemeinschaft in die Generaldirektion für Forschung und Innovation



[Foto: David Ausserhofer]

Julia Stamm

der Europäischen Kommission in Brüssel gewechselt. Am WZB war sie unter anderem verantwortlich für die Entwicklung und Umsetzung einer Internationalisierungsstrategie.

Professor **Christoph Stefes**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Demokratie und Demokratisierung im DFG-Projekt „Critical Junctures and the Survival of Dictatorships“ hat im Januar 2014 seine Professur an der Universität Denver, Colorado, wieder angenommen. Er wird weiterhin als Gast in die Abteilung

Demokratie und Demokratisierung eingebunden sein, um die abschließenden Publikationen und eine Konferenz des Projekts zu begleiten. Im Herbst 2014 wird er als Senior Fellow des Ecologic Instituts in Berlin ein Austauschprogramm mit seiner Universität in Denver leiten.

Dr. **Holger Straßheim** ist seit dem 1. Februar 2014 für vier Monate Visiting Fellow an der Harvard John F. Kennedy School of Government in Cambridge (MA). Er forscht dort im Rahmen des von Professorin Sheila Jasanoff geleiteten Science, Technology and Society Program zum Wandel politischer Expertise im internationalen Vergleich. Straßheim ist derzeit Vertretungsprofessor am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen. Am WZB leitet er als wissenschaftlicher Koordinator in der Abteilung Kulturelle Quellen von Neuheit in Kooperation mit der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik das Forschungsprojekt „Wandel der Wissensordnungen politischer Expertise in Deutschland, Großbritannien und den USA“, das von der VolkswagenStiftung gefördert wird.

Anke Strauß Ph.D. ist seit dem 1. Januar 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Kulturelle Quellen von Neuheit. Sie forscht zum Themenbereich „Künstlerische Interventionen in Organisationen“ und wird sogenannte Intermediäre Organisationen in Deutschland begleiten und die Prozesse ihrer künstlerischen Interventionen durch einen begleitenden Forschungsansatz Participative Action Research (PAR) beziehungsweise Action Evaluation Research (AER) untersuchen.

Dr. **Oliver Strijbis** ist seit dem 1. Januar 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung und im Brückenprojekt „Die politische Soziologie des Kosmopolitis-

mus und Kommunitarismus“ tätig. Er war zuvor wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Vergleichende Politikwissenschaften der Universität Hamburg und wird bis September am WZB und in Hamburg tätig sein.

Dr. **Céline Teney**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung hat das Brückenprojekt „Die politische Soziologie des Kosmopolitismus und Kommunitarismus“ Ende des Jahres 2013 verlassen. Bis März 2014 nimmt

sie einen Forschungsaufenthalt am Center for European Studies in Harvard wahr. Daran anschließend wird sie als Nachwuchsgruppenleiterin des Projekts „Winners of Globalization? A Comparative Study on the Emergence of a Transnational Elite in Europe“ an der Universität Bremen tätig sein.

Gremien

Das Kuratorium des WZB hat auf seiner Sitzung im Dezember 2013 für die Amtszeit von 2014 bis 2018 drei neue Mit-

glieder des Beirats ernannt: die Politologin Professorin **Ellen M. Immergut** (Humboldt-Universität zu Berlin), den Politologen Professor **Thomas Risse** (Freie Universität Berlin) und den Soziologen Professor **Arnold Windeler** (Technische Universität Berlin). Nach zwei Amtszeiten wurde Professorin **Zdenka Mansfeldová** (Prag) als Beiratsmitglied verabschiedet.

Professor **Stephan Leibfried**, Professor an der Universität Bremen und Mitglied des WZB-Beirats, wird mit dem Preis der Schader-Stiftung für

Gesellschaftswissenschaften 2014 ausgezeichnet. Der mit 15.000 Euro dotierte Preis würdigt Leibfrieds besondere Verdienste um die sozialwissenschaftliche Forschung zu Sozialstaat und Staat.

Superfrauen Wie es einer jungen Forscherin in den ersten Monaten als Mutter erging

Lena Ulbricht

Wenn man den Medien glaubt, ist die Welt voller Superfrauen: Michelle Hunziker strahlt vier (!) Tage nach der Geburt ihres Kindes wieder in ihrer Fernsehshow, Andrea Nahles schmiss nach einer „Turbo-Babypause“ (Spiegel Online) wieder die größte Partei Deutschlands – auch meine Doktormutter hat bald nach der Entbindung wieder Vorlesungen gehalten. Früher habe ich mich nach solchen Vorbildern gesehnt, mittlerweile finde ich sie zum Heulen. Dabei habe ich mir lange eingebildet, ich hätte auch das Zeug zur Superheldin: viele schöne Abschlüsse, überschwängliche Arbeitszeugnisse, vier Fremdsprachen, eiserne Disziplin und ein geringes Schlafbedürfnis. Und was bin ich heute? Ein mattes Mutterwurstchen.

Superfrauen fliegen in einem knalligen Body um die Welt, vollbringen schon im Wochenbett Großes und umhegen tadellos ihre Kleinen. Im Gegensatz zu mir fühlen sie sich niemals davon überfordert, ein einziges Baby zu versorgen – sie haben noch weitere: meistens sechs, wie Angelina Jolie und die Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof Juliane Kokott, oder sieben, wie Ursula von der Leyen. Den Superfrauen rinnt nicht die Zeit durch die Finger – sie hätten die zwei verdammten letzten Kapitel ihrer Doktorarbeit sicherlich flugs runtergeschrieben. Sie brechen auch nicht am frühen Abend vor Erschöpfung in Tränen aus, lassen die Suppe nicht überkochen, ach, sie sind überhaupt nicht auf Tütensuppen angewiesen. Und ihre Wohnung sieht nicht aus, als würden darin pubertierende Piraten hausen.

Trotzdem setze ich mich abends noch manchmal an die Diss., die mittlerweile mein liebstes Hobby geworden ist. Denn es gibt in meinem Leben nicht mehr viele Aktivitäten, bei denen ich nicht gebissen, angeschrien oder mit Brei beschmiert werde. Allerdings schaffe ich es angesichts meiner immerwährenden Erschöpfung nur unter massiver Einwirkung aufputschender Substanzen an den Laptop. Dabei traue ich mich an Ritalin nicht heran und die klassischen Antriebsmittel wie Energydrinks oder Kaffee sind in der Stillzeit keine Option, da ich nicht scharf darauf bin, dass das Kind

noch um Mitternacht mit meinen Nerven Tango tanzt. Ich habe stattdessen ein altes Hausmittel gegen Mutlosigkeit wiederentdeckt: den Zuckerrausch. Kekse und Schokolade in Mengen, die eines Kindergeburtstags würdig wären, bilden das klebrige Fundament meiner Doktorarbeit. Für Kapitel 6.3.1, das drei Seiten umfasst, hat mir der Online-Kalorienrechner zum Beispiel 3450 Kalorien bescheinigt. Zum Vergleich: Der gesamte Tagesbedarf einer Frau meiner Größe und meines Lebenswandels beträgt nur 2030 Kalorien. Dass das Promovieren mich nicht zum Pottwal gemacht hat, zeigt, wie viel Energie es eine Durchschnittsmutter kostet, nach 20 Uhr noch aufrecht zu sitzen und die Augen offenzuhalten. Und das ist wohl das Einzige, das ich mit Superheldinnen gemein habe: Am Ende des Tages noch auf wundersame Weise in meine (total verschmierte) Leggings zu passen.

Kontakt zum Arbeitgeber

Es ist bekannt, wie wichtig es ist, dass Mütter in der Babypause Kontakt zum Arbeitgeber halten. Also beschließe ich, unser monatlich stattfindendes Kolloquium zu besuchen. Allerdings erweist sich schon der Weg dorthin als Prüfung: Obwohl meine Kleine mit einem hingebungsvollen Sitter (dem Papa) und einem Wochenvorrat Muttermilch bestens ausgestattet ist, fühle ich mich, als hätte ich sie in einem Bastkörbchen die Spree hinabgeschickt. Den ganzen Weg über klingen mir Baby-Sirenschreie im Ohr und jeder Schritt ist ein Kampf gegen das heimische Magnetfeld.

Am WZB angekommen wird es besser: Die vertrauten Räume erinnern mich daran, dass ich hier bis vor Kurzem sehr gern gearbeitet habe. Die Arbeitssitzung beginnt, einer nach dem anderen berichtet von der Arbeit. Ich höre von hochkarätigen Publikationen, Konferenzen in den USA, dicken Projektanträgen und sogar von Professuren – meine Kollegen sind produktiver denn je. Das macht mich nervös: Was habe ich in den letzten Wochen zustande gebracht? Ich lese täglich meine Ar-

beits-Mails, komme jedoch nicht dazu, sie zu beantworten. Ich kann mich noch grob an Thema und Aufbau meiner unterbrochenen Doktorarbeit erinnern. Auf all das war ich eigentlich schon stolz! Nun wird mir bewusst, dass der Karrierezug weiterrast, während ich an einem staubigen Regionalbahnhof stehe und dem Zwitschern der Vöglein lausche. Bald bin ich an der Reihe. Was soll ich erzählen? Dass ich zehn Mal am Tag stille und nachts routiniert alle zwei Stunden aufstehe? Dass ich bade, massiere und wickle wie eine Eins? Dass ich die Kleine an die Flasche, das Tragetuch und den Kinderwagen gewöhnt habe? Ich bin ein Effizienzgenie geworden – nie habe ich weniger Zeit vertrödelte, nie in weniger Zeit so viele Kompetenzen erworben. Doch dann knickt mein mütterliches Selbstbewusstsein ein; ich gebe das Wort schnell weiter. Anerkennung für die Arbeit an Herd und Kind zu erstreiten ist schon den Heldinnen der Frauenbewegung nicht gelungen – dabei haben sie sogar Tomaten geworfen und BHs verbrannt.

Zuhause erzähle ich meinem Mann von meinen Sorgen: „Wenn ich in ein paar Monaten ans WZB zurückkomme, wird der Produktionsabstand zwischen mir und den anderen uneinholbar sein. Und falls wir wirklich vier Kinder bekommen (das war der naive Wunsch vor Kind Nr. 1!), werde ich nach der letzten Baby-pause vermutlich für die neue Praktikantin gehalten.“ Mein Mann ist sich hingegen sicher, dass meine Zeit noch kommt, „spätestens wenn die anderen in ein paar Jahren mit einem Burnout in der Klinik verschwinden“. Das ist mir zu unwahrscheinlich. „Ich fände es gerecht, wenn einfach alle Kinder bekommen – dann hat jeder Mal ‚Produktionsausfälle‘.“ Mein Mann lacht laut: „Das findest du wahrscheinlicher? Dann solltest du eine entsprechende Betriebsvereinbarung vorschlagen.“

Beim nächsten Kolloquiums-Termin schlägt mir die Chefin ein neues Forschungsprojekt vor. „Melden Sie sich, sobald Sie wieder da sind. Bis dahin hat es Zeit.“

Konferenzbericht

Meine Tochter ist zwei Monate alt und ich bekomme Lust, meine Routine von Wiegen, Wickeln und Wachstum-Bestaunen zu durchbrechen und mal wieder eine Konferenz zu besuchen. Allerdings habe ich keine Nanny, sodass ich die Kleine mitnehmen müsste. Am Morgen der Konferenz wird mir ganz mulmig. Auf jeder Tagung gibt es lustige Gestalten und schräge Vögel, aber Kinder habe ich dort noch nie gesehen. Doch dann überwiegt meine Neugier: Keine Babys auf Konferenzen? Ein Grund mehr, damit anzufangen.

Der Aufbruch zieht sich in die Länge (Baby stillen, wickeln, umziehen; Tasche packen; Mutter in Konferenzkluft kleiden. Gibt es in diesem Haushalt auch eine Bluse ohne Milchflecken?) Der erste Vortrag hat schon begonnen, als ich mich auf einen Stuhl in der letzten Reihe schleiche, ganz in der Nähe der Tür. Amanda schläft friedlich im Tragetuch, ich kann ungehindert dem Vortrag folgen – bis sie eines ihrer typischen Schlafgeräusche macht, ein langes, hohes Fiepen. Mein Herzschlag setzt aus. Alle drehen sich zu mir um. Zuerst ernte ich Stirnrunzeln (bei der Frau piept's wohl!), bis die Blicke am Knäuel vor mir hängenbleiben und ich in milde lächelnde Gesichter blicke. In der Pause will ich schnell raus, aber dazu komme ich nicht. Die Größen der Politikwissenschaft kommen direkt zu mir. Manfred G. Schmidt äußert sich erfreut über die „früh einsetzende Nachwuchsförderung“ und erzählt, dass er Enkel hat. Reimut Zohlnhöfer berichtet, wie er seine Vorlesungen mit Baby im Tragetuch einstudiert: Es mag Kant, bei Huntington beginnt es zu weinen. Sogar der Sondergast der Veranstaltung, ein Abteilungsleiter aus dem Kanzleramt, kommt in unsere Ecke und verblüfft mit Expertenwissen. Er schätzt das Alter meiner Tochter auf die Woche genau und kommentiert fachmännisch die Tragetuchmarke („nach drei Kindern weiß man so was“). Schade, dass ich meine Visitenkarten vergessen habe. Andererseits sind die vielleicht gar nicht mehr nötig. Beim nächsten Aufeinandertreffen bin ich nicht „die, die die Frage zur Pfadabhängigkeit, gestellt hat“ (äh, wer?), sondern „die mit dem Baby“ (ach, die!).

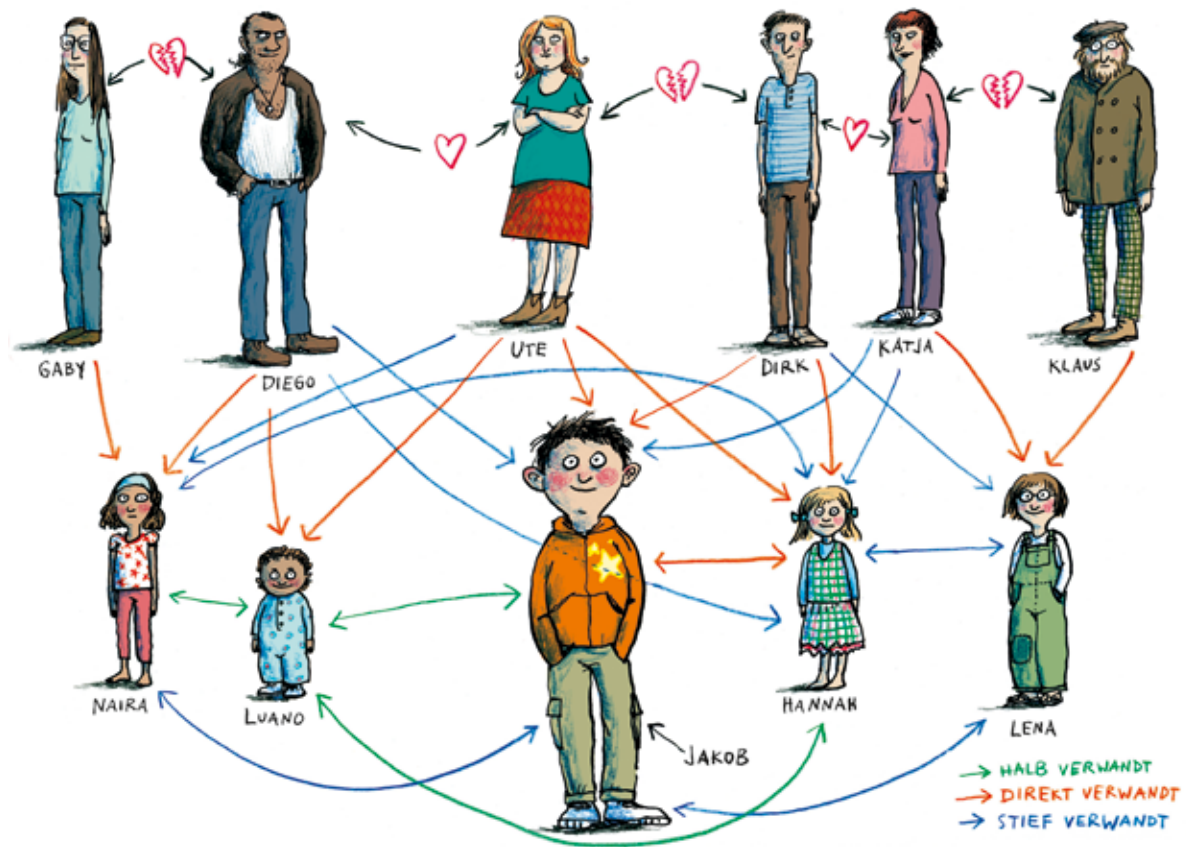
Beschwingt durch diese Erfahrung, lassen wir uns in den folgenden Wochen keine interessante Veranstaltung mehr entgehen. Amanda gefällt's, beteiligt sich aber auch hin und wieder an der Diskussion. Der erste, dem sie ins Wort fällt, ist Claus Offe; der zweite ist Kanzlerkandidat Peer Steinbrück bei seiner außenpolitischen Grundsatzrede. Amandas Beliebtheit bei den versammelten Hauptstadtjournalisten tut das keinen Abbruch – im Gegenteil, sie finden es sogar passend: „Es gab Grund zum Heulen, schließlich hat der Kandidat genau in diesem Moment von ‚kriegerischen Konflikten‘ gesprochen.“

Werde ich mein Kind jetzt immer auf Konferenzen mitnehmen? Nein. Denn trotz des phänomenalen Wiedererkennungseffekts, den man mit Baby erzielt – eine Chance auf ein fachliches Gespräch hatte ich eigentlich nie.



Lena Ulbricht (links) forscht mit einem Promotionsstipendium der Heinrich Böll Stiftung in der Projektgruppe der Präsidentin über Bildungspolitik in den deutschen Bundesländern – seit September 2013 auch wieder tagsüber. Amanda Roßmann (rechts) erforscht seit März 2013 die Welt, hat sich aber noch nicht auf ein Thema festgelegt. (Foto: David Ausserhofer)

lena.ulbricht@wzb.eu



Alexandra Maxeiner/Anke Kuhl: Alles Familie! Illustrationen von Anke Kuhl. © 2010 by Klett Kinderbuch, Leipzig.

Familienstrukturen haben sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Heute werden viel mehr Ehen geschieden, häufiger als früher sind Eltern nicht verheiratet, und es gibt Regenbogen-, Adoptiv-, Wochenend-, Wahl-, Groß- und Kleinfamilien, wie sie im Bilderbuch „Alles Familie! Vom Kind der neuen Freundin vom Bruder von Papas früherer Frau“ von Alexandra Maxeiner und Anke Kuhl dargestellt werden. Der Wandel ist eine Herausforderung für die Sozialpolitik. Welche Einkommens-Folgen hat zum Beispiel die Trennung eines nicht verheirateten Paares im Vergleich zu der von Ehen, die geschieden werden? Diese Frage untersucht Anke Radenacker in ihrem Beitrag (S. 23–26). [Abbildung aus: Alexandra Maxeiner/Anke Kuhl: Alles Familie! Illustrationen von Anke Kuhl. © 2010 by Klett Kinderbuch, Leipzig]